



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 44 - 1. November 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Frankreichs Rechte soll einiger werden
Konvent in Paris mit Marion Maréchal **2**

Deutschland

Weimarer Verhältnisse in Thüringen
Minderheitsregierung wird immer wahrscheinlicher **3**

Hintergrund

Nur noch auf dem Papier
Die Rolle der Subsidiarität in der bundesdeutschen Theorie und Wirklichkeit **4**

Preußen / Berlin

»Letzte Warnung an die CDU«
Bauern demonstrieren zu Tausenden **5**

Ausland

Tsunami an Gewalt
Separatisten gegen Polizisten in Katalonien **6**

Kultur

Stählerne Magnolie
Fernsehserie über Schalck-Golodkowski's KoKo **9**

Geschichte

Stalin glaubte dem Meisterspion nicht
Richard Sorge **10**



Die Mitte, ganz links: Thüringens CDU-Spitzenkandidat Mike Mohring am Abend der Wahlniederlage

Bild: pa

CDU am Abgrund

Ein Anbändeln mit der Linkspartei wäre das Ende von Adenauers Union

Thüringens CDU-Chef Mohring will mit der einstigen SED „reden“. Er führt seine Partei damit in eine tödliche ZerreiBprobe.

Für die arg geschrumpfte Zahl der Thüringer CDU-Wähler folgte auf den Schreck der Schock: Kaum waren die für seine Partei ruinösen Wahlergebnisse bekannt, begann Unionschef Mike Mohring vom ehernen Versprechen abzurücken, niemals mit der Linkspartei zu kollaborieren.

Für die CDU hätte eine wie auch immer geartete Kooperation mit der früher SED genannten Partei verheerende Auswirkungen. Es würde sie vermutlich zerreiBen, denn der historische Bruch mit der eigenen Tradition und (einstigen?) Identität wäre durch kein noch so kunstvolles Phrasengewölk mehr zu vertuschen. Besonnene Kreise in der CDU laufen

entsprechend Sturm gegen solche Planspiele. Vorerst scheinen sie Mohring gestoppt zu haben. Doch Misstrauen bleibt berechtigt.

Dass die „politische Mitte“ in Thüringen erstmals unter den Wählern in die Minderheit geraten sei, wie allenthalben düster diagnostiziert wird, erweist sich bei näherem Hinsehen als eitle Legende der etablierten Parteien.

Der Zuwachs bei der Linkspartei ist einzig und allein auf die Popularität ihres Spitzenkandidaten zurückzuführen. Welchen Anteil Ministerpräsident Bodo Ramelow am Sieg hatte, zeigt schon ein kurzer Blick auf das erbärmliche Scheitern seiner Genossen in Sachsen und Brandenburg vor wenigen Wochen.

Die Masse der Thüringer Linkswähler hat Ramelow gewählt, nicht seine Partei. Es waren durchaus Wähler aus der „Mitte“.

Die AfD wiederum versteht sich selbst als die verfassungstreueste Partei überhaupt, was sie für viele Demokraten zur Alternative hat reifen lassen. Und diese Partei war der eigentliche Sieger. Mit dem Gerede von der Niederlage der „Mitte“ wollen die etablierten Parteien nur ihren Alleinvertretungsanspruch als Repräsentanten dieses nach wie vor dominierenden Lagers verteidigen.

Eine ZDF-Umfrage relativiert den AfD-Erfolg indes etwas. Danach waren 33 Prozent der Thüringer der Meinung, dass die AfD die einzige Partei sei, die be-

stimmte Probleme beim Namen nenne. Gewählt haben die Partei jedoch fast zehn Prozentpunkte weniger.

Es steht daher die Vermutung im Raum, dass die AfD ohne einen als sehr rechts wahrgenommenen Spitzenkandidaten wie Björn Höcke sogar noch besser hätte abschneiden können. Für diese These spricht, dass die Partei im benachbarten Sachsen unter ihrem merklich konzilianter auftretenden Spitzenmann Jörg Urban gegenüber 2014 um satte fünf Prozentpunkte mehr zugelegt hat als in Thüringen (von 9,7 auf 27,5 Prozent gegenüber 10,6 auf 23,4 Prozent).

Die Berliner Groko-Führung scheint dem Verfall der sie tragenden Parteien fast gleichgültig zuzusehen. Es greift insbesondere der Eindruck um sich, dass der Niedergang der CDU Angela Merkel völlig kalt lässt. Hans Heckel

Angela Merkel scheint das alles kalt zu lassen

Gesten mit Symbolcharakter

Rücktritte, Entschuldigungen, Einsichten – Die Agonie des SED-Regimes Anfang November 1989 – Aber noch stand die Mauer

Die am 6. November 1989 demonstrierenden Menschen in der DDR – es sind wieder Hunderttausende in über 70 Städten – können abermals auf eine Woche mit einer Vielzahl von Ereignissen und Veränderungen zurückblicken. Allerdings beharrte die nach wie vor den Staat beherrschende SED noch immer auf ihrem Führungsanspruch, während ihr die reale Macht immer weiter entglitt.

Schon vor dieser ersten Montagsdemonstration im November war in Leipzig der Oberbürgermeister zurückgetreten. Als der amtierende Vertreter das Wort an die Menge richten wollte, erschallte es im Chor: „Zu spät, zu spät.“

Staatssicherheitsminister Erich Mielke sorgte sich um seine „Dienstobjekte“, für deren Schutz nun sogar „chemische Abwehrmittel“ bereitgestellt wurden. Auch bei der Staatsoper suchte man bislang nicht so recht den Anschluss an die neue Zeit. Hier feierten die DDR-Oberen noch den 72. Jahrestag der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“.

Dass die Zeichen auf Wechsel standen, war indessen unverkennbar. Bereits am 30. Oktober 1989 lief im DDR-Fernsehen zum 1519. Mal die Propagandasendung „Der schwarze Kanal“. Es war die kürzeste, letzte und daher wahrscheinlich am meisten gesehene Folge. Nur noch grotesk wirkte es

auf die meisten, als Chefkommentator Karl-Eduard von Schnitzler ankündigte: „Der Klassenkampf geht weiter.“

Das Verschwinden des bekannten Ideologen vom Bildschirm hatte auch starke symbolische Wirkung. Dies gilt über das konkrete Ereignis hinaus auch für die Wiederzulassung von Schülern, die im Vorjahr von der Berliner Carl-von-Ossietzky-Schule verwiesen worden waren, weil sie sich öffentlich gegen die Parade der Nationalen Volksarmee zum DDR-Gründungstag positioniert hatten. Als weiteres umfassenderes Signal sollte auch

die Ankündigung verstanden werden, dass man die amtliche Zulassung des Neuen Forums zumindest prüfen werde. Die Bürgerbewegung war noch wenige Wochen zuvor als „staatsfeindlich“ eingestuft worden.

CSSR öffnete Anfang November die Grenze

Dass es mit dem erzwungenen Rückzug von Erich Honecker und zwei besonders engen Weggefährten Mitte Oktober nicht getan war, wurde der SED-Führung bald deutlich. Margot Honecker, Ehefrau des Ex-Staatschefs und Ministerin für Volksbildung, die besonders stark mit dem Regime identifiziert wurde, legte nun ebenso ihr Amt

nieder wie Harry Tisch, der Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Margot Honecker hatte das Ministerium 1963 übernommen. Die SED-Betriebschefs von Suhl und Gera traten ebenfalls zurück. Mit 21 beziehungsweise 27 Jahren hatten sie ähnlich lange Amtszeiten aufzuweisen.

Immer mehr fühlten sich führende Funktionäre bemüht, sich zu Fehlern zu bekennen. Der Kulturstaatssekretär sprach davon, dass die SED schwere Schuld auf sich geladen habe. Der Dresdner Volkspolizei-Chef erklärte, man setze jetzt auf Dialog und habe aus den gewaltsamen Zusammenstößen gelernt. Der führende Marxismus-Le-

MANUEL RUOFF:

Pauli 2.0?

Erinnern Sie sich noch an die Fürther CSU-Landrätin Gabriele Pauli? Durch ihren Sturz Stoibers 2007 geriet sie ins Rampenlicht – und machte dann den kabarettistischen Vorschlag einer Ehe auf Zeit. Der Vergleich ist zugegebenermaßen hart, aber an sie muss ich denken angesichts Annegret Kramp-Karrenbauers jüngstem Profilierungsversuch. „Merkels Mädchen“ wurde von der Kanzlerin zu deren Nachfolgerin im CDU-Vorsitz und zur Verteidigungsministerin gemacht – und nun schlägt sie ein Bundeswehrenaufgebot in einer syrischen Schutzzone vor.

Dass das linksliberale Establishment es bedauert, dass der vielgescholtene „Isolationist“ Trump Abschied nimmt von Roosevelts unipolarem „One world“-Konzept ist eine Sache. Doch kann es nicht die Aufgabe der Bundesrepublik sein, eine Pax Americana militärisch durchzusetzen, nachdem die USA selber es nicht mehr wollen und ihre Truppen heimholen.

Zudem kommt Kramp-Karrenbauers Vorschlag reichlich spät. Die Türkei auf der einen Seite sowie Russland und das mit ihm verbündete Syrien auf der anderen haben sich auf eine gemeinsame Kontrolle des syrischen Grenzraums zur Türkei geeinigt. Uns bleibt jetzt nur noch für die wirklich bedauernden und gekniffenen Kurden zu hoffen, dass der „böse“ Putin und der „böse“ Assad deren legitime Interessen gegen „unsere Freunde und Partner im Bündnis“, die radikal-islamischen Türken Erdogan, verteidigen.

Und man komme mir nicht mit dem Standardargument für „Out of area“-Einsätze der Bundeswehr: Fluchtursachenbekämpfung. Seit 2001 ist die Bundeswehr in Afghanistan – und was hat's gebracht?

MELDUNGEN

Breitbart wird einbezogen

Menlo Park/ Kalifornien – Das Unternehmen Facebook bezieht bei seinem neuen Angebot eines sogenannten News Tab auch das Online-Portal „Breitbart News Network“ mit ein. Die 2007 gegründete Nachrichtenseite gehört in den USA zu den bekanntesten Medien der sogenannten Alt-Right-Bewegung und zu den Unterstützern von Donald Trump. Facebook-Chef Mark Zuckerberg kündigte an, auf dem Portal künftig qualitativ hochwertige Nachrichten bringen zu wollen. Zur Einbeziehung von „Breitbart“ erklärte Zuckerberg, den Nutzern sollten diverse politische Ansichten zur Verfügung stehen. Das Nachrichtenangebot von Facebook wird zunächst in den USA getestet. Die auf dem News Tab angezeigten Nachrichten will Facebook den Medien finanziell vergüten. *N.H.*

Smolensk: neue Untersuchung

Warschau – Nach Angaben der Staatsanwaltschaft in Warschau wollen polnische Ermittler und ausländische Experten erneut das Wrack des im Jahr 2010 abgestürzten Regierungsflyers von Lech Kaczynski untersuchen. Zu der Ermittlergruppe soll auch ein Physiker aus den USA gehören. Die Wrackteile der abgestürzten TU 154 M werden in der Nähe der Absturzstelle bei Smolensk aufbewahrt. Bei dem Absturz in Weißrussland am 10. April 2010 waren 96 Personen zu Tode gekommen. Mit zu den Opfern gehörte Polens damaliger Staatspräsident Lech Kaczynski. In einem ersten Untersuchungsbericht waren polnische Behörden zu dem Ergebnis gekommen, dass der Absturz hauptsächlich die Folge eines Pilotenfehlers gewesen war. Polens Präsident Andrzej Duda ordnete im November 2015 eine neue Untersuchung an. Diese soll die These klären, ob es sich bei dem Flugzeugabsturz um einen Anschlag gehandelt hat. *N.H.*

Spezialtruppe im Grenzgebiet

Toulouse – Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und sein französischer Amtskollege Christophe Castaner haben in Toulouse eine Vereinbarung über eine gemeinsame Einsatzeinheit aus Bundespolizei und französischer Gendarmerie National unterzeichnet. Die neue Einheit soll ab sofort bei Großereignissen, Terroranschlägen und Katastrophen im deutsch-französischen Grenzgebiet die jeweiligen nationalen Polizeikräfte unterstützen. Zusammengesetzt wird die 20-köpfige Spezialeinheit aus Polizisten beider Länder, die bereits eine gemeinsame Ausbildung erhalten haben. Vermittelt wurden den Beamten dabei vor allem die unterschiedlichen Arbeitsweisen und Strukturen der jeweils anderen Seite. Diese Beamten sollen künftig anlassbezogen zusammengezogen werden. Eine Grundsatzvereinbarung zur Aufstellung einer gemeinsamen Einsatzeinheit hatte der Deutsch-Französische Ministerrat bereits im Jahr 2017 beschlossen. Polizeibeamte beider Länder waren inzwischen bei Großereignissen wie der Tour de France, dem G7-Gipfel in Biarritz und dem Oktoberfest zusammen im Einsatz. Künftig könnten auch internationale Polizeieinsätze, etwa im französischen Sprachraum Teil Afrikas, hinzukommen. *N.H.*

Frankreichs Rechte soll einiger werden

Aktivisten aus dem Umfeld Marion Maréchal organisierten hierzu einen Konvent in Paris

Unter weitgehender Abwesenheit der Spitzenpolitiker von RN und LR fand in Paris ein „Konvent der Rechten“ (Convention de la Droite) statt. Vorbild war die US-amerikanische Conservative Political Action Conference (CPAC), eine jährlich stattfindende politische Konferenz mit konservativen Aktivisten und gewählten Volksvertretern aus dem ganzen Land.

Die dümmste Rechte der Welt – mit diesem Diktum des sozialistischen Politikers Guy Mollet charakterisieren oft rechte französische Politiker und Politstrategen ihr eigenes politisches Lager, das aufgrund von überdimensionierten Egos in zahlreiche Klein- und Kleinstparteien zersplittert ist. Die Spitzenpolitiker der beiden offiziell als rechts geltenden Parteien Rassemblement National (RN, Nationale Sammlungsbewegung) und Les Républicains (LR, Die Republikaner) ignorieren sich und schließen bisher auf allen Ebenen jegliche Zusammenarbeit aus.

Nicht nur ein Teil der rechten Basis ist über diesen Zustand seit Langem erzürnt, auch immer mehr Jungpolitiker beider Parteien sowie rechte Intellektuelle sehen die Notwendigkeit, die Zersplitterung zu überwinden – insbesondere, seit mit Emmanuel Macron ein extremistischer Linksliberaler die Regierung übernommen hat, der sich anschickt, mit den Resten der europäischen Zivilisation im Allgemeinen und der französischen im Besonderen Tabula rasa in Rekordzeit zu machen.

Nun unternahm Ende September Aktivisten aus dem Umkreis der Enkelin von Jean-Marie Le Pen und Nichte von Marine Le Pen, Marion Maréchal, einen Versuch, die Rechte zu einen. Nach dem Vorbild der US-amerikanischen Conservative Political Action Conference (CPAC) organisierten Jacques de Guillebon, Redakteur des rechten Magazins „L'Incorrect“, Erik Tegnér, LR-Mitglied und Präsident der Vereinigung konservativer Jungunternehmer „Racines d'avenir“, sowie François-Louis de Voyer, Präsi-

dent von „Cercle Audace“, einer Unternehmervereinigung aus dem Umkreis des RN, eine rechte Diskussionsplattform, an der mit Ausnahme der Nationalversammlungsgabgeordneten Xavier Breton (LR) und Gilbert Collard (RN) keine Spitzenpolitiker teilnahmen. Der EU-Abgeordnete des RN Nicolas Bay hatte zwar Interesse an der Zusammenkunft gezeigt, doch sein Kommen von Marine Le Pens Haltung abhängig gemacht. Diese hatte den Abgeordneten ihrer Partei allerdings zu verstehen gegeben, dass sie „Marions Veranstal-

die Besiegten wie die Uniform einer Besatzungsarmee an ihre Unterwerfung ... Alle Probleme, die durch die Immigration noch verschärft werden, werden durch den Islam weiter verschärft.“

Aufgrund dieser Aussagen gingen über 400 Beschwerden wegen Anstiftung zum Rassenhass bei der französischen Medienaufsichtsbehörde Conseil supérieur de l'audiovisuel (CSA, Hoher Rat für audiovisuelle Medien) ein und die Journalistengesellschaft des „Figaro“, für den Zemmour unter anderem schreibt, fordert seither

muss angreifen! ... Ich will, dass ihr euch endlich engagiert!“. In Richtung RN und LR beklagte Ménard, dass beide Parteien seine Ehefrau Emmanuelle kaum im Kampf gegen bioethische Grenzüberschreitungen der Regierung Macron unterstützten. Die fehlende Unterstützung des eigenen Lagers bedauerte auch Breton, einer der wenigen LR-Politiker, die gegen die geplante vaterlose künstliche Befruchtung für Frauen protestieren.

Die letzten Wahlen zeigten, dass der RN alleine keine Wahlen

ser Einigungsstrategie hin: Die traditionalistische Rechte sei in einer völlig liberalen Gesellschaft eine Minderheit.

Nur Charisma kann diesen gesellschaftlichen Bruch zwischen traditionell und liberal übertünchen. Marion Maréchal, der Star des Abends, besitzt dieses. Doch nach ihren eigenen Angaben hat Maréchal bisher keine Ambitionen auf das Präsidentenamt. Dennoch trat sie mit einer Rede an, die einem politischen Programm gleich. Darin benannte sie fünf große Herausforderungen der Zukunft. Da sei zum einen der „Große Austausch“, das heißt die demographische Entwicklung zu Ungunsten der einheimischen Bevölkerung. Dann der „Große Abstieg“, sprich die Verarmung weiter Teile der Gesellschaft als Folge von Globalisierung und Finanzkapitalismus; die „Große wirtschaftliche Erschöpfung“, das heißt der Zusammenbruch von Landwirtschaft und Ökosystemen aufgrund von Monokultur; der „Große Anthropologische Umsturz“, sprich Eugenismus und Transhumanismus; und das „Große Aufeinandertreffen der Mächte“, das heißt Kriege um wirtschaftliche Ressourcen. Maréchal lud die Zuhörer ein, nicht auf einen Retter zu warten, sondern selbst lokal aktiv zu werden.

Als Überraschungsgast trat gegen Ende der Veranstaltung Candace Owens auf, eine junge Afroamerikanerin aus dem Trump-Lager, die versucht, die Schwarzen für einen Rückzug aus der Demokratischen Partei zu gewinnen. Minderheitenfürsorge sieht Owens als ein Instrument, um Schwarze und Hispanics für den eigenen Machterhalt in Abhängigkeit zu halten.

Eine erste Konsequenz des Treffens ist eine sich anbahnende Machtprobe zwischen der Zentrale des RN und der Leitung des RN in der Region Pays de la Loire. Dort arbeitet zum Unwillen von Marine Le Pen eine Mehrheit der RN-Abgeordneten im Regionalparlament an einer Allianz mit Teilen der LR und anderen rechten Bewegungen. *Eva Michels*



Auf dem „Konvent der Rechten“: Jean-Marie Le Pens charismatische Enkelin Marion Maréchal

tion“ besser fernblieben. Um sicherzustellen, dass ihr Wunsch respektiert wird, schickte Marine eigens einen engen Mitarbeiter, um zu kontrollieren, wer vom RN anwesend war.

Der Essayist Eric Zemmour, Star der Rechten und Schrecken der Linken, eröffnete das Treffen mit einer extrem kämpferischen Rede, die der Sender LCI live übertrug. Darin erklärte Zemmour: „Auf der Straße sind die vollverschleierte Frauen und Männer in Djellabas eine faktische Propaganda. Die Islamisierung der Straße erinnert

von der Tageszeitung seine fristlose Kündigung. Interessanterweise fand Zemmours Liberalismuskritik, die nicht weniger scharf war, überhaupt kein Medienecho.

Robert Ménard, ein parteiloser Politiker, ehemaliger Journalist und Mitbegründer von Reporter ohne Grenzen, deren Generalsekretär er für mehrere Jahre war, nutzte seinen Auftritt, um die Feigheit der Rechten anzuklagen: „Ich fühle mich von Euch allein gelassen ... Metapolitik interessiert mich einen Dreck ... Man darf sich nicht verteidigen, man

gewinnen kann. Deshalb versuchen die Traditionalisten um Marion Maréchal nun, mit Hilfe des rechten Treffens um den RN herum eine neue Struktur aufzubauen, die einerseits den RN als rechte Partei einbindet, aber zugleich in der Lage ist, die Person Marine Le Pen und ihr Umfeld zu umgehen.

Der liberale Philosoph Raphaël Enthoven, der als politischer Gegner an der Veranstaltung teilnahm und dem Publikum moralinsauer von links die Leviten las, wies auf den wunden Punkt die-

Primär wird's Berlin treffen

EU will trotz Brexit noch mehr ausgeben – Wer soll's zahlen?

Mit dem Vereinigten Königreich fällt nach dem Brexit einer der Hauptbeitragszahler der EU weg. Dabei muss beziehungsweise will die EU neben dem Brexit auch mit der „Klimarettung“, der Masseneinwanderung und der Digitalisierung ganz neue Aufgaben schultern. Noch-Haushaltskommissar Günther Oettinger will den EU-Finanzrahmen deshalb für die Jahre 2021 bis 2027 kräftig aufstocken. Er soll von bisher einem Prozent der Wirtschaftsleistung auf 1,3 Prozent steigen. Das wären 250 Milliarden Euro mehr als bisher.

Zahlen soll das nach dem Brexit vor allem der bisher größte Nettoszahler: Deutschland. Schon heute überweist Deutschland 13,5 Milliarden Euro mehr im Jahr nach Brüssel, als es aus den diversen EU-Töpfen zurückbekommt. Bei Oettingers Budgetplänen könnte der deutsche Nettobeitrag bis 2027 auf 30 Milliarden Euro im Jahr steigen. Und das, obwohl Deutschland bei der Asylsucheraufnahme bislang den mit Abstand größten Beitrag leistet.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat deshalb in ihrer Regierungserklärung von einer „übermäßig

starken“ Belastung gesprochen und „Rabatt“ gefordert. Auch von einer „Neuverteilung der Strukturfonds, wo als Zuteilungskriterien auch das Engagement vieler Regionen und Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen widergespiegelt werden sollte“, hatte sie gesprochen. Aber Oettinger



Kommissar Günther Oettinger

ger will keine Debatte über Beiträge und Rückflüsse, laut ihm ist nur ein stiller Zahler ein guter Europäer.

Für die Zukunftsaufgaben der EU ist allerdings nur ein Drittel des Budgets vorgesehen. Der größte Teil fließt wie bisher in die „alten Aufgaben“, wie die überholte Agrarpolitik sowie die Re-

gionalpolitik der EU. Gerade in diesen Altbereichen gibt es jedoch enorme Einsparungspotenziale, an die sich niemand heranwagt.

Man sollte nicht vergessen, dass in Großbritannien die Dauerdebatte über die „zu hohen britischen Beiträge“, erst den Weg für den Brexit bereitet hat. Und die britische Insel war nur der dritte Nettobeitragzahler der EU, vor der Insel lag noch Frankreich, dessen Wirtschaft schon seit Jahren schwächelt. Dies ist auch der Grund, warum Frankreichs Präsident Emmanuel Macron gleich die Frage nach höheren Beiträgen seines Landes zurückgewiesen hat.

Der neue Etat muss von EU-Parlament sowie den Staats- und Regierungschefs einstimmig gebilligt werden. Das ermöglicht jedem noch so kleinen Staat ein Veto, wenn seine Interessen nicht berücksichtigt werden. Nachdem Großbritannien als Hauptblockierer nach dem Brexit weggefallen ist, bleibt nur noch Polen als zweiter Dauerblockierer. Dabei blockierte Polen nicht, weil es zu viel zahlen musste, wie Großbritannien, sondern weil es in den Augen der PiS-Regierung immer noch zu wenig bekam. *Bodo Bost*

Welle des Protestes

Überraschend große Unruhen im Libanon

Der Libanon wird seit mehreren Tagen von einer Welle des Protestes gegen die Regierung sowie Steuererhöhungen und Korruption heimgesucht. Teilweise ist sie in Gewalt ausgeartet. Die Proteste legten mehrere Tage das öffentliche Leben in dem Land vollkommen lahm, über Opfer wurde bislang nichts bekannt.

Derartige landesweite Proteste hat es seit den Zeiten des Bürgerkrieges nicht mehr gegeben. Die Proteste kamen relativ unerwartet. Es ist nicht auszuschließen, dass sie mit den Protesten zusammenhängen, die den Irak bereits seit einigen Wochen erschüttern.

Der Libanon und der Irak sind beides Staaten mit einer mehrheitlich schiitischen Bevölkerung. Auf beide Staaten versucht die ebenfalls schiitische Islamische Republik Iran immer mehr Einfluss auszuüben. Wie im Irak richteten sich die Proteste auch im Libanon gegen die politisch dominierenden Kräfte. Dazu gehören vor allem die schiitischen Parteien, die in beiden Staaten an der Macht beteiligt sind, im Libanon in einer Koalitionsre-

gierung des christlichen Präsidenten und früheren Militärschefs des Libanon, Michel Aoun, der in der letzten Phase des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren die Waffen gegen seine eigenen christlichen Brüder gerichtet hatte und deshalb vielen Christen, aber auch Sunniten sehr verhasst ist.

Das Gros der Proteste in den großen Städten des Libanon richtete sich gegen schiitische Regierungseinrichtungen. Im Südlibanon, der unter der direkten, auch militärischen Kontrolle der Schiitenrebellion steht, wurden sogar Büros und Wohnhäuser von hohen Funktionären der beiden schiitischen Parteien Amal-Bewegung (Bewegung der Benachteiligten) und Hisbollah angegriffen. Allerdings gerieten auch andere Regierungsparteien ins Visier der Proteste.

Als Reaktion auf die Proteste hat die Regierung einen Teil der Steuererhöhungen auf Internetdienstleistungen wie WhatsApp, Skype oder Viber wieder zurückgenommen, Staatsbediensteten, eine bislang besonders privilegierte Gruppe, wurde die Hälfte ihres Lohnes gestrichen. *B.B.*

Parallelen mit dem Irak

Weimarer Verhältnisse in Thüringen

Wird keine Partei schwach und fällt um, scheint nur die Möglichkeit einer Minderheitsregierung zu bleiben

In Thüringen herrschen nun tatsächlich Weimarer Verhältnisse. Um eine stabile Regierung zu bilden, müssen neue Konstellationen angedacht werden.

Gibt es vielleicht doch eine lange undenkbar Koalition zwischen CDU und Linken? Thüringens CDU-Chef Mike Mohring stieß die Tür am Wahlabend ganz weit auf. Man müsse erst einmal „gucken, was für unser Land richtig ist“. Man müsse „neue Antworten“ liefern, jetzt, da es keine Mehrheit in der Mitte mehr gebe. Das Wahlergebnis habe so niemand erwartet. „Seit 1949 gab es keine demokratischen Wahlen, die zu einem Ergebnis geführt haben, die eine Regierungsbildung in der Mitte nicht ermöglichen“, sagte Mohring. Man werde nun schauen, was man gemeinsam mit diesem Wahlergebnis mache.

Welche Rolle seine CDU dabei spielen könnte, ließ Mohring offen. Er schloss bisher Bündnisse mit der AfD oder der Linkspartei aus, zumindest die Absage an die AfD erneuerte er am Wahlabend. Auf Bundesebene fiel die Reaktion aber deutlicher aus. CDU-Generalsekretär Paul Ziemak twitterte: „Unser Wort gilt, keine Koalition mit AfD oder Linken.“

Dass es keine Mehrheit mehr in der Mitte gibt, liegt auch am schwachen Abschneiden der Union. Diese stürzte um mehr als zehn Punkte auf unter 23 Prozent ab und ist im Freistaat nur noch drittstärkste Kraft hinter Linkspartei und AfD.

Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland sieht die CDU nach der Landtagswahl in Thüringen am Scheideweg. „Die CDU muss sich überlegen, ob sie künftig mit Linken und Grünen und Sozialdemokraten regieren will oder mit der einzigen bürgerlichen Volkspartei, der AfD“, sagte er. Die CDU müsse sich überlegen, ob sie auf ihre Basis hören „oder den Weg ins politische Aus gehen“ wolle. Die CDU werde wie die SPD als Volkspartei untergehen, wenn sie diesen Weg weitergehe. Dann könne die AfD bei Wahlen bei 50 Prozent der Stimmen landen.

Die Alternative, die mit ihrem umstrittenen Spitzenkandidaten Björn Höcke ins Rennen gegangen war, verdoppelte ihr Ergebnis auf rund 24 Prozent. Höcke, der am Wahlabend minutenlang von seinen Anhängern gefeiert wurde, kündigte an, dass seine Partei beim nächsten Mal die absolute Mehrheit erreichen werde, sollte es zu einer Koalition zwischen Linkspartei und CDU kommen.

Nur unwesentlich besser schnitt die SPD ab, ihre Einstelligkeit scheint in weiten Teilen des Ostens der Republik zementiert.

Ministerpräsident Ramelow erklärte, dass es einen klaren Regierungsauftrag für seine Partei gebe. Diesen Auftrag werde er auch annehmen. Es sei derzeit zu früh, um sagen zu können, wie genau die Gespräche über eine Regierungsbildung laufen müssen. Ramelow hat erst einmal keine Mehrheit im

Jahr Neuwahlen geben. Umgekehrt könnte es auch Mohring mit einer Minderheitsregierung versuchen. Für die Wahl des Ministerpräsidenten ist im dritten Wahlgang nur noch eine relative Mehrheit nötig – und keine absolute Mehrheit wie in den ersten beiden Wahlgängen.

CSU-Generalsekretär Markus Blume sieht in dem Wahlergebnis auch eine Warnung an SPD und Grüne auf Bundesebene: „Wer mit den Rändern koalitiert, verliert“, sag-

Die völlig ungeklärten Machtverhältnisse in Thüringen geht vor allem auf das starke Abschneiden und die gestiegene Wahlbeteiligung zurück, von der vor allem die AfD profitierte. Die AfD konnte besonders viele Nichtwähler mobilisieren: 80 000. Die Linke konnte 47 000 vorherige Nichtwähler dazu bringen, diesmal bei ihr das Kreuzchen zu machen, die CDU erreichte rund 33 000 bisherige Nichtwähler, verlor aber etwa 37 000 Wähler

Seine Partei ist erstmals stärkste Kraft geworden, aber seine Regierungskoalition hat ihre Mehrheit verloren: Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linkspartei)

Bild: pa

Beflügelt von den hohen Zustimmungswerten von Ministerpräsident Bodo Ramelow kamen die Ex-Kommunisten auf rund 30 Prozent und zogen dabei auch Stimmen von SPD und Grünen ab.

Der Klima-Hype spielte keine Rolle im Wahlkampf. Die Ökopartei schaffte mit Ach und Krach den Einzug in den Landtag. Am Ende zogen Grüne und FDP mit je fünf Prozent ins Parlament ein. Bei der FDP waren dabei fünf Stimmen ausschlaggebend.

Landtag, um sich erneut wählen zu lassen. Da aber auch niemand anderes genug Stimmen im Parlament hätte, um ihn abzulösen, könnte Ramelow geschäftsführend im Amt bleiben. Die Thüringer Landesverfassung sieht keine Frist vor, in der ein neuer Ministerpräsident gewählt werden muss. Einen Haushalt für 2020 hat Rot-Rot-Grün bereits verabschiedet. Dennoch wäre dies wohl nur eine umstrittene Übergangslösung, in diesem Fall könnte es schon im kommenden

er in München. In Thüringen stünden die Parteien jedenfalls „vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Politik“.

Grünen-Chef Robert Habeck führte das mäßige Abschneiden seiner Partei auf eine geringe Veränderungsbereitschaft in Mitteleuropa zurück. „In Thüringen speziell war der Wahlkampf nochmal härter, geradezu unversöhnlich“, sagt er: „Alle demokratischen Parteien sollten miteinander sprachfähig sein.“

an die AfD und 19 000 an die Linke – vor allem Ältere über 60 Jahre. Die SPD verlor 17 000 Wähler an die Linke und rund 7 000 an die AfD.

Die Ex-Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, äußerte sich entsetzt über das Abschneiden der AfD bei der Landtagswahl in Thüringen. „Die stetige Erosion der demokratischen Kultur setzt sich an diesem Wahlsonntag ungebremst fort“, sagt sie. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Verschärftes Waffenrecht

Berlin – Im Zuge eines „Maßnahmenpakets gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität“ will die Bundesregierung das Waffenrecht verschärfen. Wie die „Welt am Sonntag“ berichtet, haben sich das Justiz- und das Innenressort darauf geeinigt, dass vor der Vergabe eines Waffenscheins künftig eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz erfolgen soll. Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein „drittes Waffenrechtsänderungsgesetz“ sieht zudem erweiterte Kennzeichnungsanforderungen für Schusswaffen und deren wesentliche Teile vor. Dazu sollen Händler und Hersteller verpflichtet werden, künftig den vollständigen Lebensweg von Waffen anzuzeigen. Geplant ist zudem eine Anzeigepflicht für unbrauchbar gemachte Schusswaffen. *N.H.*

Bosch entlässt Mitarbeiter

Stuttgart – Bis zum Ende des Jahres 2022 will der Automobilzulieferer Bosch in Deutschland mehr als 2000 Stellen abbauen. Die Pläne betreffen drei Standorte in Baden-Württemberg und ein Werk in Bremen. Der weltgrößte Automobilzulieferer reagiert mit dem Personalabbau auf sinkende Verkaufszahlen bei wichtigen Herstellern. Die Pläne für einen Stellenabbau bei Bosch beziehen sich vor allem auf Standorte der Antriebssparte, insbesondere Bosch-Werke, die Teile für Dieselfahrzeuge fertigen. Eine Sprecherin des Unternehmens begründete den geplanten Stellenabbau mit einer Umbruchsituation, in der sich die Automobilindustrie befindet. Laut der Sprecherin ist eine Transformation hin zur Elektromobilität in vollem Gange, hinzu komme ein konjunktureller Abschwung und eine schwächer werdende Nachfrage nach Diesel- und Benzinautos. *N.H.*

Halbzeit bei der Groko

Die Große Koalition hat ihre eigene Bilanz verschoben

Etwa 80 Seiten soll das Dokument lang sein, das Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) federführend für die Große Koalition zusammengestellt hat. Es enthält die Halbzeitbilanz der Großen Koalition (Groko). Am vergangenen Mittwoch sollte es nach den bisherigen Planungen im Kabinett vorgelegt werden – doch nun haben sich CDU, CSU und SPD im Koalitionsausschuss darauf geeinigt, dies auf Anfang November zu verschieben.

Die Große Koalition war Anfang 2018 nur unter Mühen zustande gekommen, nachdem die Jamaika-Verhandlungen von CDU/CSU, FDP und Grünen gescheitert waren. Und niemand weiß, ob sie noch einmal zwei Jahre durchhält. Jede Landtagswahl mit schwachen Ergebnissen für einen der Partner, und davon gab es – siehe Thüringen – einige, führt zu neuen Debatten. Erwartet wird auch, dass die Neubesetzung der SPD-Führung eine abermalige Diskussion über Wohl und Wehe der Koalition mit sich bringen wird.

Die deutsche Wirtschaft stellte der Großen Koalition zur Halbzeit ein schlechtes Zeugnis aus. „In zentralen Politikfeldern fehlen bis heute ein klarer Kurs und richtungweisende Entscheidungen zur Verbesserung der Wettbe-

werbsfähigkeit der deutschen Industrie“, sagte BDI-Hauptgeschäftsführer Joachim Lang dem Nachrichtensender NTV. „Angesichts der sich stark eintrübenden Konjunktur müssen wir feststellen, dass die jüngsten Aufschwung-Jahre verpasste Chancen für mehr Wachstum waren.“

Die Regierenden sehen das naheliegenderweise anders und verweisen auf eine Analyse der Bertelsmann-Stiftung. Die Große Koalition halte bisher in den meisten

Seit zwei Jahren ist Merckels viertes Kabinett im Amt

Fällen, was sie verspricht. „Nach knapp zwei Jahren Regierungstätigkeit hat sie bereits 61 Prozent ihrer Versprechen aus dem Koalitionsvertrag vollständig oder teilweise umgesetzt oder zumindest substantiell in Angriff genommen. Das ist deutlich mehr als ihre Vorgängerregierung zur Halbzeit geschafft hatte (49 Prozent)“, heißt es in einer aktuellen Studie.

Das Innenministerium hat laut der Erhebung als Ressort mit 49 der meisten Einzelversprechen im Koalitionsvertrag zu verantworten.

Mit 26 bereits vollständig umgesetzten Versprechen kann das Ressort von Horst Seehofer demnach in absoluten Zahlen auch die bislang beste Umsetzungsbilanz vorweisen. Die Koalition verweist zudem darauf, dass sie auf aktuelle Entwicklungen schnell und effizient reagiert habe und spielt auf die Klimagesetzgebung an, die zum 1. Januar des neuen Jahres in Kraft treten soll.

Dass es noch weitere große Neuerungen geben wird, daran glauben nicht einmal mehr die Optimisten. Erfahrungsgemäß schalten die Regierenden im Jahr vor der nächsten Wahl bereits auf den Wahlkampfmodus um.

Der große Stolperstein auf dem Weg in die zweite Hälfte dieser Legislaturperiode ist der seit Monaten ungelöste Streit um die Grundrente. Union und SPD streiten sich vor allem über das Thema Bedürftigkeitsprüfung. Die Unionsseite verweist darauf, dass diese im Koalitionsvertrag steht. Die SPD will die Auszahlung des geplanten Aufschlags auf kleine Renten dagegen nicht an eine solche Prüfung knüpfen. Mit der Grundrente will die Koalition etwas gegen Altersarmut tun. Das Thema dürfte auch im kommenden Wahlkampf eine Rolle spielen, falls die Koalition überhaupt so lange hält. *P.E.*

Schonende Bestrafung

Zweifel an Überparteilichkeit der Bundestagsverwaltung

Der Bundesrechnungshof hat bei allen Fraktionen, die im Wahljahr 2013 im Bundestag vertreten waren, festgestellt, dass diese Gelder rechtswidrig für Parteaufgaben verwendet haben. CDU, SPD, Linkspartei und Grüne sollen laut einem Bericht des „Spiegel“ Beträge zahlen, die sich in einer Spannbreite von 93,96 Euro (CDU) und rund 90 000 Euro (Linkspartei) bewegen.

Ein Blick in die Prüfergebnisse des Bundesrechnungshofs und das Parteiengesetz zeigt, dass die vier Parteien damit ausgesprochen glimpflich davonkommen, denn der Bundesrechnungshof hat bei seinen Prüfungen erhebliche Missstände im Umgang der Bundestagsfraktionen mit ihren Finanzen aufgedeckt. Die Gelder stammen aus dem Bundeshaushalt und sind für die parlamentarische Arbeit der Fraktionen gedacht und nicht für den Wahlkampf der entsprechenden Parteien.

Bei den Fraktionen von Grünen, SPD und Union stellte der Bundesrechnungshof in einzelnen Fällen fest, dass „öffentliche Mittel zweck- und damit rechtswidrig für Parteaufgaben“ eingesetzt wurden. Umfangreicher waren die Beanstandungen der Rechnungsprüfer bei den Fraktionen der Linkspartei und der FDP.

Bei der damaligen FDP-Fraktion fanden die Rechnungsprüfer „zahlreiche Verstöße gegen das Gebot der Wirtschaftlichkeit“. Laut dem Prüfbericht des Bundesrechnungshofs setzte die FDP-Fraktion zudem auch „in erheblichem Umfang öffentliche Mittel zweck- und damit rechtswidrig für Parteaufgaben ein“. Erwähnt wird in dem Prüfbericht zur damaligen FDP-Fraktion etwa eine Maßnahme aus dem Februar 2013. Unter dem Briefkopf des damaligen FDP-Frak-

Bundesrechnungshof rügt Verstöße von Bundestagsfraktionen

tionsvorsitzenden wurden Schreiben an 3,1 Millionen Haushalte verschickt. Allein die Versandkosten werden in dem Prüfbericht mit 267 277,31 Euro beziffert. Die Gesamtkosten, die auch die Druckkosten umfassen, sowie auch die beauftragten Unternehmen, hat der Bundesrechnungshof in der veröffentlichten Fassung des Prüfberichts unkenntlich gemacht.

In einer Antwort auf eine Nachfrage des Bundestagsabgeordneten Roman Reusch (AfD) zu den unkenntlich gemachten Stellen wies

der Bundesrechnungshof unter anderem auf „schützenswerte private Belange“ hin, zu denen auch „Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse“ gehören. Gegenüber der PAZ zieht der Abgeordnete Roman Reusch insgesamt ein kritisches Fazit der bisherigen Aufklärungsbemühungen:

„Der Bundesrechnungshof prüft im Jahr 2017 Vorgänge aus 2013. Veröffentlichung werden die Berichte 2019 – warum so spät und warum werden wichtige Zahlen als Geschäftsgeheimnis behandelt? Die damalige FDP-Fraktion soll nach den Feststellungen der Rechnungsprüfer mehr als 700 000 Euro rechtswidrig verwendet haben, und die FDP geht nun völlig strafflos aus. Wie kann es sein, dass die Bundestagsverwaltung in der Bewertung so stark von der Beurteilung des Rechnungshofs abweicht?“

In der Tat steht als Sanktionsmöglichkeit der Bundestagsverwaltung nicht nur der Weg einer Rückforderung der zweckfremden Beträge offen. Letztere können auch als nicht deklarierte Parteispende angesehen werden. Der Paragraph 31c des Parteiengesetzes (PartG) sieht hierfür Sanktionsmöglichkeiten bis zur Dreifachen Höhe des Spendenbetrags vor. *Norman Hanert*

Zeitzeugen



Bild: imagoHR Schulz

Florian Weber – Der 1963 in Bad Aibling geborene Politiker ist seit 2007 Vorsitzender der Bayernpartei (BP). Obwohl die BP heute längst nicht mehr den politischen Einfluss früherer Tage besitzt, ist sie in zahlreichen Bezirks- und Gemeindeparlamenten des süddeutschen Freistaates vertreten. Webers politische Schwerpunkte liegen im Kampf gegen ein zentralistisches Europa und für die Stärkung der Regionen.

Markus Söder – Gemeinsam mit den Länderchefs von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen legte der bayrische Ministerpräsident Ende dieses Monats ein Papier vor, in dem eine Stärkung der Bundesländer und eine neue Föderalismusreform gefordert wurden. Weitere Zentralisierungstendenzen sollen so abgewehrt und ein gerechter Lastenausgleich zwischen den Gliedstaaten herbeigeführt werden.



Bild: imago images/Beilga

Karl-Heinz Lambertz – Der 1952 in Schoppen (Amel) geborene Jurist war bis 2014 Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) in Belgien. Heute steht der sozialistische Politiker dem Europäischen Ausschuss der Regionen vor. Mit diesem Gremium versucht die EU die Belange von Kommunen und Regionen stärker zu berücksichtigen.

Alyn Smith – Der 1973 in Glasgow geborene Jurist ist seit 2004 Abgeordneter des Europaparlaments und vertritt dort die Scottish National Party (SNP), die für die Unabhängigkeit Schottlands von Großbritannien eintritt. Die SNP ist mit weiteren nationalen, regionalen und autonomen Gruppen in der Europäischen Freien Allianz (EFA) organisiert, die als Partei auf EU-Ebene fungiert und sich für starke föderale Strukturen einsetzt.



Bild: imago

Hans Herbert von Arnim – Der emeritierte Verfassungsrechtler der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer gilt nicht nur als einer der profiliertesten Kritiker des ausufernden Parteienstaats, in seinen Veröffentlichungen hat sich der 1939 in Darmstadt geborene Jurist auch immer wieder mit Fehlentwicklungen des föderalen Systems in Deutschland befasst und diese aufgezeigt.

Nur noch auf dem Papier

In der Praxis verlieren die Bundesländer immer mehr an Bedeutung

Das Verhältnis der Deutschen zum Föderalismus der Bundesrepublik ist zwiespältig. Grundsätzlich scheint er bejaht zu werden, aber spätestens, wenn die eigene Familie Leidtragende des Diktums „Vater versetzt, Kind sitzen geblieben“ wird, stellt sich schnell Unverständnis ein.

Die große Sehnsucht nach Gleichbehandlung wird in Deutschland auch an die bundesstaatliche Ordnung herangetragen. In der Bundesrepublik ist dem Bedürfnis nach einer flächendeckenden Rechtsgleichheit bereits weitgehend Rechnung getragen worden. Das Grundgesetz verlangt nach der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, und die Gestaltungsspielräume der Bundesländer wurden in den letzten Jahrzehnten massiv eingeschränkt.

In der Theorie liegt die originäre Gesetzgebungszuständigkeit nach wie vor bei den Gliedstaaten, und der Bund sollte ursprünglich nur bei elementaren Fragen wie der Landesverteidigung, der Erhebung

von Zöllen oder bei Währungsangelegenheiten die alleinige Zuständigkeit besitzen. Das Grundgesetz sieht neben dieser alleinigen Zuständigkeit des Gesamtstaates eine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz vor. Danach können die Länder eine Rechtsmaterie im Alleingang regeln, wenn der Bund dies noch nicht getan hat. Heute gibt es jedoch nur noch wenige Lücken, die nicht durch bundeseinheitliche Gesetze geschlossen wurden.

Immer dann, wenn sich in der Geschichte der Bundesrepublik neue bedeutende politische Fragestellungen wie etwa der Bau von Atomkraftanlagen oder der Schutz der Umwelt auftraten, zog der Bund die Gesetzgebungskompetenz an sich. Die Überlagerung des deutschen Rechts durch Normen der EU tat ihr Übriges, denn in Brüssel verhandelt man weniger mit Düsseldorf oder Erfurt als direkt mit der Bundesregierung in Berlin.

Aber auch dort, wo noch Spielräume vorhanden sind, werden diese von Landespolitikern kaum für die Erzeugung von Rechtsungleichheit benutzt. Viele Gesetze und Verwaltungsvorschriften der Länder gleichen sich wie ein Ei dem anderen. Auf den regelmäßigen Fachkonferenzen der Landesminister werden Mustergesetze erarbeitet, die man den jeweiligen Landtagen dann zur Übernahme empfiehlt. Die Gliedstaaten und die Kommunen die

überwiegend zur Exekution des Bundesrechts, denn der Bund selbst unterhält nur eine kleine Verwaltung und keine erstinstanzlichen Gerichte.

Eine wesentliche politische Bedeutung haben die Länder im Wesentlichen nur insoweit, als ihre Regierungen über den Bundesrat an den Entscheidungen des Gesamtstaates beteiligt werden. Ansonsten dient die

Landesebene überwiegend als Versorgungsstation und Experimentierfeld für die zweite Garnitur der Parteien.

Dies müsste indes nicht sein. In der Politikwissenschaft wurde bereits um die Jahrtausendwende über die Vorteile des Modells eines sogenannten Wettbewerbsföderalismus diskutiert. Danach sollten den Gliedern eines Bundesstaates möglichst weitgehende Entscheidungsspielräume eröffnet werden, um so eine gewisse Konkurrenz im Ringen um bessere politische Lösungen unter Berücksichtigung regionaler Belange gewährleisten zu können. In der bescheiden ausgefallenen Föderalismusreform von 2006 wurden einzelne Impulse aus der akademischen Diskussion aufgenommen, aber zwischenzeitlich bereits teilweise wieder kassiert. Ein leistungsfähiger und dem Leitgedanken der Subsidiarität verpflichteter Bundesstaat existiert in Deutschland heute nur noch auf dem Papier.

Dirk Pelster

»Vater versetzt, Kind sitzen geblieben«



Fordern eine Föderalismusreform: Armin Laschet (4.v.l.), Markus Söder (6.v.l.) und Winfried Kretschmann (9.v.l.)

Bild: pa

Deutsche Besonderheit

Bundesfinanzausgleich macht eigene Anstrengungen unattraktiv

Der im Grundgesetz vorgeschriebene Finanzausgleich unter den 16 Bundesländern ist nicht nur ein ständiger Zankapfel, sondern auch ein Mühlstein am Halse des bundesdeutschen Föderalismus. Grundsätzlich teilen sich Bund und Länder die Erträge aus den wichtigsten Abgaben nach einem festgelegten Schlüssel. Neben dieser Zuweisung des Steuerertrages sind die Länder zusätzlich noch angehalten, ihre vereinnahmten Mittel untereinander auszugleichen. Wirtschaftlich gut stehende Staaten sollen so den finanzschwachen Bundesländern unter die Arme greifen. Dies resultiert aus dem grundgesetzlichen Gebot, gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Bürger im gesamten Bundesgebiet herzustellen. Der Finanzausgleich ist gesetzlich in einem eigenen Gesetz festge-

schrieben und vollzieht sich nach einem komplizierten Verfahren. 2018 gehörten nur die vier Bundesländer Bayern, Hessen, Hamburg und Baden-Württemberg zu den Gebern. Die anderen Staaten erhielten Zuweisungen aus dem gemeinsamen Topf. Mit

2018 bekam Berlin die größte Finanzspritze

4,4 Milliarden Euro bekam das rot-rot-grün regierte Berlin die größte Finanzspritze.

Wie auf europäischer ist auch auf deutscher Ebene diese Form der Quersubventionierung politisch höchst bedenklich, verleitet sie die Nehmerländer dazu, die erhaltenen Gelder nicht in

den Ausbau von Wirtschaft und Infrastruktur zu investieren, sondern stattdessen für teure Wahlgeschenke oder ideologische Vorzeigeprojekte auszugeben. Den gut wirtschaftenden Ländern stehen hingegen erzielte Überschüsse nicht mehr zur Verfügung, sodass auch hier die Bereitschaft schwindet, eine ausgewogene und weitsichtige Finanzpolitik zu betreiben, da sich diese Anstrengungen nicht lohnen.

Die Praxis eines solchen Finanzausgleiches hat es in der deutschen Geschichte bislang nicht gegeben. Auch in anderen Bundesstaaten wie etwa den USA oder Kanada gibt es ein solches Verfahren nicht. Lediglich in vollständig oder teilweise deutschsprachigen Staaten wie Österreich oder der Schweiz existieren ähnliche Regelungen.

D.P.

Deutscher Flickenteppich hat Tradition

Der Föderalismus hat in Deutschland eine lange Tradition. Sieht man vom Dritten Reich und der DDR ab, war das Zentrum Europas stets als Staatenbund, Bundesstaat oder überhaupt nicht organisiert. Die föderale Struktur hat das Entstehen eines Nationalstaats lange verzögert und war der Grund dafür, dass ein schwaches, sich teilweise selbst bekriegendes Deutschland zum Spielball, Einflussgebiet und Kriegsschauplatz für ausländische Mächte wurde. Nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg drängten daher insbesondere US-Amerikaner und Franzosen gemäß dem Leitsatz divide et impera (teile und herrsche) auf eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland.

Die bei der Neuordnung Deutschlands durch die Besatzungsmächte geschaffenen sogenannten Bindestrich-Länder sind nicht selten „weniger originär als originell“, um mit dem ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss zu sprechen.

»Divide et impera« (teile und herrsche)

So wurden etwa Teile der preußischen Rheinprovinz und das preußische Westfalen von den Briten zum Kunststaat Nordrhein-Westfalen zusammengefasst, um einerseits eine einheitliche Verwaltung des Ruhrgebietes sicherstellen zu können und andererseits den Einfluss der KPD zu schwächen, die einen rein westfälischen Staat nach demokratischen Wahlen möglicherweise dominiert hätte. Auch anderswo wurden nach dem Krieg bisherige Länder aufgelöst, zerstückelt und neu zusammengesetzt. Bestehende historische, kulturelle und landsmannschaftliche Strukturen fanden dabei kaum Berücksichtigung. Nach der Gründung der Bundesrepublik entschieden sich 1951 die Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern durch Volksabstimmung zu fusionieren. 1952 wurden die Länder auf dem Territorium der DDR de facto aufgelöst. Im Zuge des Beitritts der DDR 1990 erstanden sie wieder neu. D.P.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Vi.S.d.P:

Dr. Sebastian Husen

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinsler-Schut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32

Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32

Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.preussische-allgemeine.de

E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

»Letzte Warnung an die CDU«

Bauern demonstrieren zu Tausenden gegen die Agrarpolitik – Auch Brandenburger auf der Straße



„Für viele Betriebe droht das Aus“:
Bauernprotest in Berlin

Bild: imago images/Olaf Selchow

Am 22. Oktober haben Zehntausende Landwirte in ganz Deutschland gegen die Umwelt- und Agrarpolitik der Bundesregierung demonstriert. Nicht nur Politiker müssen zur Kenntnis nehmen, dass im ländlichen Raum eine brisante Stimmung herangereift ist.

Die Protestbewegung der Landwirte hat sich nämlich nicht nur in hohem Tempo organisiert, sondern auch weitgehend am Deutschen Bauernverband (DBV) vorbei. Angeschoben wurden die Demonstrationen in deutschen Städten von einem Netzwerk, das sich „Land schafft Verbindung“ nennt. Diese Initiative war erst Anfang Oktober gegründet worden und ist über Facebook und WhatsApp schnell auf Zehntausende Unterstützer angewachsen.

Wie gut diese Bewegung die Stimmungslage im ländlichen Raum getroffen hat, zeigt die hohe Beteiligung an den bundesweiten Sternfahrten in die Zentren deutscher Städte. Allein bei der größten Demonstration in Bonn zählte die Polizei 6000 Landwirte. Und zu einer Sternfahrt nach Berlin waren 1000 Bauern mit etwa 200 Traktoren und Landmaschinen aus ganz Brandenburg aufgebrochen.

Brandenburgs Bauernbundpräsident Marco Hintze kommentierte die bundesweiten Proteste als „letzte Warnung an die CDU“: „Während Julia Klöckner die Agrarproduktion hierzulande mit unsinnigen Auflagen

runterregelt, öffnet Peter Altmaier die Grenzen für billige Agrarimporte aus Übersee.“

Damit spielt Hintze auf das Projekt eines EU-Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay an. Hierzulande grassiert unter den Landwirten die Angst, dass unter den Bedingungen eines Freihandelsabkommens der Markt künftig mit Billigware aus Südamerika überschwemmt wird, während einheimische Familienbetriebe aufgrund immer strengerer Auflagen auf der Strecke bleiben.

Brandenburgs Bauernbundpräsident warnte die Union vor einem generellen strategischen Fehler. Die CDU versuche, „durch faule Kompromisse mit der Naturschutzlobby, die nur scheinbar der Umwelt nützen, ahnungslose Großstädter“ zu gewinnen. Auf Spiel gesetzt werde dabei aber die „bisher treueste Stammwählerschaft“ und die Zukunft der CDU als „Volkspartei im ländlichen Raum“, so Hintze.

Das geplante Freihandelsabkommen mit den vier südamerikanischen Staaten ist nur einer von mehreren Faktoren, die bei den Bauernprotesten eine Rolle spielen. Weit verbreitet ist das Gefühl unter den Bauern, Opfer von Stimmungsmache zu sein und perma-

nent als Umweltverschmutzer verunglimpft zu werden. Für heftigen Unmut hat vor allem das Agrarpaket gesorgt, auf das sich Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) und Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) unlängst geeinigt haben. Darin wird unter anderem der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt.

Zudem verschärft die Gesetzesnovelle die Düngerverordnung. In Gebieten mit hoher Nitratbelastung soll künftig der Dünger-Einsatz pauschal um 20 Prozent reduziert werden. Insgesamt könnte das Agrarpaket dazu führen, dass die Erträge zurückgehen und damit auch die Gewinne schrumpfen. „Für viele Betriebe könnte dies das Aus bedeuten“, so ein Landwirt auf einer Kundgebung in Norddeutschland.

Die Bauerninitiative setzt zur Lösung auf direkte Gespräche mit Politikern und Nichtregierungsorganisationen. „Wir möchten, dass die Politik und Verbände mit uns als Basis sprechen“, so Meike Schulz-Broers vom Organisationsteam „Land schafft Verbindung“.

Angesprochen fühlen kann sich damit auch Greenpeace. Martin Hofstetter, Landwirtschaftsexperte der mächtigen Organisation, führte die Bauernproteste auf eine seit Jahrzehnten fehl-

geleiteten Agrarpolitik zurück, „die vor allem die Unionsparteien zu verantworten haben“. Als Alternative fordert er eine „Agrarwende“ auf nationaler und europäischer Ebene, bei der Fördergelder Betrieben zugutekommen, die „auf eine klima- und artenschonende Landwirtschaft umstellen“.

Dass auch eine flächendeckende Ausweitung der sogenannten Biolandwirtschaft nicht unbedingt eine Lösung darstellt, deutet ein Artikel an, der unlängst im Wissenschaftsmagazin „Nature Communications“ veröffentlicht wurde. Wissenschaftler der britischen Universität Cranfield hatten für eine Studie untersucht, wie sich eine hundertprozentige Umstellung auf Öko-Landbau auf Großbritannien auswirken würde.

Mit Blick auf die „Treibhausgase“ sagen die Wissenschaftler sogar höhere Nettoemissionen voraus. Grund für diese Annahme ist der zu erwartende Ertragsrückgang in der einheimischen Landwirtschaft, der letztendlich zu verstärkten Importen und einer Ausweitung der Landnutzung in Übersee führen würde: „Wir prognostizieren einen Rückgang der gesamten Lebensmittelproduktion in Großbritannien um 40 Prozent im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft unter vollständig biologischem Anbau, wenn wir dieselben Nahrungsmittel verbrauchen“, so einer der Studienautoren.

Norman Hanert

»Treueste Stammwählerschaft aufs Spiel gesetzt«

Der alltägliche Wahnsinn

Von VERA LENGSELD

In Berlin werden nicht nur jüdische Mitbürger auf offener Straße attackiert. Auch Homosexuelle werden am helllichten Tag angegriffen. In Pankow, einem bürgerlichen Bezirk, dessen Mitte hauptsächlich von rot-grünen Besserverdienern bewohnt wird, wurde ein Mann mit „Scheiß Moslem, Scheiß Schwuler“ beleidigt und geschlagen. Zum Täter gab es keine Angaben, also kann ausgeschlossen werden, dass es sich um einen Biodeutschen handelte.

In Mitte kam es in der eleganten Mall of Berlin zu einer schwulenfeindlichen Attacke. Die Polizei ermittelt wegen Beleidigung und drei Körperverletzungen mit homophobem Hintergrund. Es wird immer schwieriger, solche Vorfälle politisch korrekt zu beschreiben. Ein 18-Jähriger, der mit einer Gruppe junger homosexueller Männer unterwegs war, wurde „von einem Jugendlichen, der zu einer anderen Gruppe gehörte, in der Mall of Berlin angerepelt. Anschließend soll derselbe Mann den Heranwachsenden aufgrund seiner Homosexualität beschimpft haben. Ein 17-jähriger Begleiter des Tatverdächtigen soll dann dem Bekannten des Opfers ins Gesicht gespuht haben. Anschließend flüchtete die Gruppe. Ein 20-Jähriger aus der Gruppe der Homosexuellen nahm die Verfolgung auf und wurde mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Anschließend stieg der 17-Jährige in einen BVG-Bus. Der Verfolger machte den Fahrer auf den Tatverdächtigen aufmerksam, die alarmierte Polizei konnte den Jugendlichen festnehmen. Er wurde nach Rücksprache mit seinem Vater im Anschluss entlassen.“ Diese verschwurbelte Meldung stammt von Online-Portal der „B.Z.“, die noch am ehesten Klartext redet. Jeder Leser weiß, was er sich denken muss, wenn so berichtet wird.

Auch wenn ein Auto in der Frankfurter Allee an einen Baum fährt, die drei Insassen aber behaupten, keiner von ihnen habe am Steuer gesessen und keine Angaben zum Fahrer machen wollen, weiß man, was verschwiegen wird. Wenn nächtens zwei 14-jährige Mädchen losziehen, zum Spaß ein Auto, mehrere Baucontainer, am Morgen noch Kleidercontainer anzünden, wird das kommentarlos hingenommen, statt zu fragen, was in dieser Stadt schief läuft.

Ein Mercedesfahrer flüchtete vor der Polizei und verursachte drei Unfälle, unter anderem mit einem Radfahrer, bis er wegen der Schäden an seinem Auto nicht mehr weiterfahren konnte. Er ergriff daraufhin die Flucht zu Fuß, konnte aber von den Polizisten gestellt werden. Er hatte keine gültige Fahrerlaubnis. Wenn es sich um einen Biodeutschen gehandelt hätte, wäre das den Lesern umgehend mitgeteilt worden. Berlin versinkt allmählich in Anarchie, aber das ganz politisch korrekt. Politik und Medien sehen weg.

TBC wütet in Gefängnissen

Zahl der Tuberkulose-Erkrankungen in Haftanstalten steigt rapide

Eine offene Tuberkulose-Erkrankung (TBC) bei einem Häftling der Berliner Justizvollzugsanstalt (JVA) Heidering im vergangenen September hat die Aufmerksamkeit auf ein wachsendes Gesundheitsproblem gelenkt. Laut einer Antwort des Landesamts für Gesundheit und Soziales auf eine Anfrage der AfD-Fraktion wurden von 2015 bis 2019 in den Berliner Gefängnissen bislang 71 TBC-Fälle diagnostiziert.

Die früher Schwindsucht genannte Krankheit wird insbesondere beim Husten und Niesen über Tröpfchen in der Luft übertragen. Gerade Häftlinge gelten als eine Gruppe mit einem erhöhtem Infektionsrisiko: Ein längerer und enger Kontakt mit Erkrankten steigert die Wahrscheinlichkeit einer Ansteckung. Zudem ist in den vergangenen Jahren die Zahl ausländischer Gefangener gestiegen, die aus Regionen mit hoher TBC-Belastung stammen.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entfällt ein Großteil der Neuerkrankungen auf Südostasien und Afrika. In Europa treten die meisten in osteuropäischen Ländern auf. Nach Angaben des Robert-Koch-Instituts (RKI) sind im Land Ber-

Vor allem Häftlinge aus dem Ausland übertragen das Virus

lin in diesem Jahr bislang 276 Tuberkulose-Fälle gemeldet worden. Bundesweit wurden vergangenes Jahr 5429 TBC-Erkrankungen registriert.

Im Fall des im September erkrankten Berliner Häftlings wird angenommen, dass er bereits vor der Inhaftierung infiziert war, seine Erkrankung bei der Aufnahmeuntersuchung allerdings nicht erkannt wurde. Bei Häftlingen

findet routinemäßig eine Röntgenuntersuchung statt. Der Häftling wird in einer Isolierstation im Justizvollzugskrankenhaus Berlin behandelt.

Nicht nur in den Berliner Gefängnissen sind in den vergangenen Jahren die Zahlen von TBC-Erkrankungen drastisch gestiegen. Auch aus Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg wird eine entsprechende Entwicklung berichtet.

In Niedersachsen ist im Januar ein Häftling der JVA Sehnde aus Somalia an TBC verstorben. Bereits 2018 bestätigte das Justizministerium in Baden-Württemberg einen Bericht der „Stuttgarter Nachrichten“, demzufolge Beamte im Justizvollzug bei Tuberkulose-Ansteckungen besser abgesichert werden. So sollen Tuberkulose-Erkrankungen von JVA-Beamten grundsätzlich als Dienstunfall anerkannt werden, wenn es zuvor einen Kontakt mit einem infizierten Häftling gegeben hat. N.H.

Herrmann geht

Umstrittene Grüne will nicht wieder antreten

Monika Herrmann (Grüne) hat erklärt, 2021 nicht wieder als Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg kandidieren zu wollen. Sie amtiert seit 2013 und betrieb vornehmlich Klientelpolitik. Autofahrer hatten unter ihr zu leiden, Asylsucher und die Drogenszene am Görlitzer Park konnten mit sehr viel mehr Verständnis rechnen.

Diplom-Politologin Herrmann leitete von 1987 bis 1989 das Frauenkulturzentrum „Begine“, von 1989 bis 1990 war sie Presse- und Werbereferentin des Frauenhotels „artemis“. Ab 2006 stieg Herrmann zur Bezirksstadträtin für Familie, Gesundheit und Personal auf.

2013 wurde Herrmann Vetterwirtschaft vorgehalten, weil sie ihre angebliche Lebensabschnittsgefährtin zur Stellvertreterin der neu berufenen Jugend-

amtsdirektorin Katrin Schröder ernannt habe. Bemerkenswert war ihr Eingeständnis im September dieses Jahres, dass sie bei Dunkelheit den Görlitzer Park in ihrem eigenen Bezirk nicht betrete. Der Zustand in dem Park sei „nicht tragbar“.

Kurt Wansner, CDU-Bezirksabgeordneter aus Kreuzberg: „Das ist eine Bankrott-erklärung. Wer wie Frau Herrmann Drogenkriminalität nicht bekämpft, sondern Dealer in Parks ‚integrieren‘ will, muss sich über die Folgen nicht wundern. Wenn sie sich nun selbst da nachts nicht mehr durchtraut, muss sie sich fragen, ob sie als Bürgermeisterin des Bezirks noch tragbar ist.“ Die bürgerlichen Parteien CDU (vier Abgeordnete), AfD (drei Sitze) und FDP (zwei Sitze) spielen in der Bezirksversammlungsversammlung jedoch keine Rolle. Frank Bückler

Ein Herz für Dealer, nicht für Autofahrer

Klage gegen »Einheitswippe«

Der Naturschutzbund (NABU) hat beim Berliner Verwaltungsgericht Klage gegen den Bau des Freiheits- und Einheitsdenkmals eingereicht. Das Denkmal in Form einer großen begehbaren Waage soll auf dem Sockel des früheren Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmals vor dem künftigen Humboldtforum entstehen. Bereits Anfang Oktober hatte die Senatsbauverwaltung den Baubeginn genehmigt, dabei aber Auflagen zum Natur- und Artenschutz erteilt. Das Gewölbe des Denkmalssockels war bislang von Wasserfledermäusen als Brutplatz genutzt worden. Aus Sicht des NABU ist für die Tiere bisher kein ausreichendes Ersatzquartier geschaffen worden, daher müsse die Bauverwaltung die Baustelle wieder für die Fledermäuse öffnen. Der Bundestag hat für das Denkmalprojekt 17 Millionen Euro bereitgestellt. Ursprünglich war geplant gewesen, das Einheits- und Friedensdenkmal bereits zum 30. Jubiläum der friedlichen Revolution fertigzustellen. N.H.

MELDUNGEN

Paris überholt Berlin

Berlin – Frankreichs Hauptstadt Paris hat als Gründermetropole Berlin überholt. Laut dem „Startup Barometer“ der Beratungsgesellschaft Ernst & Young konnten Startups aus Paris in der ersten Hälfte dieses Jahres rund 2,2 Milliarden Euro an Investorengeldern einwerben. Neugegründete Unternehmen aus Berlin sammelten dagegen nur zwei Milliarden Euro ein. Noch vergangenes Jahr hatte Berlin besser abgeschnitten als Paris. Präsident Macron hatte 2017 erklärt, er wolle Frankreich mit staatlicher Hilfe zu einer „Startup-Nation“ machen. Trotz Brexit schnitt London bei Startup-Investoren erneut als Spitzenreiter in Europa ab. *N.H.*

Neuer Präsident in Argentinien

Buenos Aires – In Argentinien ist der seit 2015 amtierende konservative Staats- und Regierungschef Mauricio Macri abgewählt worden. Neuer Staatsschef wird der peronistische Politiker Alberto Fernández, der bei den Präsidentschaftswahlen 48 Prozent der Stimmen erhielt. Macri kam nur auf 40 Prozent. Fernández gelang es, das zerstrittene peronistische Lager zu einen. Dazu holte er die umstrittene Cristina Kirchner mit ins Boot, die von 2007 bis 2015 Präsidentin war. Weil gegen sie mehrere Verfahren wegen Korruptionsvorwürfen laufen, trat sie nicht noch einmal direkt für das Amt an. Als Senatorin genoss sie aber Immunität und wird zukünftig als Vizepräsidentin die Fäden ziehen. Dem wirtschaftlich angeschlagene Argentinien, das in der größten Krise seit 2003 steckt, werden Fernández und Kirchner mit protektionistischen Mitteln auf die Beine zu helfen versuchen. Damit setzen sie die Politik des früheren Staatschefs Néstor Kirchner fort, dem 2010 verstorbenen Ehemann Cristina Kirchners. *tws*

Katalanische Separatisten verursachten in Barcelona seit Oktober eine Riesenwelle der Gewalt. Zur politischen Lösung mit der spanischen Zentralregierung in Madrid dürfte diese Krawallorgie wenig beitragen.

Die Urteile des Obersten Spanischen Gerichtshofes vom 14. Oktober 2019 gegen die zwölf wegen der illegalen Unabhängigkeitserklärung Kataloniens am 1. Oktober 2017 angeklagten Separatisten blieben weit hinter den geforderten Haftstrafen zurück. Die Richter in Madrid gingen letztendlich nicht wie die Staatsanwaltschaft von einem „Staatsstreich“ aus und erkannten lediglich auf „Aufruhr“ und/oder „Veruntreuung von öffentlichen Geldern“ statt „Rebellion“ sowie auf „Widerstand gegen die Staatsgewalt“.

Trotz dieser Geste des guten Willens seitens der Judikative und obwohl bereits der offene Strafvollzug für die von Sympathisanten als „politische Gefangene“ bezeichneten Akteure im Gespräch ist, riegelten Unterstützer der Abspaltung von Spanien noch am gleichen Tag den Zugang zum Internationalen Flughafen El Prat stundenlang ab. Hunderte gestrandete Passagiere mussten aufgrund der abgesagten Flüge dort behelfsmäßig übernachten.

Der Hochgeschwindigkeitszug AVE fiel am 15. Oktober auf der Strecke zur französischen Grenze durch Sabotage zeitweise aus. Ebenso war die Küstenautobahn AP-7 südlich von Barcelona blockiert. Von den 2017 zur Zeit des Referendums über eine Loslösung entstandenen „Komitees zum Schutz der (katalanischen) Republik“ setzten sich am Morgen des 16. Oktober fünf sogenannte Freiheitsmärsche aus den vier Provinzen Barcelona, Girona, Lérida und Tarragona in Richtung der katalanischen Hauptstadt in Bewegung.

Nach drei Tagen nächtlicher Randalie mit Dutzenden Verletzten und Festgenommenen schob der selbst an Straßenblockaden



Eine Spur der Verwüstung: Einer der vielen Krawallmacher bei den nächtlichen Protesten in Barcelona

Bild: action press

teilnehmende Regionalpräsident Quim Torra am 17. Oktober die Schuld dafür „infiltrierten Agenten“ in die Schuhe. Zwar hatte der sofort von der linken Gewerkschaft CSC ausgerufenen Generalstreik zunächst lediglich bei Mitarbeitern der autonomen Institutionen und im Erziehungswesen gewisse Resonanz gefunden, doch demonstrierten am 18. Oktober in Barcelona 525 000 Menschen gegen angeblich ungerechte und antidemokratische Haftstrafen.

Wenige Stunden nachdem der spanische Innenminister Fernando Grande-Marlaska betont hatte, dass ein Besuch dort problemlos möglich sei, eskalierten die bürgerkriegsähnlichen Zustände bereits tagsüber weiter. Nachts wurden Polizisten aus der Region und ganz Spanien mit Kettensägen, Schaufeln und Äxten angegriffen,

mit Pflastersteinen, Gasflaschen, und Kugellagern beworfen. Chaoten versuchten zudem, einen Hubschrauber der Ordnungskräfte mit Pyrotechnik zum Absturz zu bringen und die Benzinleitung eines Einsatzwagens anzuzünden.

Trotz der Verhaftung mehrerer Bombenbauer im Vorfeld wurde ein selbstgemachter Sprengsatz sichergestellt. Es kam zu Plünderungen von Geschäften im Stadtzentrum, in dem eingeschlagene Schaufensterscheiben, verwüstete Terrassen der Gastronomiebetriebe, BARRIKADEN aus Blumenkübeln und brennende Müllcontainer, welche die Anwohner zum Teil selber löschen mussten, das Bild prägten.

Mehrere Hotels sahen sich gezwungen, ihre Zugänge mit Metallplatten zu sichern. Zahllose Gäste aus dem In- und Ausland

stornierten ihre Buchungen ganz oder quartierten sich in die sicheren Außenbezirke ein. Die provisorisch ermittelten Schäden beliefen sich nach einer Woche auf über drei Millionen Euro. Einige Straßen in der Innenstadt blieben tagelang abgeriegelt.

Die Aktionen werden von der vermutlich diesen Sommer in Genf von separatistischen Politikern, darunter dem im belgischen Waterloo im Exil lebenden Unabhängigkeitsführer Carles Puigdemont, gegründeten anonymen Plattform „Demokratischer Tsunami“ koordiniert. So auch der Sitzstreik vor dem Sitz der Zentralregierung in Katalonien.

Der eigentlich auf Ausgleich bedachte spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez weigerte sich, Anrufe vom Regionalpräsidenten Torra entgegenzunehmen, ehe

dieser nicht ohne Wenn und Aber die extreme Gewalt seiner Gefolgsleute verurteilt. Als der Regierungschef unter starken Sicherheitsvorkehrungen verletzte Polizisten in einem Krankenhaus in Barcelona besuchte, wurde er von Teilen des Personals übel beschimpft. Alle Polizeigewerkschaften kritisierten dagegen das zögerliche Vorgehen der politischen Führung. Da Verstärkung zu spät eintraf, konnten Randalierer gar das Polizeipräsidium umzingeln.

Die allgemeine Lage beruhigt sich langsam, doch selbst die Kirche traute dem Frieden nicht: Am 26. Oktober blieb die weltberühmte Kirche Sagrada Familia von Gaudí aufgrund der angekündigten nächsten großen Demonstration der Sezessionisten geschlossen. *Markus Matthes*

Präsidiale Entschuldigung

Massenunruhen in Chile – Staatschef Piñera gibt sich reumütig

Chile erlebt eine Explosion der Gewalt, wie es sie in den fast 30 Jahren Demokratie noch nicht gegeben hat. Bislang galt es in der Nach-Pinochet-Ära als eines der stabilsten Länder Lateinamerikas. Trotz höchstem Pro-Kopf-Einkommen der Region versank der 16-Millionen-Einwohner-Staat in den vergangenen Wochen im Ausnahmezustand. Mindestens 15 Menschen starben bei den Protesten, Hunderte wurden verletzt.

Anfang Oktober fing alles an wegen der Erhöhung der Fahrpreise der U-Bahn von 800 auf 830 Pesos, umgerechnet etwa vier Cent. Schüler riefen zur „evasión“ auf, zum kollektiven Schwarzfahren. Innerhalb weniger Tage breiteten sich die Proteste auf alle U-Bahn-Stationen aus, anschließend auf die gesamte Stadt und dann aufs ganze Land.

Es geht um mehr als um Fahrpreise. Noch am 8. Oktober sagte der chilenische Präsident Sebastián Piñera stolz in die Fernsehkameras, dass „inmitten dieses turbulenten Lateinamerikas, Chile eine wahre Oase mit einer stabilen Demokratie“ sei. Am vergangenen Sonntag sprach er von einem „Krieg gegen einen mächtigen Feind“, in dem sich Chile gerade befände. Seit 1987, den Zei-

ten der Diktatur, hat das Militär keine Panzer mehr in den Straßen Chiles aufgefahren, um die öffentliche Ordnung herzustellen. Doch selbst diese Maßnahme hat die Wut der Bevölkerung auf den Straßen nicht beruhigt.

Nun hat die Regierung eingelenkt und ein umfassendes Paket



Massenprotest in Chile

von Sozialreformen angekündigt. So sollen die Mindestrente um 20 Prozent angehoben und die Strompreise eingefroren werden. Außerdem sollen eine Krankenversicherung für besonders schwere Krankheiten eingeführt und die Medikamentenpreise gesenkt werden. Spitzenverdiener mit einem monatlichen Einkommen von mehr als umgerechnet 10 000 Euro sollen höhere Steu-

ern zahlen und die Gehälter von Parlamentariern und hohen Staatsbeamten gesenkt werden.

„Angesichts der legitimen Bedürfnisse und sozialen Forderungen der Bevölkerung haben wir mit Demut und Klarheit die Botschaft erhalten, die die Chilenen uns übermittelt haben“, sagte der konservative Politiker. Zugleich entschuldigte er sich dafür, dass er das Ausmaß der sozialen Unzufriedenheit nicht erkannt habe. „Ich räume diesen Mangel an Weitblick ein und bitte meine Mitbürger um Entschuldigung.“

Das Wirtschaftswachstum wird in diesem Jahr auf 2,5 Prozent geschätzt, die Inflation liegt bei lediglich zwei Prozent. Bei einem großen Teil der Bevölkerung kommt von diesem positiven Wirtschaftstrend jedoch wenig an. Viele chilenische Familien verdienen zwischen knapp 500 und 630 Euro im Monat. Der Großteil der Bevölkerung gibt rund zehn Prozent seines Monatslohns dafür aus, zur Arbeit und wieder nach Hause zu kommen. Die Mindestrente liegt umgerechnet zwischen 100 und 200 Euro. Viele Studenten müssen sich verschulden, um die Universität zu bezahlen. „Es geht nicht um 30 Pesos, sondern um 30 Jahre“, heißt es in einem der Protestaufrufe. *Peter Entinger*

Mit Folter in den Islam

Wie Koranschulen Jugendliche zum radikalen Glauben »erziehen«

Es häufen sich in der islamischen Welt immer mehr Fälle, bei denen bereits Kinder mit Folter und Zwang in Koranschulen zum Islam gezwungen werden. So wurden in islamischen Norden Nigerias in letzter Zeit mehrmals in Koranschulen Folterzimmer entdeckt, in denen Schüler angekettet, gefoltert und misshandelt wurden. Anfang Oktober hatten nigerianische Sicherheitskräfte in der Region Kaduna mehr als 300 gefolterte und misshandelte Jungen aus einer dortigen Koranschule befreit.

Befreit wurden sie jedoch erst, nachdem die Schüler selbst sich gegen die „unmenschliche Behandlung“ in ihrer Schule gewehrt und revoltiert hatten. Einige der Jungen konnten aus der Einrichtung fliehen. Dutzende angekettete Schüler wurden von der Polizei befreit. Der Leiter sowie die Lehrer der Einrichtung waren geflüchtet. Sie müssten sich „der vollen Wut des Gesetzes stellen müssen“, sagte der Polizeichef.

Allerdings gilt im Norden Nigerias, wo auch Boko Haram sein mörderisches islamisches Unwesen treibt, seit vielen Jahren vor allem bei Personenstandsangelegenheiten die Scharia. Nach dieser ist körperliche Züchtigung, wenn sie der Verbreitung des Is-

lams gilt, durchaus erlaubt. Die jetzt auffällig gewordene Koranschule war vor rund 40 Jahren von einem „heiligmäßigen“ Muslim gegründet worden.

Unter den gefolterten Schülern waren auch Kleinkriminelle und Drogenabhängige. Ihre Eltern hätten sie auf die Koranschule geschickt, um die Drogensucht der Jugendlichen mit dem Islam zu heilen und aus den Schülern bessere Menschen zu machen. Private Koranschulen sind im Norden

Kinder lassen sich leicht zu »heiligen Kriegerern« ausbilden

Nigerias weitverbreitet. Sie ersetzen die oft mangelhaften staatlichen Einrichtungen.

Ähnliche Fälle von Folter und religiöser Gewalt gab es häufiger auch schon in vielen anderen Ländern, vor allem in Pakistan. Auch dort werden ganze Regionen von den streng religiösen Taliban heimgesucht, die die Scharia wie im Mittelalter anwenden. Auch die Taliban sind bekannt und berüchtigt dafür, dass sie bereits Kinder zu „heiligen Kriegerern“ ausbilden lassen.

Da es in Pakistan wie in vielen anderen Ländern keine staatlichen Hilfen für psychisch Kranke und Drogenabhängige gibt, werden diese oft den Koranschulen überlassen und dort zusammen mit gesunden Menschen gemeinsam unterrichtet.

Dazu kommt, dass in vielen muslimischen Ländern der Aberglaube weitverbreitet ist, wonach psychische Krankheiten keine Krankheiten, sondern Strafen Gottes für schlechte Menschen sind. Von daher fühlen sich gläubige Muslime auch berechtigt, diese schlechten Menschen sozusagen anstelle Gottes selbst zu peinigen. Selbst die Eltern und Angehörigen der psychisch Kranken sehen das offensichtlich so. Von daher beschwerten diese sich auch nicht, wenn sie die Zeichen der körperlichen Qualen bei ihren Angehörigen feststellten.

Es ist auch bekannt, dass gerade Terrororganisationen wie Taliban, Hamas oder Hisbollah Geistesranke bewusst zu Selbstmordattentätern ausbilden, weil sie leicht manipulierbar sind. Mehrfach konnten israelische Sicherheitskräfte psychisch kranke Jungen aus den Händen der Radikalen befreien und sie davor bewahren, mit Sprengstoff bepackt losgeschickt zu werden. *Bodo Bost*

Riad wälzt Öl-Risiken auf Anleger ab

Versiegende Quellen, Preisverfall und Krieg – Anteile des Staatskonzerns Saudi-Aramco werden verkauft

Es soll einer der größten Börsengänge der Geschichte werden. Schon mehrfach wurde er verschoben, nun sieht es so aus, als würde die staatliche saudische Erdölfirma Saudi-Aramco erst im kommenden Jahr den Gang auf das Handelsparquet wagen.

Die Fundamentaldaten scheinen zu stimmen. Das am Persischen Golf in Dhahran ansässige Unternehmen beschäftigt weltweit rund 65 000 Mitarbeiter und erzielte zuletzt einen Umsatz von über 350 Milliarden Dollar. Betrachtet man nur den Gewinn, so verdiente Saudi-Aramco mit über 111 Milliarden Dollar im Jahr 2018 so viel wie Apple, Google und Exxon Mobile zusammen und ist damit das ertragreichste Unternehmen der Erde. Profitieren können mögliche Anleger auch von den niedrigen Steuern innerhalb des wahlhabitschen Königreiches. Sie gelten als vergleichsweise moderat, hatte sich der saudische Staat doch bislang überwiegend mit seinen Einnahmen aus dem Erdölgeschäft finanziert. Doch in den vergangenen Jahren ist es zu einer Erhöhung staatlicher Abgaben gekommen.

2018 hatten die Saudis erstmals eine Mehrwertsteuer eingeführt. Auch ist der Erdölpreis bereits seit längerem unter Druck. Im Fünfjahres-Vergleich hat das Barrel fast ein Drittel an Wert verloren. Die militärischen Konflikte, in welche das Königreich verstrickt ist, belasten den Haushalt zusätzlich. Dennoch stellt sich die Frage, warum die Saudis ein auf den ersten Blick immer noch ausgesprochen profitables Unternehmen so einfach teilprivatisieren wollen, um ihre Gewinne dann mit Investoren aus aller Welt zu teilen.

Angaben zu den verbliebenen Erdölreserven des Landes sind intransparent und werden manipuliert. Vereinzelt wird angenommen, Saudi-Arabien habe den Zenit seiner Förderung bereits überschritten und die Menge des aus dem Wüstensand gepumpten Öls werde sich bereits in den kommenden Jahren drastisch reduzieren. Inso-



Von Huthis durch Anschlag beschädigt: Saudische Ölförderanlage in Abqaiq

Bild: imago images/ITAR-TASS

weit liegt die Vermutung durchaus nahe, dass hier zuvor noch einmal Kasse gemacht werden soll, um das Risiko der sich erschöpfenden Quellen auf andere Anleger abzuwälzen. Hierfür spricht der enorme Druck, den die Geschäftsführung von Saudi-Aramco auf die am Börsengang beteiligten Finanzinstitute ausübt. Sie sollen das Unternehmen möglichst hoch bewerten.

Auch reiche saudische Familien werden genötigt, Aktien für den geplanten Börsengang zu zeichnen. Als kürzlich bekannt wurde, dass die in der jemenitischen Provinz al-Dschauf liegenden Erdölvorkommen zu den größten der Welt gehören könnten, frisierte die saudische Führung ihre Fördermengen kurzerhand nach oben. Zwar liegen 95 Prozent des dortigen Ölfeldes auf dem Territorium des Jemen, auf den verbleibenden, zu

Saudi-Arabien gehörenden, fünf Prozent bohren die Saudis unter Mithilfe des französischen Total-Konzerns aber schon heute nach dem schwarzen Gold. Dabei werden auch die auf jemenitischer Sei-

Krieg ist Kampf um das Öl des Jemen

te liegenden Vorkommen in dem umstrittenen Grenzgebiet angezapft.

Die reichen jemenitischen Erdölvorkommen dürften zudem der Grund für die seit 2015 andauernde Militärintervention der Saudis im Nachbarland sein. Nach außen hin wird der Bürgerkrieg im Süden der arabischen Halbinsel gerne als religiös begründeter Konflikt dargestellt. Dies ist nicht falsch, jedoch

nur ein Teil der Wahrheit. Neben geopolitischen Aspekten dürfte der Kampf um das Öl des Jemen ein wichtiger Grund für das Eingreifen fremder Mächte sein. Offiziell legitimiert Saudi-Arabien seine Intervention hingegen mit der Unterstützung des früheren jemenitischen Präsidenten Hadi. Dieser war aufgrund gewalttätiger Proteste innerhalb seines Landes im Januar 2015 von seinem Amt zurückgetreten und nach Aden geflohen. Dort nahm er seinen Rücktritt zurück. Nachdem er sich auch dort nicht halten konnte, setzte er sich zunächst nach Saudi-Arabien ab. Heute ist Hadi nurmehr eine Marionette, die den Saudis und den sie unterstützenden Staaten, zu denen auch die USA und Frankreich gehören, als Rechtfertigung für ihren Zugriff auf das jemenitische Öl dient.

Der Eingriff der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition blieb weitestgehend erfolglos. Trotz massiven Einsatzes konnten die schiitischen Huthi kaum zurückgedrängt werden. Teilweise gelang es ihnen sogar, auf saudisches Hoheitsgebiet vorzudringen. Obwohl die saudische Armee mit 600 000 aktiven Soldaten relativ groß und gut ausgerüstet ist, gelang ihr kein nennenswerter Geländegewinn. Der Angriff der Huthi auf zwei Erdölförderanlagen von Saudi-Aramco im vergangenen September hat das Vorhaben einer raschen Teilprivatisierung weiter zurückgeworfen. Trotz der ansehnlichen Fundamentaldaten dürfte ein Investment in das arabische Erdölunternehmen für Anleger mit erheblichen Risiken behaftet sein.

Dirk Pelster

MELDUNGEN

Bundesbank kauft Gold

Frankfurt am Main – Die Deutsche Bundesbank hat ihre Goldreserven wieder erhöht. Nach Daten des US-amerikanischen Wirtschaftsdienstes „Bloomberg“ stieg der Goldbestand der Bundesbank im September um 2,8 Tonnen auf nunmehr 3385,6 Tonnen. Die deutsche Notenbank ist damit erstmals seit dem Jahr 1998 wieder als Käufer auf dem Goldmarkt aktiv geworden. Seit der Jahrtausendwende hatte die Zentralbank ihre Goldreserven kontinuierlich abgebaut. Nach Daten des World Gold Council hat auch die türkische Notenbank ihre Goldreserven im August um 41 Tonnen erhöht. N.H.

Südkorea gibt Sonderrolle auf

Seoul – Südkorea will bei den Verhandlungen mit der Welthandelsorganisation (WTO) auf seinen Status als Entwicklungsland verzichten. Finanzminister Hong Nam Kom kündigte an, dass sein Land künftig keine Sonderbehandlung bei der WTO anstrebt. Asiens viertgrößte Volkswirtschaft hat seit 1995 den Status eines Entwicklungslandes inne. Die Ankündigung folgte einer Forderung von US-Präsident Donald Trump nach einer Reform der WTO. N.H.

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.918.353.979.204 €

Vorwoche: 1.918.394.227.456 €

Verschuldung pro Kopf:
23.107 €

Vorwoche: 23.107 €

(Dienstag, 29. Oktober 2019,
Zahlen: www.steuerzahler.de)



Bestellen Sie ganz einfach
unter (040) 41 40 08 42

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Preussische Allgemeine Zeitung

Woche für Woche
Orientierung in der Medienflut
Klartext für Deutschland

vertrieb@preussische-allgemeine.de
Telefon 040-41 40 08 42
Fax 040-41 40 08 51

Mob übernimmt

Von Erik Lommatzsch

Zu Zeiten von Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) hieß es, der Staat dürfe sich nicht erpressen lassen. Dieser Grundsatz scheint, wie so vieles andere in Deutschland auch, der Vergangenheit anzugehören. Der „Staat“, oder was davon noch übrig ist, lässt sich inzwischen bereitwillig erpressen. Regeln werden nicht nur immer seltener durchgesetzt, mitunter ergreifen Vertreter des „Staates“ offen Partei für Straftäter und rechtfertigen deren Verhalten.

Blockiert eine „Umweltschutzbewegung“ wie „Extinction Rebellion“ Straßen und legt den Verkehr lahm, wie vor wenigen Tagen unter anderem in Berlin, so dürfen die „Aktivisten“ eine ganze Weile ungestört

fordern die Polizei per Durchsage auf, die Plätze freizugeben. Wenn keine Reaktion erfolgt, sprechen die Beamten die Blockierer einzeln an. Erst danach beginnt die Räumung, „Extinction Rebellion“-Vertreter lassen sich wegtragen.

Die Berichterstattung der großen Medien ist protestfreundlich. Die „Zeit“ betont: „Die Stimmung blieb friedlich.“ Kein Wort über diejenigen, für die es kein Durchkommen gab. „Die Polizei leitete den Verkehr um die Knotenpunkte herum“, schreibt die „Zeit“ weiter, will heißen, der „Staat“ hat kapituliert. Mit „Augenmaß“ möchte Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) „Extinction Rebellion“ behandeln, von ihm wird die Äußerung wiedergegeben, Blockaden könne man durchaus als spontane Demonstrationen werten, die nach Demonstra-

tionsrecht zulässig seien. Die kommissarische SPD-Vorsitzende Malu Dreyer versteht „die Ungeduld von vielen“. Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) lässt sich mit den Schwachen und folgenfreien Worten „das geht natürlich gar nicht“ mit Bezug auf die Verkehrsfährdung vernehmen. Allerdings hat auch er vorher ausdrücklich „Demonstrationen für mehr Klimaschutz“ gutgeheißen.

Dem AfD-Mitbegründer Bernd Lucke, der die Partei bereits vor vier Jahren verlassen hat, war es mehrfach nicht möglich, seine Vorlesung abzuhalten. Der an die Universität Hamburg zurückgekehrte Wirtschaftsprofessor sah sich mit einem linksradikalen Mob

konfrontiert, der den Abbruch erzwang. Die Universitätsleitung lässt wissen, Lucke trage eine Mitschuld, der

Hörsaal sei überfüllt gewesen, damit hätte er von sich aus die Lehrveranstaltung aussetzen müssen. Zudem könne man Störungen nicht gewaltsam unterbinden.

Während des „Göttinger Literaturherbstes“ wurde ein Auftritt des ehemaligen Innenministers Thomas de Maizière (CDU) verhindert. Linksradikale hatten die Zugänge besetzt. Lesen wollte de Maizière aus seinem Buch „Regieren“. Hier schreibt er, eine konsequente Zurückweisung der 2015 einströmenden „Flüchtlinge“ wäre „nur möglich gewesen unter Inkaufnahme von sehr hässlichen Bildern“. Mit einem solchen Amtsverständnis haben „Verantwortungsträger“ wie de Maizière das Land dorthin geführt, wo es ist.

Hamburgs Unileitung gibt ihrem Professor Lucke Mitschuld

Lehrreicher Deutschlandfunk

Von Manuel Ruoff

Das Thüringer Wahlergebnis zeigt einmal mehr, dass die AfD im Osten der Bundesrepublik ungleich erfolgreicher ist als im Westen. Der Gründe gibt es zweifellos mehrere. 40 Jahre weniger Reeducation gehören dazu sicherlich ebenso wie die Erfahrung, dass die Obrigkeit nicht sakrosankt ist und eine friedliche Revolution möglich. Einen interessanten weiteren Erklärungsansatz hat der Deutschlandfunk geboten – wenn auch indirekt, unfreiwillig und sicherlich unbewusst.

Natürlich würde der bundesweit ausgestrahlte Staatssender niemals der Führung der Bundesrepublik vorwerfen, Gegner, die für nationale Interessen eintreten, als Faschisten zu verunglimpfen, aber bei Russlands Führung darf man das schon einmal. Ersetzt

man im Geiste in dem nachfolgenden Deutschlandfunktext von Sabine Adler einfach „Russland“ und „russisch“ durch „Deutschland“ und „deutsch“ sowie „die ukrainische Bürgerbewegung auf dem Majdan“ durch „die AfD“, liest man den nachfolgenden Text mit Gewinn für das Verständnis der Thüringenwahl:

„Das schematische Verständnis, wer Faschist und wer Antifaschist ist, hat bis heute überlebt. Wenn die ukrainische Bürgerbewegung auf dem Majdan von Russlands Führung als Faschisten verunglimpft wird, regt das in Osteuropa kaum jemanden auf, denn dort wird der Begriff Faschist vor allem als Schimpfwort verstanden. Jeder

Gegner, der für nationale Interessen eintrat, war schon zu Sowjetzeiten ein Faschist. Russische Propagandaprofis haben gelernt, dass in Westeuropa ein politischer Akteur kaum effektiver diskreditiert werden kann.“

Und noch eine interessante Erklärung für das so unterschiedliche Abschneiden der AfD in Ost und West bietet dieser Deutschlandfunkbeitrag indirekt an:

„Der von der Obrigkeit diktierte Antifaschismus der DDR hat die Illusion erzeugt, in einem Land frei von Tätern zu leben. Und wo es keine Täter mehr gibt, muss sich niemand verantworten.“

In der Tat ist ein stärkeres Überleben einer Kollektivschuld-

these light in Westdeutschland ein interessanter Erklärungsansatz für das unterschiedliche Wahlverhalten. In der DDR wurde der Bevölkerung vermittelt, dass der Faschismus ein in den eigenen Reihen überwundenes Problem sei, sodass die Mitteldeutschen wie die nichtdeutschen Europäer noch einen natürlichen Selbsterhaltungstrieb haben. In der Bundesrepublik hingegen wurde und wird der Bevölkerung kommuniziert, dass ihr Land voller Täter sei. Da kann es doch nicht verwundern, wenn vor allem in Westdeutschland ein staatlich ausgelebter Nationalmasochismus und systematische Verstöße gegen nationale Interessen auf anormal geringen Widerstand stoßen und die leidtragende Bevölkerung sich das zu großen Teilen bieten lässt.

Erklärungsansätze für das Abschneiden der AfD in Ost und West



Ein Erfolg wie der der AfD am Sonntag in Thüringen wäre in den alten Bundesländern zumindest derzeit undenkbar: Der Spitzenkandidat der AfD bei der Landtagswahl in Thüringen, Björn Höcke, hat auf der Wahlparty seiner Partei in Erfurt Grund zum Jubeln

Bild: pa

An die Unfähigkeit der EU, Probleme zu lösen, erinnerte die zurückliegende Umstellung auf die Winterzeit, die abzuschaffen sich Brüssel seit einhalb Jahren anheischig macht. Wie man hört, dürfte es noch einmal dieselbe Spanne dauern, bis man vielleicht mit diesem Jahrhundertwerk zu einem Ende kommt. Der deutsche Kommissar Oettinger, selbst anscheinend unter günstigeren Lichtverhältnissen aufgewachsen, wies auf den Umstand hin, dass Kinder im Dunkeln zur Schule gehen müssten, ließ sich aber auf die damit verbundenen Schrecknisse nicht weiter ein.

Doch er wies damit unwissentlich auf einen anderen Aspekt der zugegebenermaßen unsinnigen Zeitumstellerei hin, nämlich den psychologischen, der offenbar wird, wenn man von vielfältigen Gefahren hört, die mit einer Stunde

Schlaf mehr oder weniger verbunden zu sein scheinen. Nun wäre diese Erscheinung keiner Notiz wert, wenn sie sich nicht nahtlos in ein größeres Bild fügte. Ein wenig ist es derzeit zwar von dem alles überwältigenden Klima-Sterben verstell, doch man erinnert sich: Bevor es darum ging, litten die Menschen – bis hin zur völligen Ausrottung – an krebserregenden Nitrosaminen im Brot, an Rinderwahn, wiederholt an der Vogelgrippe, vorzugsweise chinesischen Ursprungs, an Würmern in Fischen, gerne auch am Ozonloch und ganz gewaltig an Fukushima, woran kein einziger Deutscher Schaden gelitten hat, wenn man von der damit verbundenen Energiewende absieht. Dass aber im Winter 2017/18 hierzulande rund 25 000 Menschen an der Grippe gestorben sind, wurde kaum irgendwo erwähnt.

Im saarländischen Dudweiler bringt eine Schullektorin einen gutmütigen Hund

Gegenwind



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall, „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

mit in die Schule. Der Zweck: Der Seelenzustand der Kinder soll auf diese Weise gestählt und auf die Fähnrisse des Erlernens von Lesen und Schreiben vorbereitet werden. Schulpsychologen sind ohnehin überall installiert, ob nun etwas geschieht oder nicht. Aber das Angebot fördert die Nachfrage. Wenn ein Autounfall mit Personenschaden geschieht, tritt als einer der Ersten der Psychologe auf den Plan und kümmert sich um die Reste. Und die außer Rand und Band geratenen Genderisten bringen zahllose pubertierende Kinder auf den schwarzen Gedanken, am eigenen Geschlecht zu zweifeln. Eine Generation von Psychopathen wächst heran, sorglich geleitet von angeblich gut ausgebildeten, staatlich bestellten und nach Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) bezahlten Neurotikern.

Dem Wahn muss, so scheint es, eine politische Qualität innewohnen, wenn er sich durchsetzen soll. So hat die Klimahäuser zu einer erfreulichen Wiederbelebung des Baumsterbens geführt, wenn das Paradoxon erlaubt ist. Toter Baum und totes Klima in einem – das ist nicht zu übertreffen. Man sieht den toten Menschen förmlich um die Ecke kommen.

Darum geht es nämlich, die Menschen unter Angst zu halten. Dementsprechend hat sein Redenschreiber dem Mädchen

»Ihr sollt Panik haben!«

Von FLORIAN STUMFALL

Thunberg ganz folgerichtig notiert: „Ihr sollt Panik haben!“ Allein aus diesem kleinen Satz und der Tatsache, dass er nicht weitem Hohn oder Mitleid auslöst, sondern Angst und somit seinen Zweck erfüllt, kann man eine Beschreibung der politisch korrekten Gesellschaft ableiten, an der alle rot-grünen Sozial-Ingenieure arbeiten. Die Maßgabe lautet: Wer Angst hat, zeigt Anstand, wehleidig zu sein wird zu einem Zeichen von Sensibilität und Weinerlichkeit zur Tugend. Für all das gilt auch der Umkehrschluss. Und wer nicht hysterisch ist, der kann kein guter Mensch sein. Das ist das moralisch hochstehende Konzept für eine Erziehung zur Lebensuntüchtigkeit.

Es ist, als feierte der Wiener Nervenarzt Sigmund Freud, von der eigenen Gilde längst zum alten Eisen gelegt, im Rahmen der Politik und des politischen Vorfelds eine Auferstehung. Bei Freud gibt es keine seelische Normalität, so wie bei seinem Widersacher Alfred Adler. Für ihn besteht der Mensch aus einer großen Zahl von seelischen Krankheiten, und der Zustand der Normalität stellt keine Größenordnung dar. Die Neurose als individueller Dauerzustand der Psychologie ist heute im Politischen zur kollektiven Gesamtbefindlichkeit der Gesellschaft erhoben.

Vor Kurzem gab es einen Skandal, weil ein drei- oder vierjähriger Knabe in der Kita einem kleinen Mädchel die Lippen auf die Wange drückte. Ungeheuer – ein Ab-

grund der Verworfenheit. Eine derartige Reaktion auf eine nette Szene kommt aus derselben Gesellschaft, die ansonsten jede sexuelle Perversion als neue Bereicherung des menschlichen Miteinanders feiert, wobei die Grünen mit ihrer bis heute nicht definierten Haltung zur Päderastie eine Vorreiterrolle innehaben.

Man sieht: Hysterie ist ohne eine gewisse Menge ergänzender Heuchelei nicht praktikabel. Da werden ganze Innenstädte durch Demonstrationen sexueller Ausschweifungen verstopft, aber wenn ein Mann einer Arbeitskollegin Avancen macht, dann ist er dran wegen sexueller Belästigung.

Man könnte die Erscheinungen eines verweichlichten, wohlmeinenden, wehleidigen Gutmenschen als bedauerliche Erscheinung der Dekadenz abtun, wenn sie sich nicht in einem gefährlichen Kontext befänden. Denn da gibt es auf der einen Seite diese zutiefst ehrlichen, hingebungsvollen, ahnungslosen und zu keinem Kompromiss bereiten Idealisten, die insgeheim bedauern, dass die Zeit der Märtyrer vorbei ist. Gegen sie ist zwar kein Kraut gewachsen, doch hier liegt nicht die eigentliche Gefahr.

Denn ihrer bedienen sich Strategen, die gut informiert sind und die genau wissen, wie man das emotionale Potenzial des

Gutmenschen in harte politische Wirklichkeit verwandeln kann. Exemplarisch zeigt sich das im Schlepperunwesen. Dieses braucht für den Ablauf seiner Geschäfte die Mitwirkung aller, die mit seelenvoller Hingabe die Sache unterstützen, auf das Elend der Menschen hinweisen und eine bessere Welt fordern. Und die Strategen machen Kasse und ihre Hintermänner betreiben ihr politisches Geschäft mit dem bevölkerungspolitischen Ziel einer Um-

wandlung Europas. Das ist kein fahrlässiger Vorwurf ins Nirgendwo, das sind Forderungen und Zielsetzungen, die aus den USA ständig erhoben werden. So kurz ist der Weg von der Wehleidigkeit zur Politik. Und doch: Eine Gesellschaft, die damit befasst ist, selbst neurotisch, eine Generation von Psychopathen heranzuziehen, bringt natürlich mächtigen Einflüssen von außen keinen Widerstand entgegen. Jede Torheit, jede infame Einflüsterung wird begierig, unkritisch und wehrlos aufgesogen, wenn sie im Namen der politischen Korrektheit und des Gutmenschentums auftritt.

Allen Erscheinungen solcher Art, von der Wehleidigkeit bis zu Gretas Panik, wohnt ein dynamisches Element inne – die Angst. Sie ist auch das Gelenk zur politischen Qualität der Entwicklung. Denn unter der Bedrohung durch die Angst sind

viele Menschen bereit, auf Bequemlichkeit, Geld und schließlich Teile ihrer Freiheit zu verzichten. Dies natürlich geschieht zugunsten eines Staates, der den Zuwachs an Macht dazu nutzt, Druck und Angst weiter zu steigern, bis diese Spirale das endgültige Ziel erreicht hat, nämlich ein Regime, das nach Befehl und Gehorsam abläuft. Dann aber wird man sich Wehleidigkeit nicht mehr leisten können und hätte doch endlich Grund dazu.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltansicht aufs Korn genommen.

Stählerne Magnolie

Schalck-Golodkowskis Devisenbeschaffungssystem im Fokus einer Fernsehserie zum Jahrestag des Mauerfalls

Zum anstehenden 30. Jahrestag des Mauerfalls stellt das ZDF mit einer ambitionierten dreiteiligen Fernsehserie die Frage, wie hoch der „Preis der Freiheit“ war.

30 Jahre nach dem Fall der Mauer wird immer noch Neues aufgedeckt im perfiden System dieser so gar nicht demokratischen Republik. Mit dem Dreiteiler „Preis der Freiheit“ untersucht die renommierte Produzentin Gabriela Sperl die Umtriebe der „Kommerziellen Koordinierung“ (KoKo) – jenem Bereich des DDR-Ministeriums für Außen- und Innerdeutschen Handel unter der Leitung des undurchsichtigen Alexander Schalck-Golodkowski, die der maroden DDR im Handel mit der Bundesrepublik Milliarden an Devisen verschaffte.

Flüchtlinge, Waffen, Müll – wenn es um Bares ging, arbeiteten die feindlichen Systeme Hand in Hand. Alle Beteiligten gaben Ideale wie Ideologie geschmeidig an der Garderobe ab, solange nur ein Geschäft dabei herausprang. Dieses Ost-West-Drama (Sendetermine am 4., 5. und 6. November, jeweils um 20.15 Uhr im ZDF) ist ambitioniertes Fernsehen, dessen quotentechnisches Verhängnis darin liegen könnte, dass die vielfachen Verstrickungen diesseits und jenseits der Zonengrenze höchste Aufmerksamkeit des Zuschauers erfordern.

Wie auf dem Schachbrett werden die Schicksale dreier Schwestern entworfen, die sich ineinander verhalten, aber nie zueinander finden. Geschwister, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten: Die alleinerziehende

Buchhändlerin Lotte (Nadja Uhl) ist in der Umweltbewegung engagiert, während ihr pubertierender Sohn sich in rechtsradikale Kreise verirrt. Die ranghohe KoKo-Mitarbeiterin Margot (Barbara Auer) kennt alle Tricks und wendet sie auch an.

Schließlich ist da noch die in den Westen geflüchtete Silvia

Mutter Else (Angela Winkler) verstößt die heimgekehrte Tochter ein weiteres Mal.

Produzentin Sperl: „Wir legen den Finger in noch offene Wunden und zeigen die tiefen Gräben, die einer wirklichen Annäherung zwischen Ost und West immer noch entgegenstehen. Wir zeigen den Verfall korrupter Eliten, die

zehntelang mit Devisen versorgte. Hauptgeschäftszweig: Der Flüchtlingsaustausch gegen Bares. Um die DDR finanziell zu retten, wurden im großen Stil DDR-Bürger verhaftet und danach für Milliarden an den Westen verkauft. Der Kampf für den Sozialismus läuft dabei nach den Regeln des Kapitalismus. Da wird getrickt und

fach angeklagt, aber letztlich nur zu 16 Monaten auf Bewährung verurteilt. Seinen komfortablen Lebensabend verbringt er am bayerischen Tegernsee.

Was den Dreiteiler unbedingt sehenswert macht, sind einmal mehr die Schauspieler: Barbara Auer, stets mit hochgeschlossenen Kostümen gepanzert, gibt die stramme Funktionärin, fest vereinnehmelt von einer Diktatur, der sie widerspruchslos dient. Die Fassung verliert diese stählerne Magnolie nur einmal, als sie im Garten ihrer Mutter wie von Sinnen Pflanzen herausreißt. Soeben hat sie von der verseuchten Erde in Bitterfeld erfahren, der mütterliche Garten liegt gleich nebenan.

Aber wenn Margot, die wohl nicht von ungefähr denselben Vornamen trägt wie Margot Honnecker, streng ist, dann ist ihre Mutter verbohrt: Sie bleibt. Bis zum Schluss. Weicht auch keinen Millimeter, als ein Wendegewinnler mit Siegelring am Finger ihr Haus für sich reklamiert. Mehrfach schlägt sie ihm die Tür vor der Nase zu, beim letzten Mal hält sie inne und bittet mit maliziösem Lächeln zum Tee.

Es ist viel geschrieben und gedreht worden zum Thema DDR, mit diesem Dreiteiler traut sich das ZDF erstmals an die komplexe Geschichte des west-östlichen Pokerns. Das ist nicht frei von Klischees, wenn windige Unterhändler in westlichen Nachtclubs die Freuden des Nachtlebens genießen. Stark ist der Film vor allem in den privaten Momenten, wenn etwa Margots Ehemann (Joachim Król) an seiner betonköpfigen Frau verzweifelt.



Muss sich vor der KoKo rechtfertigen: Paul Spindler (Joachim Król)

Bild: ZDF/W&B Television/Morten Soborg

(Nicolette Krebitz), die dort unter falschem Namen als Mitarbeiterin des Bonner Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen gegen ihre frühere Heimat DDR arbeitet. Für ihre Familie in Ost-Berlin ist Silvia/Ina gestorben – auch ihre beiden Kinder wachsen mit dieser Lüge auf. Und als nach dem Mauerfall die Wahrheit herauskommt, darf nicht sein, was nicht sein soll: Ausgerechnet

nie belangt wurden, weil sie den Westen mit ihrem Wissen erpresen konnten.“

Eine folgende Dokumentation (am 4. November um 21.55 Uhr) belegt das ganze Ausmaß des Schalck-Golodkowski-Imperiums: Mit über 220 Tarnfirmen und mehr als 1000 Bankkonten regierte der Mogul, im Film dargestellt von Thomas Thieme, ein geheimes Netzwerk, das die DDR jahr-

getäuscht und der westliche Müll schließlich in der DDR verklappt.

Dennoch steht die DDR 1989 kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Wo so viele hängt auch Schalck-Golodkowski nach dem Zusammenbruch des Arbeiter- und Bauernstaates sein Mäntelchen in den Wind: Unter dem Decknamen „Schneewittchen“ teilt er dem Bundesnachrichtendienst Internes über die KoKo mit, wird viel-

Des Kaisers Gabe

Die Stadt Basel feiert das 1000. Jubiläum ihrer Münsterweihe

Von außen sieht man dem Basler Münster nicht an, dass es 1000 Jahre auf dem „Buckel“ hat. Es bietet sich in weiten Teilen als ein anno 1170 begonnenes spätromantisches Bauwerk dar. So weist es gotische Bereicherungen wie das mit den Figuren des heiligen Kaiserpaars Heinrich II. und Kunigunde geschmückte Westportal auf. Mit der Vollendung des Martinsturmes im Jahre 1500 waren die

dert teilweise abgebrochen und zugeschüttet. Ihre 1966 freigelegten Überreste sind anlässlich des Münsterjubiläums wieder öffentlich zugänglich.

Im Gegensatz zur Vierungskrypta ist die benachbarte Ostkrypta unversehrt. Sie hat sich trotz baulicher Veränderungen in ihrer Grundform erhalten. Im Scheitel des Umgangs der dreischiffigen Ostkrypta stellt eine Malerei aus dem 13. Jahrhundert Bischof Adalbero II. dar. Er weihte in Anwesenheit von Heinrich II. und Kunigunde vor 1000 Jahren das Heinrichsmünster.

Überreste vom Fußboden des Heinrichsmünsters gehören zu den Exponaten der Sonderausstellung „Das Basler Münster – Ein Jahrtausendbau“. Sie präsentiert im Museum Kleines Klingental am östlichen Rheinufer Werke mittelalterlicher Steinmetz- und Bildhauerkunst, Urkunden, Handschriften, Grabungsfunde und Baurekonstruktionen. Die Zeitreise der Besucher beginnt mit dem karolingischen Vorgängerbau des Heinrichsmünsters und endet mit dem Abschluss der gotischen Bauarbeiten.

Im Kunstmuseum auf der anderen Rheinseite läuft die glanzvolle kulturhistorische Sonderschau „Gold & Ruhm“. Sie widmet sich dem Münster, dem Kaiserpaar und der Sakralkunst ihrer Zeit. Größte Attraktion ist die von Heinrich II. und Kunigunde als Geschenk zur Münsterweihe dargebrachte Goldene Altartafel. Klein und unscheinbar kniet das Kaiserpaar vor Christus, zu dessen Seiten die Erzengel Gabriel, Raphael und Michael sowie der heilige Benedikt in Erscheinung treten. Die Tafel diente der Ver-

kleidung der Altarfront an hohen kirchlichen Festtagen. Als sich in Basel 1529 die Reformation durchsetzte, kam die Goldene Altartafel für die nächsten 300 Jahre in der Sakristei unter Verschluss. Dann aber versteigerte der Kanton Basel-Landschaft das ihm zugefallene Meisterwerk mittelalterlicher Goldschmiedekunst. Nun ist es als Leihgabe des Pariser Musée de Cluny zurück in Basel.

Veit-Mario Thiede



Steht fest seit 1000 Jahren: Das Basler Münster Bild: Wiesler

wesentlichen Baumaßnahmen abgeschlossen.

Feiert Basel etwa das 1000. Weihejubiläum eines nicht mehr existierenden Kirchenbaues? Keineswegs. Wer im Münster zur Kryptenanlage hinabsteigt, steht inmitten der Überreste des Jubilars: dem so genannten „Heinrichsmünster“. Dessen Krypta war zweitellig. Die unter der Vierung gelegene wurde im 19. Jahrhun-



Das sogenannte Heinrichs-Kreuz aus dem 11. Jahrhundert

„Das Basler Münster“ bis 19. Januar im Kunstmuseum Basel, St. Alban Graben 20, geöffnet Dienstag bis Donnerstag von 10 bis 18 Uhr, mittwochs bis 20 Uhr. Internet: www.hmb.ch. „Gold und Ruhm“ bis 16. Februar im Museum Kleines Klingental, Unterer Rheinweg 26, geöffnet Mittwoch und Sonnabend von 14 bis 17 Uhr, sonntags von 10 bis 17 Uhr. Internet: www.mkk.ch

Heroine Adrenaline

Im neuen Asterix-Heft mischt eine Greta mit



Arbeit für Asterix und Obelix: Neue Kundschaft im Gallier-Dorf

Es musste ja so kommen. Jetzt wird auch das Asterix-Imperium in MeeToo-Zeiten immer femininer. Im neuen Asterix-Heft „Die Tochter des Vercingetorix“ spielen Asterix und Obelix kaum noch eine Rolle. Die neue Heroine heißt Adrenaline, ist die Tochter des von Cäsar in der Schlacht von Alesia besiegten Gallierhüptlings und benimmt sich wie eine Greta auf Weltfriedensmission.

Seitdem ein neues Autorenduo für die französische Comicserie verantwortlich zeichnet, beugen sich Asterix und Obelix dem Zeitgeschmack. Das war noch anders, als die Asterix-Erfinder René Goscinny und Albert Uderzo ihre Bildergeschichten um die unbegabten Gallier mit einem subversiv-hintergründigen Witz würzten. Die Anspielungen auf die Résistance im Zweiten Weltkrieg und die Seitenhiebe gegen Kollaborateure in den eigenen Reihen waren unverkennbar.

Das, was die Asterix-Hefte seit 1959 zu Kult-Comics machte, ist Schnee von gestern. Es gab Hoffnung, dass der alte rebellische

Satire-Geist wieder in die Hefte einzieht, nachdem der Zeichner Uderzo, der die Serie nach dem Tod seinen genialen Textpartners Goscinny ab 1977 im Alleingang mit seinem Krawallhumor fortsetzte, sich zurückzog und dem Texter Jean-Yves Ferri und dem Zeichner Didier Conrad die Geschicke der Serie überließ.

Seit dem Band 35 verwalten sie die Asterix-Tradition. Mehr aber auch nicht. Im jetzigen Band 38, in dem Asterix und Obelix die Kindermädchen für Adrenaline geben, gibt es die üblichen Raufereien zwischen den mit Zaubertrank gedopten Galliern und den Römern, der obligatorische Untergang des Piratenschiffs und sprachliche Gags. Da machen dann die von den Galliern auf dem Galeerenschiff in die Luft verprügelten Römer „die Fliege“ oder geraten „ins Schwimmen“.

Wenn etwas ins Schwimmen gerät, dann ist es diese bei ihrem Erscheinen medial übertrieben hochgejazzte Comicserie, die inzwischen bloß noch vom Glanz alter Tage lebt. Harald Tews

MELDUNGEN

Impressionisten in Hamburg

Hamburg – Vom 7. November an ist der französische Impressionismus in Form von Spitzenwerken des Ordrupgaard Museums in der Hamburger Kunsthalle zu Gast. Im Zentrum der Ausstellung „Impressionismus“ stehen Gemälde sämtlicher führender Maler dieser Kunstperiode: Camille Pissarro, Édouard Manet, Edgar Degas, Alfred Sisley, Claude Monet, Berthe Morisot, Pierre-Auguste Renoir und Eva Gonzalès. Anhand der ausgestellten Werke lassen sich die motivischen, maltechnischen und wahrnehmungsspezifischen Revolutionen, die sich von den 1870er-Jahren an binnen weniger Jahrzehnte auf der Leinwand ereigneten, plastisch nachvollziehen. Einen besonderen Höhepunkt bildet eine Werkgruppe von acht Gemälden Paul Gauguins, dessen Schaffen bereits im Zeichen des Post-Impressionismus steht: www.hamburger-kunsthalle.de tws

Mann-Preis für Claudio Magris

Lübeck – Der in Triest lebende Romancier, Essayist, Übersetzer und Germanistikprofessor Claudio Magris erhält den diesjährigen Thomas-Mann-Preis. Der von der Bayerischen Akademie der Schönen Künste und der Hansestadt Lübeck mit 25000 Euro dotierte Preis wird am 12. Dezember in der Münchener Residenz verliehen. Als herausragendstes Werk Magris gilt sein 1986 erschienenes Buch „Donau. Biographie eines Flusses“. tws

Stalin glaubte dem Meisterspion nicht

Kaum einer beherrschte sein Handwerk wie er – Vor 75 Jahren wurde Richard Sorge gehenkt

Der Teil der Geschichtsschreibung, der sich mit Spionage befasst, ist anfällig für das Sensationelle. Aus Mangel an zuverlässigen Quellen sind Spekulationen keine Seltenheit, was Debatten nach sich zieht. In einem aber sind sich nahezu alle einig: Der deutsche Kommunist Richard Sorge war einer der größten Spione aller Zeiten.

Geboren wurde Richard Sorge am 4. Oktober 1895 im aserbaid-schanischen Sabunçu, heute ein Stadtteil von Baku. Sein gleichnamiger Vater war dort als Spezialist für Ölbohrmaschinen tätig. Der ursprünglich aus Wettin stammende Richard Sorge senior zog 1898 aus gesundheitlichen Gründen mit seiner Familie nach Lankwitz. So verbrachte der Sohn Kindheit und Jugend nahe der Reichshauptstadt.

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges meldete er sich freiwillig. 1916 wurde er durch Granatsplitter schwer verwundet. Sein linkes Bein blieb um zwei Zentimeter verkürzt. Es heißt, in einem ostpreussischen Feldlazarett sei er einer jungen Krankenschwester und deren Vater, einem Arzt, begegnet, zwei radikalen Sozialisten, die ihn mit ihrem Gedankengut vertraut gemacht hätten. Fest steht, dass Sorge 1917 der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) und im Oktober 1919 der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) beigetreten ist. Sein Studium der Nationalökonomie und Philosophie schloss er mit einer wirtschaftswissenschaftlichen Promotion ab. Erst in Kiel, dann in Aachen und schließlich in Frankfurt am Main war er als Assistent des Soziologen Kurt Albert Gerlach tätig, einem USPD-Mitglied und Anarchosyndikalisten. Er unterrichtete und publizierte an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik. So etwa erschien 1922 die Abhandlung „Rosa Luxemburgs Akkumulation des Kapitals. Bearbeitet für die Arbeiterschaft“.

Vor allem wirkte er für seine Partei. Er organisierte Arbeiter in einem Bergwerk, in dem er zeit-

weise tätig war. Er wurde Lehrer an einer KPD-Parteischule und verfasste journalistische Beiträge. An der Abwehr des Kapp-Putsches 1920 war er beteiligt. 1923 kam es zu rot-roten sogenannten Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen, die jeweils eine Reichsexekution zur Folge hatten, in Hamburg organisierte die KPD einen Aufstand. Sorge arbeitete in dieser Zeit als Kurier für die Kommunisten und deren späteren Vorsitzenden Ernst Thälmann.

1925 übersiedelte Sorge nach Moskau, wurde Mitglied der KPdSU und arbeitete für die Kommunistische Internationale. Die Analyse- und Pressearbeit war sein Feld. Er unternahm eine Vielzahl von Reisen, als ein Schwerpunkt entwickelte sich dabei China.

Durch die Qualität seiner Arbeit zog der sprachbegabte und weltgewandte Sorge die Aufmerksamkeit des Nachrichtendienstes der Roten Armee auf sich. Getarnt als deutscher Journalist wurde er 1929 nach Schanghai geschickt. Die Sowjetunion sah ihre Sicherheitsinteressen im Zusammenhang mit dem Chinesischen Bürgerkrieg bedroht. Sorge lieferte die gewünschten Informationen. In Schanghai arbeiteten erstmalig der Funker Max Christiansen-Clausen und der japanische Journalist Ozaki Hotsumi, beide ebenfalls kommunistisch gesinnt, unter seiner Leitung. Mit ihnen sollte er auch später eng zusammenwirken.

Der Auftrag seines Lebens wurde für Sorge die Spionage in Japan, mit dem vorrangigen Ziel, die Sowjetunion über dortige Vorhaben und Aktivitäten unterrichten zu können. Offiziell abermals deutscher Journalist, baute er ab 1933 von Tokio aus ein Netzwerk auf. Um seine Rolle überzeugend spielen zu können, wurde er 1934 Mitglied der NSDAP. Sorge kam zugute, dass er das Vertrauen des deutschen Militärattachés und späteren Botschafters in Tokio, Eugen Ott, gewinnen konnte. Ozaki Hotsumi wurde sogar Berater des

japanischen Ministerpräsidenten Konoe Fumimaro. Der Wert derartiger Spitzenkontakte war kaum zu überschätzen.

Sorge, der weiterhin zahlreiche Reisen unternahm, wurde auch für Berlin interessant, aber anders, als

pan verhandelte. Sorge erhielt in der Folge Aufträge, wurde in der Botschaft tätig und hatte Zugriff auf entsprechende Akten. Da die Deutschen nun ebenso von seinen Informationen profitierten, ist es nicht ganz falsch, wenn er als

Via Funkspruch oder Mikrofilm war Sorge in der Lage, Moskau an entscheidender Stelle ins Bild zu setzen. Er lieferte frühzeitig detaillierte Angaben zum Antikominternpakt, der im November 1936 zwischen Japan und Deutschland

unterrichtete die Sowjets über den bevorstehenden deutschen Angriff im Juni 1941, das „Unternehmen Barbarossa“. Widersprüchliche Angaben finden sich bezüglich der Frage, ob er wirklich den exakten Tag voraussagte. Kurioserweise war Josef Stalin der Ansicht, bei der Mitteilung des erprobten Agenten handle es sich um eine feindliche Provokation. Sie wurde als entsprechend nichtig abgetan.

Als militärisch äußerst bedeutsam – möglicherweise sogar hinsichtlich des gesamten Kriegsausgangs – galt im Herbst 1941 die Erkenntnis, dass Japan sich nunmehr auf die USA und den pazifischen Raum konzentrieren wollte. Auf dieser Grundlage konnten die Sowjets Truppen aus dem Osten ihres Reiches abziehen und sie zur Abwehr der Deutschen im Westen einsetzen. Dort wurden sie dringend benötigt. Die entsprechenden Informationen hatte Sorge im September 1941 geliefert. Ob das Handeln der Moskauer Führung eine Folge von dessen Nachrichten oder anderweitig motiviert war, lässt sich nicht eindeutig entscheiden. Der US-amerikanische Weltkriegshistoriker Gerhard L. Weinberg fragt, warum Stalin seinem Meisterspion – und das war Sorge zweifelsfrei – hier mehr hätte Glauben schenken sollen als beim Angriffstermin.

Im Oktober 1941 wurde Sorge von der japanischen Geheimpolizei verhaftet. Stalin erwies sich als äußerst undankbar. Mehrere Austauschvorschläge wurden mit dem Satz beschieden: „Der Name Richard Sorge ist uns unbekannt.“ Am 7. November 1944 wurde er in Tokio gehenkt.

Nach dem Tod Stalins ehrte ihn seine Wahlheimat unter anderem mit der Verleihung des Titels „Held der Sowjetunion“. Die DDR benannte mehrere Straßen und Schulen nach ihm. Der Staatssicherheit galt der „Kundschafter des Friedens“ – so die hier gepflegte Bezeichnung für die Auslandsspione – als Personenkult-verzerrtes Leitbild. *Erik Lommatzsch*



Während seines Aufenthaltes in Japan: Richard Sorge

Bild: ullstein bild

man es aufgrund seiner Biografie vielleicht vermuten könnte. Im Februar 1936 hatte in Tokio ein schnell niedergeschlagener Putschversuch stattgefunden. Eine von Sorge angefertigte Lagebeurteilung nutzte der deutschen Regierung, die zu dieser Zeit mit Ja-

„Doppelagent“ apostrophiert wird, wogegen er selbst sich wahrscheinlich verwahrt haben würde. Warum er aufgrund seines bekannten politischen Vorlebens niemals das Misstrauen der Gestapo oder anderer deutscher Stellen erregte, ist unklar.

abgeschlossen wurde. 1939 war man in der Sowjetunion über den japanischen Angriff auf die Mongolei informiert und konnte, gemeinsam mit den Mongolen, einen erfolgreichen Gegenschlag führen.

Nicht um Japan ging es allerdings bei der bekanntesten Tat Sorges. Er

Das zweitgrößte Landflugzeug seiner Zeit

Der Jungfernflug erfolgte vor 90 Jahren – Beim Zulassungsflug stellte die Junkers G 38 gleich zwei Weltrekorde ein

Als viermotorige Junkers G 38 zum ersten Mal startete, war sie das zweitgrößte Landflugzeug ihrer Zeit nach dem sowjetischen Propagandaflugzeug Tupolew ANT-20 „Maxim Gorki“ mit sechs Propellermotoren. Im Gegensatz zur ANT-20 hat die G 38 dieser Tage jedoch ein zumindest halbwegs rundes Jubiläum. Am 6. November vor 90 Jahren hob die erste der zwei gebauten G 38 zum Jungfernflug ab. Das Flugzeug war 21,45 Meter lang und hatte eine Spannweite von 44 Metern. Den Antrieb für das beim Start rund 24 Tonnen schwere Flugzeug lieferten zwei Junkers-L55-Motoren von jeweils 600 PS (441 kW) und zwei L8-Motoren zu je 400 PS (294 kW). Damit erreichte das Flugzeug eine Höchstgeschwindigkeit von rund 200 Kilometern pro Stunde; die Reisegeschwindigkeit lag bei 180. Den zunächst 19 Passagieren wurde ein bis dahin unbekannter Komfort geboten.

Hugo Junkers verwirklichte mit diesem Flugzeug Ambitionen, die er bereits seit 1910 verfolgte. Damals hatte er unter der Nummer DRP 253788 ein Patent für ein großes Nurfügelflugzeug aus Metall erhalten. Seine Ideen schrieb er in verschiedenen weiteren Projekten wie der J-1000 und der „Junkerisime“ nach dem Ersten Weltkrieg

fort. Allerdings ließ die damalige wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland eine Verwirklichung nicht zu.

Aber gegen Ende der 1920er Jahre hatte sich die Situation soweit verbessert, dass Junkers das Wagnis einging, ein derartiges Großflugzeug tatsächlich zu bauen. Diplom-Ingenieur Ernst Zindel begann im Frühjahr 1928 mit den Arbeiten an der zunächst J 38 genannten Maschine. An eine militärische Nutzung dachten Zindel und Junkers damals nicht. Vielmehr wollten sie ein Großflugzeug für den Fernluft- und Transozeanverkehr auf den Markt bringen. Zindel nutzte den voluminösen, an seiner stärksten Stelle zwei Meter dicken Flügel zur Unterbringung der vier Motoren, von Fracht, Treibstoff und Passagieren. Der eher schmale Rumpf diente zunächst lediglich als Leitwerksträger. Nicht nur das Nurfügelkonzept der G 38 war ein Novum. Auch die Ganzmetallbauweise mit der Junkerstypischen Duraluminium-Bepunktung stellte eine Innovation dar.

Die vier Motoren trieben jeweils einen Propeller über Fernwellen an. Sie waren so eingebaut, dass sie auch während des Fluges zugänglich waren und gewartet werden konnten. Zur ihrer Steuerung verfügte das Flugzeug über einen

eigenen Maschinenleitstand. Zunächst war nur für 13 Passagiere Platz, von denen sieben im Flügel-mittelstück und ohne Fenster Platz nehmen mussten. Das Leitwerk war als Kastenleitwerk mit drei senkrechten Seitenflossen und zwei horizontalen Höhenflossen ausgeführt. Für das starre Fahrwerk sah Zindel strömungsgünsti-



Die erste der beiden Junkers G38: D-2000 im Jahre 1930

ge Verkleidungen vor, die aber nach den ersten Versuchsflügen entfernt wurden.

Beim Zulassungsflug am 27. März 1930 stellte die Junkers G 38 gleich zwei Weltrekorde auf. Der erste war ein Streckenrekord mit 5000 Kilogramm Nutzlast über eine geschlossene Strecke. Den zweiten erlangte die von Jun-

kers-Chefpilot Wilhelm Zimmermann gesteuerte Maschine mit 200,636 Kilometer in der Stunde über eine 100-Kilometer-Strecke.

Während Junkers mit dem Bau der zweiten Maschine begann, stellte die Luft Hansa das Flugzeug am 7. Mai 1930 in Dienst. Als D-2000 flog die Maschine im Liniendienst. Im Februar 1931 kam

denn die ersten Fluggäste hatten sich mit den fensterlosen Plätzen im Flügel nie anfreunden können. Also erhielten auch die Plätze im Mittelflügel Fenster. Ein Zwischendeck schuf Platz für zusätzliche Fracht. Insgesamt fanden nun 30 Passagiere Platz. Außerdem tauschte man die L8-Motoren ebenfalls gegen L88-Triebwerke. Die zweite Maschine, Kennung erst D-2500, dann D-APIS, erhielt diese Neuerungen von Anfang an. Sie flog erstmals am 14. Juni 1932.

Jedoch waren die beiden G 38 kein wirtschaftlicher Erfolg für Junkers. Im Gegenteil, das Unternehmen geriet deswegen in finanzielle Schwierigkeiten. Auch der Verkauf der Bomberversion K-51 nach Japan, wo Mitsubishi sechs Maschinen als Ki-20 baute, brachte keine Entlastung. Daraufhin kaufte der deutsche Staat die beiden Flugzeuge.

Die Luft Hansa setzte sie auf ihren Strecken nach Amsterdam, London und Kopenhagen ein. Hinzu kamen Sonderflüge, so am 25. September 1932 von Berlin über Königsberg nach Moskau. 1934 erhielten beide Flugzeuge wieder neue Motoren – jeweils vier 750 PS leistende Junkers Ju-mo 204A-Diesels. Die erste Maschine D-AZUR verunglückte am 26. Mai 1936 wegen eines Montagefehlers bei Dessau. Zwar gab es

keine Verletzte oder Tote, aber das bruchgelandete Flugzeug wurde nicht repariert.

Die D-APIS flog bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs auf den internationalen Strecken der Luft Hansa. Das Flugzeug war ein häufiger Gast in London-Croydon, in Amsterdam und auf anderen internationalen Flughäfen der damaligen Zeit. Die Maschine bot den Fluggästen ein luxuriöses Reiseerlebnis. Im oberen Bereich des Passagierraums befanden sich Schlafplätze, und im hinteren Teil der Kabine war eine Toilette eingebaut. Der Platz des Navigators im verglasten Bug stand während des Fluges Passagieren zur Verfügung, wenn der Navigator nicht gebraucht wurde.

Die G 38 erwies sich als zuverlässiges Verkehrsflugzeug mit gutmütigen Flugeigenschaften. Der Absturz der D-AZUR blieb der einzige Unfall. Flugkapitän Otto Brauer, der das Flugzeug meistens flog, legte in 13 Betriebsjahren eine Million unfallfreie Flugkilometer zurück.

Bei Kriegsbeginn zog die Luftwaffe Flugzeug und Besatzung ein. Die D-AZUR flog nun als GF+FF Transporteinsatz. Am 17. Mai wurde sie von britischen Jagdbombern auf dem Flugplatz Athen-Tatoi in Brand geschossen und zerstört. *Friedrich List*

Mit seinem Fahrer kaltblütig ermordet

Vor 75 Jahren tötete die zionistische Untergrundgruppe »Lechi« den britischen Nahost-Minister Walter Edward Guinness

Vor 75 Jahren ermordeten jüdische Terroristen einen hochrangigen Vertreter des britischen Empire, um dieses dazu zu bringen, sich baldmöglichst aus dem Mandatsgebiet Palästina zurückzuziehen. Allerdings führte das Attentat zu keiner beschleunigten Verwirklichung des zionistischen Traumes von einem eigenen jüdischen Staat im Nahen Osten.

Am frühen Nachmittag des 6. November 1944 stoppte der Wagen des britischen Nahost-Ministers Walter Edward Guinness vor dessen zeitweiliger Residenz in Kairo. Während Guinness' Adjutant, Major Andrew Hughes-Onslow, das Tor des Anwesens öffnete, traten zwei Attentäter an das Automobil heran. Der eine schoss



Bild: Familie Hakim

dessen Fahrer, Lance Corporal Arthur Fuller, in den Oberkörper, woraufhin dieser kurz darauf verblutete. Der andere feuerte drei Mal auf den Minister und traf ihn in Hals, Brust und Bauch. Aufgrund seiner schweren Verletzungen starb Guinness trotz einer umgehenden Notoperation im britischen Militärkrankenhaus von Kairo. Die beiden Schützen versuchten, auf Fahrrädern zu fliehen, wurden aber kurz darauf von dem ägyptischen Polizisten El-Amin Mahomed Abdullah gestellt und verhaftet.

Wie im nachfolgenden Verhör herauskam, handelte es sich bei den Attentätern um Eliyahu Bet-Zuri und Eliyahu Hakim, zwei junge Männer aus dem britischen Völkerbund-Mandatsgebiet Palä-

stina, die der radikal-zionistischen Terrorgruppe Lechi (Lochamei Cherut Jisrael, Kämpfer für die Freiheit Israels) angehörten. Auftraggeber der Aktion war deren Führungstrio, bestehend aus Israel Eldad, Nathan Yellin-Mor sowie dem späteren israelischen Ministerpräsidenten und Außenminister Jitzchak Schamir. Die nach ihrem Gründer auch Stern Gang genannte Gruppe entstand 1940 in Abspaltung von der Irgun Tzva'i Le'ummi (Nationale Militärorganisation). Wie Letztere gehörte auch die Stern Gang zu den diversen militanten jüdischen Untergrundorganisationen in Palästina, die einerseits den arabischen Terror gegen die jüdischen Siedler zu unterbinden versuchten, andererseits aber auch selbst Attentate auf wichtige Infrastruktureinrichtungen sowie Vertreter der britischen Mandatsmacht verübten. So hatten Lechi-Mitglieder beispielsweise schon versucht, den Jerusalemer Polizeichef Michael Joseph McConnell und den britischen Hochkommissar für Palästina, Harold MacMichael, zu ermorden. Darüber hinaus gelang ihnen am 29. September 1944 die Erschießung des Kommandeurs des Criminal Investigation Department (CID, Kriminalpolizei) im Mandatsgebiet, Thomas Wilkin.

Wie sich später herausstellte, suchte die Stern Gang in ihrem kompromisslosen Widerstand gegen die Mandatsmacht sogar die Nähe zum Dritten Reich. 1941 fanden in Beirut Gespräche mit deutschen Agenten beziehungsweise Diplomaten über eine mögliche Zusammenarbeit statt. Diese führten jedoch zu keinem Ergebnis, weil Berlin im Kampf gegen London lieber auf die arabische Unabhängigkeitsbewegung und den Großmufti von Jerusalem, Mohammed Amin al-Husseini, setzte.

Das Ziel der Stern Gang bestand darin, die Briten so schnell als möglich von dem Territorium zu vertreiben, das die Zionisten als rechtmäßige Heimstätte des jüdischen Volkes betrachteten. Das sollte dadurch erreicht werden, dass sich kein Exponent der Mandatsmacht mehr in Palästina oder anderswo auf der Welt sicher fühlen konnte. So wollte der spätere Guinness-Attentäter Bet-Zuri sogar

nach London reisen, um dort Winston Churchill zu ermorden. Am Ende traf es dann allerdings stattdessen einen guten Freund und politischen Vertrauten des britischen Premierministers.

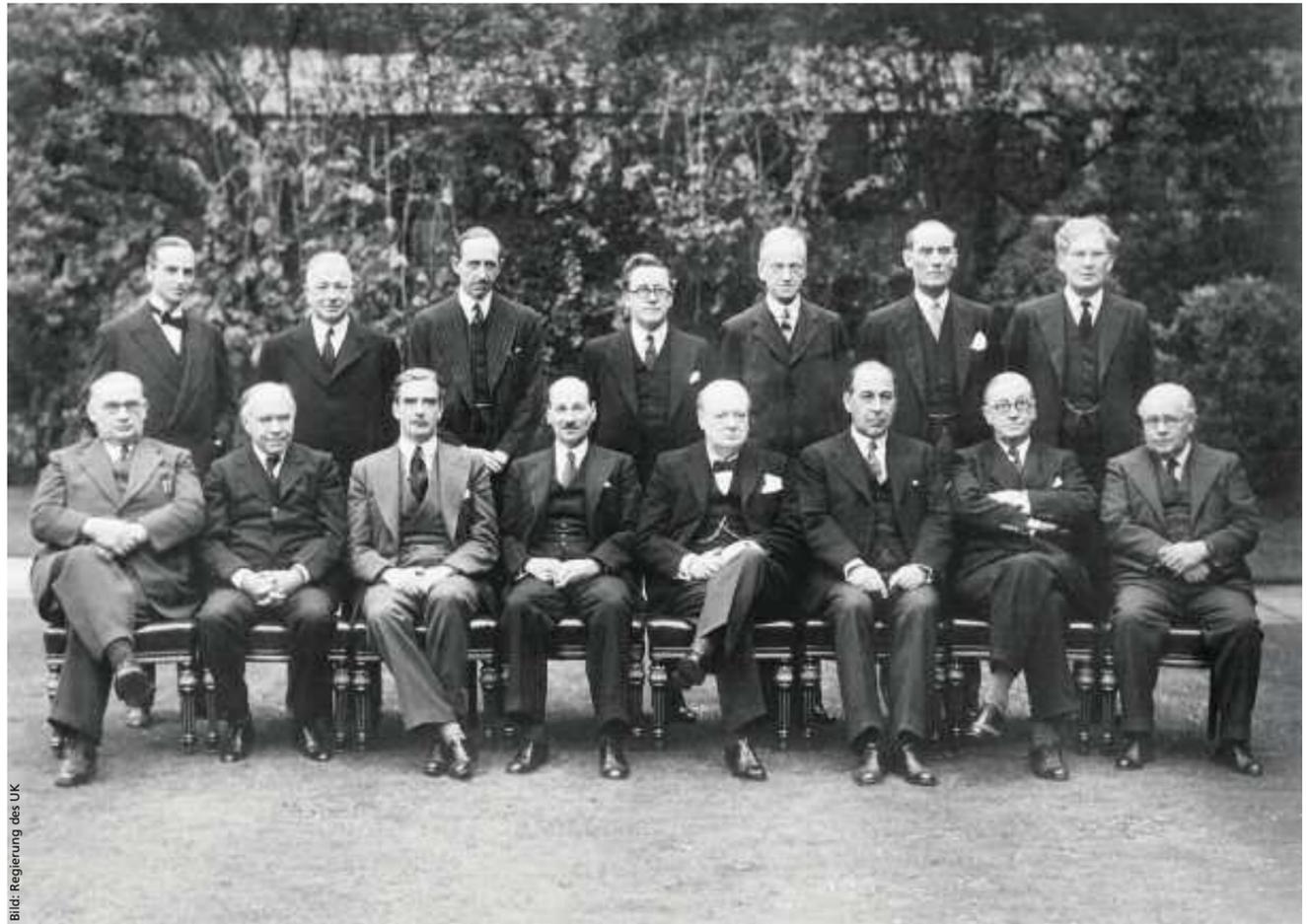
Guinness galt nicht bloß wegen des Ministeramtes als attraktive Zielperson, sondern auch aufgrund seiner angeblichen Haltung

en détail darlegen, dass dies keineswegs der Wahrheit entsprach.

Und die spätere Schutzbehauptung der Stern Gang, Guinness zeichne zudem persönlich für den Holocaust an den ungarischen Juden mitverantwortlich, weil er einen Deal mit dem Reichsführer SS Heinrich Himmler beziehungsweise dessen Mitarbeiter Adolf

London und Washington, weil sie aufgrund von Hinweisen ihrer Geheimdienste befürchteten, es handle sich hier um einen deutschen Versuch, die Westalliierten gegen die Sowjetunion auszuspielen. Das wurde inzwischen mehrfach anhand von Quellen und Zeitzeugenberichten nachgewiesen. Trotzdem verbreitet die deutsche Version des

den Zionismus im Rauch der Attentäterpistolen enden und wir uns für die Zukunft angestrengt haben, nur um eine neue Gruppe von Gangstern hervorzubringen, die eines Nazideutschland würdig ist, müssen wir die Position, die wir so konsequent vertreten haben, überdenken ... Wenn es irgendeine Hoffnung auf eine



Walter Edward Guinness (stehend 3.v.r.) im Kreise seiner Kabinettskollegen: Winston Churchills Kriegskabinetts im Mai 1940

gegenüber dem Zionismus und den Juden insgesamt. Ihm wurde nachgesagt, er hätte stets gegen die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina opponiert und daher die Einreise von jüdischen Flüchtlingen aus Europa behindert. Desweiteren sollte Guinness durch antisemitische Äußerungen und eine demonstrative Vorliebe für die Araber aufgefallen sein. Historiker wie Bernard Wasserstein, der Präsident der Jewish Historical Society of England, konnten jedoch

Eichmann zu deren Rettung hintertrieben habe, gehört erst recht ins Reich der Legende. Zwar gab es 1944 tatsächlich Geheimverhandlungen zwischen den Westalliierten und der SS bezüglich einer eventuellen Lieferung von 10 000 US-amerikanischen Lastkraftwagen und anderen auch militärisch nutzbaren Gütern im Austausch gegen eine Million Juden aus Ungarn, jedoch sorgte nicht Guinness für deren Abbruch. Das taten vielmehr die Führungen in

Online-Lexikons Wikipedia die Lüge der Stern Gang noch heute.

Ansonsten führte der Mordanschlag auf Guinness, für den die beiden Attentäter Anfang 1945 in Ägypten zum Tode verurteilt und auf persönliche Intervention Churchills bei den Machthabern in Kairo wenig später gehängt wurden, zu starken Worten seitens der Briten. So tönte der britische Premierminister am 17. November 1944 vor dem Londoner Unterhaus: „Wenn unsere Träume für

friedliche und erfolgreiche Zukunft für den Zionismus geben soll, müssen diese böstigen Aktivitäten aufhören.“

Allerdings taten sie es nicht. Die Stern Gang mordete auch in der Folgezeit weiter, während Großbritannien 1947 beschloss, sich aus dem Mandatsgebiet zurückzuziehen und die Lösung des Palästina-Problems den Vereinten Nationen zu übertragen. Daraus resultierte dann die Gründung des Staates Israel. *Wolfgang Kaufmann*

Ein Gigant wird gejagt

Das Schlachtschiff, das nicht eine Schlacht schlug: die »Tirpitz«

Als britische „Lancaster“-Bomber am 12. November 1944 das Schlachtschiff „Tirpitz“ versenkten, da kenterte Europas größte schwimmende Festung ihrer Zeit, ohne jemals an einer Seeschlacht teilgenommen zu haben. 1204 Seeleute kamen bei dem letzten Angriff ums Leben, 809 überlebten.

Der Bau des damals größten Schlachtschiffes der Welt begann im November 1936 auf der Kriegsmarinewerft in Wilhelmshaven. An dem Schwesterschiff, der „Bismarck“, wurde in Hamburg bei Blohm & Voss bereits seit Monaten gearbeitet. Die Grundentwürfe beider Schiffe glichen sich. Nie wieder wurde in Europa ein Schlachtschiff gebaut, das größer war als die „Tirpitz“.

Der Stapellauf der „Tirpitz“ erfolgte am 1. April 1939. Adolf Hitler war anwesend, Taufpatin war Ilse von Hassell, Tochter des Marinestaatssekretärs und Großadmirals Alfred von Tirpitz. Als Staatssekretär im Reichsmarineamt hatte er den Reichstag 1898 überzeugt, ungleichen Mittel für den Bau einer Flotte bereitzustellen. Er argu-

mentierte: „Das Zusammenballen von Riesenationen Panamerika, Great Britain, das Slawentum und möglicherweise der mongolischen Rasse mit Japan an der Spitze werden Deutschland im kommenden Jahrhundert vernichten oder doch ganz zurückdrängen, wenn Deutschland nicht eine politische Macht auch über die Grenzen des europäischen Kontinents wird. Die unerlässliche Grundlage hierfür – ist eine Flotte.“ Ein Schlachtschiff vom gewaltigen Format der „Tirpitz“ entsprach dieser Argumentation.

Die Bedrohung, die von dem Koloss ausging, war zugleich sein Verhängnis. Vom Beginn des Krieges an machten die Briten Jagd auf die „Tirpitz“. Wiederholt griffen sie die Werft in Wilhelmshaven an. Dadurch konnte die „Tirpitz“ erst am 25. Februar 1941 abgeliefert werden.

Ab Sommer 1941 war sie einsatzbereit. In der Annahme, die Briten planten eine Invasion in Norwegen, wurde die „Tirpitz“ nachthin verlegt. Von dort unternahm sie Feindfahrten gegen britische Geleitzüge, die stark bewacht

Waffen in die Sowjetunion bringen sollten. Nicht jedes Störmanöver war erfolgreich. Entweder konnten die Verbände nicht entdeckt werden oder sie lösten sich auf, sobald die „Tirpitz“ und ihre Begleiter sie aufgespürt hatten. In der Summe aber waren die Einsätze erfolgreich. Nachdem im Dezember 1943 die „Scharnhorst“ bei einem Seegefecht vor dem Nordkap versenkt worden war, endeten für die „Tirpitz“ die operativen Fahrten.

Großbritanniens Premier Winston Churchill bezeichnete die Versenkung der „Tirpitz“ als vorrangige Aufgabe der Royal Navy. Wiederholte Angriffe aus der Luft blieben wirkungslos, die Panzerung war zu stark. Zudem schützten das Schiff mehrfache Absicherungen. Eine doppelte Barriere aus Torpedospernetzen gehörte ebenso dazu wie 17 Flakstellungen, die den Himmel sicherten, und acht „Rauchschiffe“, die sie einnebeln konnten. Bei den „Rauchschiffen“ handelte es sich um alte, überwiegend requirierte Schiffe, deren Maschinen auf möglichst schlechte Verbrennung eingestellt waren. Aus deren Schornsteinen quoll ein

dichter Qualmvorhang, der einen gezielten Abwurf verhinderte.

Den ersten großen Angriff startete die Royal Navy in der Nacht vom 30. auf den 31. März 1942. Dabei setzte sie 34 „Halifax“-Bomber ein. Doch die 2000-Pfund-Bomben verfehlten allesamt ihr Ziel. Die Briten änderten die Taktik. Wenn der Koloss nicht mit Bomben auszuschalten war, musste man ihm seine Bewegungsfähigkeit nehmen. Als im April ein neuer Angriff geflogen wurde, sollten die „Halifax“-Bomber mit 1000-Pfund-Minen den Fjord absperren. Das war nur im Tiefflug 50 Meter über der Wasseroberfläche möglich. Fünf der 40 „Halifax“ kehrten nicht zurück.

Die Briten versuchten es mit getarnten Aktionen. Die Deutschen entdeckten einen Fischkutter, der gesunken im Trondheimfjord lag. Da dieser Fjord zugleich Zugang zum Faettenfjord war, in dem die „Tirpitz“ lag, sah man sich den Kutter genauer an. Dabei stellte man fest, dass er an Außenleinen zwei Torpedos geschleppt und bei einem Unwetter verloren hatte. Die britisch-norwegische Besatzung hatte den Kutter versenkt.

Einen neuen Versuch unternahmen im September 1943 drei britische Kleinst-U-Boote im Kaefjord, in den die „Tirpitz“ inzwischen gewechselt hatte. Zwei von ihnen gelang es, zwei Tonnen schwere Minen mit Zeitzünder unter dem Schlachtschiff in Position zu bringen. Dabei wurden die Boote entdeckt, die Besatzung gefangen genommen. Doch die Zeit bis zur Explosion war zu kurz, um den Liegeplatz zu wechseln. Die Detonation der Seeminen verursachte im Schiff schwere Schäden, die „Tirpitz“ war für ein halbes Jahr außer Gefecht. 400 Werftarbeiter aus Deutschland machten sie wieder einsatzfähig.

Zur Vorbereitung der Invasion in der Normandie 1944 wurden die Angriffe auf die „Tirpitz“ verstärkt, das Schlachtschiff sollte keine Möglichkeit haben, in die Kämpfe einzugreifen. Fünf Flugzeugträger tauchten vor der norwegischen Küste auf. Die ab dem 3. April 1944 gestarteten und bis zum August wiederholten Luftangriffe richteten an dem Schiff kaum Schaden an, aber die Zahl

der Toten und Verwundeten war mit 400 Marinesoldaten hoch.

Ab September starteten „Lancaster“-Bomber in der Nähe von Archangelsk. An Bord hatten sie sogenannte „Tallboys“, Bomben, die zum Zerstören fünf Meter dicker Betondecken entwickelt worden waren. 24 „Tallboys“ wurden abgeworfen. Dennoch gelang es nicht, das Schiff zu versenken. Das Feuer der Flak war stark, die Nebelwerfer effektiv. Es gab nur einen Treffer, der aber war schwerwiegend. Er durchschlug das Vorschiff und detonierte außerhalb des Schiffes. Die „Tirpitz“ war nicht mehr seefähig.

Nach einer Notreparatur wurde das Schiff nach Tromsø verlegt, die letzte Station des Giganten. Dieses Ziel war für die Royal Air Force von Schottland aus erreichbar. Sie griff am 12. November 1944 mit 32 Lancaster-Bombern an. Und hatte ideale Bedingungen: klares Wetter, keine Nebelwerfer, keine Abfangjäger. Zwei „Tallboy“-Bomben trafen schwer. Nach einer Explosion kam der Befehl „Alle Mann von Bord“. Die „Tirpitz“ neigte sich zur Seite und kenterte. *Klaus J. Groth*

»Reisescham« des Weltenbummlers

Autorin predigt: Bleibt zu Hause! Die Einsicht kam ihr in Japan

Die Klima-Hysteriker demonstrieren nicht nur lautstark auf der Straße, sondern versuchen zugleich auch, den Menschen ein schlechtes Gewissen wegen ihrer angeblich klimaschädlichen Verhaltensweisen einzureden. So ist „Flugscham“ inzwischen zu einem weltweit bekannten Begriff geworden: Jeder, der es heutzutage noch wagt, in

nistin“ die Leviten. Selbst offenbar schon fast überall auf der Welt gewesen, schleuderte die 40-Jährige den Deutschen ein wütendes „Bleibt verdammt noch mal zu Hause!“ entgegen und fügte dann mit erhobenem Zeigefinger hinzu: „Flugscham reicht nicht. Reisescham ist angebracht.“

Das Ganze atmet wieder die typische Attitüde der neuen Klimapharisäer: Wasser predigen, aber selbst Wein schlürfen. Denn die Idee, dass man auf Reisen besser verzichten solle, kam Friese justament während eines Trips durch Japan.

Dabei argumentiert die Künstlerin im Unterschied zu anderen Feinden des Reisens wie Anne Kretzschmar und Matthias Schmelzer von der „Klimagerechtigkeitsgruppe“ namens „Am Boden bleiben“ keineswegs nur mit der schlechten CO₂-Bilanz des Reisens. Vielmehr nörgelt sie auch noch in ebenso infantiler wie küchenpsychologischer Manier: „Touristen glotzen blöd, zerstören Kulturen und hassen sich letztlich selbst dafür.“

So etwas nennen Fachleute für seelische Störungen Projektion.

Hierbei kommt es zu einer Übertragung der eigenen, innerpsychischen Konflikte, Wünsche und Emotionen, welche man irgendwie nicht im Griff hat, auf andere Personen. Vielleicht ist die Weltenbummlerin einfach zu viel gereist und nun übersättigt?

Ansonsten begründet Friese die Sinnlosigkeit des Reisens, die zwangsläufig Reisescham verursachen müsse, noch folgendermaßen: „Tourismus schadet nicht nur der Umwelt, er macht die Welt insgesamt zu einem musealen Ort. An dem mal etwas war, aber nicht mehr viel ist, außer der Auf-führung dessen, was längst ver-gangen ist ... Eine Kultur lässt sich besuchend nicht erfahren. Man kann sie nur leben oder sie sich vor denen, die sie leben, erzählen lassen.“

Wir sollen also jetzt auf das „unsinnige Privileg“ verzichten, die Welt mit eigenen Augen zu sehen und uns eine Meinung vor Ort zu bilden. Denn viele von uns reisen ja nicht, um einen Dauerplatz an der Sonne zu ergattern und sich dann dort an deutschem Bier und Schnitzel zu laben. Stattdessen geht es darum, den Hori-

zont zu erweitern und ebendiese Offenheit im Umgang mit dem Fremden zu erwerben, welche neuerdings zur Schlüsselqualifikation jedes anständigen Bürgers der Bundesrepublik Deutschland hochstilisiert wird. Würden wir tatsächlich der Reisescham erliegen und künftig zu Hause bleiben, wie Friese mit gretagleicher Grim-migkeit fordert, könnte uns das

Wir sollen uns von der Welt kein eigenes Bild mehr machen

glatt zu „Rassisten“ oder anderen Finsterlingen machen. Das dürfte ja wohl niemand wollen!

Oder geht es bei der Implementierung der Reisescham eher darum, den deutschen Michel in seinem Ländle festzuhalten, damit er in Zukunft alle Märchen über den Zustand der Welt „da draußen“ glaubt? Denn dann würde seine Bereitschaft, die „armen Menschen“ von überallher hereinzulassen, natürlich ins schier Endlose steigen. *Wolfgang Kaufmann*



Moment der Woche

Bisher hier kaum vorkommende exotische Viruserkrankungen breiten sich nach Deutschland aus, warnen Wissenschaftler des Berliner Robert-Koch-Instituts. So etwa das West-Nil-Virus, das vor allem bei älteren Menschen und solchen mit Vorerkrankungen zu schweren bis sogar tödlichen Erkrankungen führen kann.

Übertragen wird der aus Afrika stammende Erreger durch Mücken. Bei rund 80 Prozent

bleibt die Krankheit jedoch ohne Symptome und daher unerkannt. Bei rund jedem Fünften führt die Infektion zu leichten Symptomen wie Fieber und

Hautausschlag. Aber in Einzelfällen kann es eben auch tödlich enden.

Neue Krankheiten breiten sich aus

Das West-Nil-Virus und andere aus südlichen Regionen eingeschleppte Erreger wie das Zika-Virus könnten zu ganz neuen Erkrankungswellen in Deutschland führen, fürchten Experten. *H.H.*

Nicht mehr witzig

Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung – Wenn sich selbst Todesdrohungen noch als Humor tarnen

1827 erschien Christian Dietrich Grabbes Komödie „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“. Der Titel brachte es zu einiger Bekanntheit, obwohl man das Stück heute kaum noch liest oder auf-führt. Stattdessen wird es von unserer politmedialen Klasse fort-laufend weitergeschrieben beziehungsweise -gespielt, wobei die genannten Begriffe allerlei Umtriebe decken, die fraglos in deren Interesse liegen.

Satire als Kunstform etwa wurde (auf sanften Druck höchster Regierungsinstanzen) von der löblichen thüringischen Justiz beschwichtigend bemüht, um das Verfahren gegen die Anti-Höcke-Aktivistin des „Zentrums für Politische Schönheit“ einzustellen: jene infamen Reanimatoren der Stasi. Man darf also ungestraft durch die Privatsphäre eines zur Unperson erklärten Oppositionspolitikers trampeln, ihn vom Nachbargarten aus täglich per Filmleinwand polemisch bestrahlen, darf terrorisierend den Eindruck erwecken, er sei über Monate vollkommen ausgespäht worden, um ihn zu bestimmten Erklärungen zu nötigen, und so weiter. Das alles gilt lediglich als besonders ausgefeilte Kunstform, die hierzulande „Satire“ heißt.

Satirische Kunst wurde – laut Auskunft des Leiters der Hamburger Ida-Ehre-Schule – gleichfalls in seiner Lehranstalt geboten, als die Altonaer Antifa, eigentlich rechtswidrig, ihre Propaganda-Sticker gegen die AfD plakatierte. Ähnliches galt für Falk Richters Theaterschocker „Fear“, gegen den Hedwig von Beverfoerde und Beatrix von Storch vergeblich klagten, obwohl sogar ihre Wohnadresse im Stück veröffentlicht wurde. Zudem hatte man sie darin als Zombies dargestellt, denen man in den Kopf schießen müsse. Das weise Berliner Gerichtsurteil stellte auf durchweg „verständige“ Zuschauer ab, die gewiss allem nur die Botschaft entnahmen, „die gezeigten rechtskonservativen Akteure“ seien „rationalen Argumenten nicht mehr zugänglich“. Weitere im Stück Attackierte wie Birgit Kelle, Eva Herman, Bettina Rohl und Gabriele Kubly

erzielten in der Berufungsverhandlung zwar einen Teilerfolg, künftig dürfen ihren Bühnenfiguren zumindest nicht mehr – unzutreffend – antisemitische oder faschistische Behauptungen in den Mund gelegt werden, ihre Fotos auf der Bühne mit ausgestochenen Augen seien jedoch nicht zu rügen.

Oder gehen wir gut 20 Jahre zurück, als der Regisseur Christoph Schlingensiefel als Documenta-Performance mit dem Schild um den Hals herumlied: „Tötet Helmut Kohl“. Diese „reine Kunstaktion“ blieb juristisch ebenso folgenlos wie eine weitere Geschmacklosigkeit des Berufsdennunzianten Philipp Ruch vom „Zentrum für Politische Schönheit“, von dessen Namen etymologische Laien irr-tümlich die Herkunft des Wortes „ruchlos“ ableiten könnten.

Er fertigte 2015 für ein Dortmunder Theater ein Plakat, das den Schweizer Chefredakteur der „Weltwoche“ aufs Korn nahm: „Tötet Roger Köppel“. Auch das war juristisch kein Faux pas. Kunst und besonders „Satire“ machen in Deutschland offenbar frei.

Wenn das alle Leser verstanden haben, können wir zum nächsten Stichwort übergehen, zur Ironie, deren heutiges Verständnis wie folgt illustriert wird: Die (offenbar fürs Subtile angestellte) ZDF-Journalistin Nicole Dieckmann wünschte ihren Followern zum Jahreswechsel nicht das übliche „Prost Neujahr!“, sondern twitterte das als origineller erachtete „Nazis raus!“ Und da sie auf diese ungemein geistreiche Aufforderung hin von einer Bloggerin um eine Definition gebeten wurde („Was ist denn für Sie ein Nazi?“), antwortete sie schlagfertig nach ideologischer Gutsherrnart: „Jede/r, der nicht die Grünen wählt.“

Als sie nun, dem Niveau ihrer Botschaft gemäß, deftige digitale Antworten erhielt, sah sie sich schnellstens als Hass-Opfer, wo sie doch nur etwas salopp auf eine „Fangfrage“ (?) geantwortet habe. Dabei meine sie eigentlich alles doch gar nicht so ernst. Denn die Netzgemeinde hätte ihre Replik als „Ironie“ durchschauen müssen.

Aha! Nun, diese Art Ironie grasiert auf Deutschlands Straßen als intellektuell reduzierte Dutzendware, sodass die Begriffsbestimmung noch der Erläuterung respektive Einschränkung bedarf. Nehmen wir nämlich an, ein ganz böser Rechter ersänne die Parole „Tötet Angela Merkel!“. Das wäre gewiss nicht „Ironie“, sondern hassvolle „Hetze“ und Aufruf zum Mord. Und natürlich würden daraufhin in Zehntelsekunden der Staatsschutz und fast alle Staatsanwälte der Republik in Alarmbereitschaft versetzt. Insofern merke man sich besser folgende Faustregel: Fast alles, was zulasten unseres Herrschaftskartells von irgendwie „rechter“ Seite an Bissigem oder Geschmacklosem geboten wird, erfüllt zumindest den

Verdacht der „Volksverhetzung“ (siehe Meuthens Sarkasmus gegen Özoguz). Was uns jedoch an Vergleichbarem von links beschert wird, ist wechselweise Humor, Satire und Ironie oder dient der Kunst. Das gilt vermutlich auch für eine „Stern“- und NDR-Redakteurin, die nach der Thüringer Landtagswahl twitterte, dort „bedenkenlos jedem fünften Menschen, der mir begegnet, einfach eine reinhauen“.

Bleibe noch die Definition von „Scherz“, die allerdings besonders heikel ist. Denn wo uns jahrein, jahraus (auch abseits vom Karneval) eine permanente politische Narrenschauboten wird, erschwert dies unmissverständliche Begriffsbestimmungen. Ist es ein „Scherz“ oder bloß eine unfrei-

willig komische Obszönität, wenn uns Deutschlandfunk-Kultur unlängst ein Interview mit der Bloggerin Julia Probst zumutete, in dem sie, natürlich um „Rassisten“ zu entlarven, auch hierzulande Lippenleser in Fußballstadien fordert? Mehr noch: einen „Ehrenkodex“ (!) propagiert, der dafür sorgen möge, dass nur die ‚schutzwürdigen Richtigen‘ ausspioniert würden?

Rubriziert es unter „Scherz“, als uns die Mainstream-Parteien im Dezember 2018 gleichzeitig den Bären aufbanden, der globale Migrationspakt sei einerseits ein Segen, andererseits nicht rechtsverbindlich, weshalb man sich nicht darüber erregen möge? War es ein, wenn auch bössartiger, Scherz, dass die dezidiert gewaltfreie

Identitären-Bewegung durch einen liebedienerischen Verfassungsschutzpräsidenten als „extremistisch“ eingestuft wurde, während militante Linksröwies sich sogar ministerieller Persilscheine erfreuen? War es nur „Scherz“, als die sächsische Wahlleitung sich anschickte, die einzig nennenswerte parlamentarische Opposition von vorneherein auf 18 Mandate zu begrenzen? Oder verhält es sich umgekehrt, dass unser Establishment Volkes Stimme schlicht für einen Scherz hält, den man jenseits von vierjährigem Wahlspektakeln im Grunde nicht ernst nimmt?

Vermutlich läuft auch die Medien-Entwarnung bezüglich ausländischer Messerstecher unter „Scherz“, ausgelöst durch eine Anfrage der saarländischen AfD nach den häufigsten Vornamen solcher Verbrecher. Die Regie-

Tricksereien gehören zum Repertoire der Manipulation

rungsantwort beschränkte sich, formalistisch korrekt, aber inhalts-leer, auf deutsche Täter und nannte Michael an erster Stelle, was dann landesweit als böse AfD-Blamage verkauft wurde. Die Aufklärungsschelte per „Lückenpresse at its best“ lässt sich in detail in „Tichys Einblick“ studieren. Doch gilt dergleichen Trickserei für unsere politmediale Klasse als handelsüblich. Und wir können froh sein, wenn man uns weitere blutige Scherze in Form von schwertschwingenden oder Richtung U-Bahn stoßenden menschlichen „Gottesgeschenken“ erspart. Hier nämlich versagt die Absicherungsklausel: „Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker!“

Schließlich, um Grabbes Titel gänzlich auszuweiden, bleibt noch die Suche nach der tieferen Bedeutung! Da hilft das Stichwort „Postdemokratie“. Denn in dessen richtiger Deutung liegt der Schlüssel zum Verständnis für alle anderen politischen Definitionsfragen. *Günter Scholdt*



„Tötet Roger Köppel!“. Linker Aktivist Philipp Ruch

Bild: Imago/ZUMA Press



Perspektiven der Deutschen Minderheit

12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein – Fruchtbare Zusammenarbeit seit Polens EU-Beitritt

Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress

Zum zwölften Mal hat die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) am 19. und 20. Oktober ihren „Deutsch-Polnischen Kommunalpolitischen Kongress“ veranstaltet. Austragungsort war wie 2017 das Hotel Warminski in Allenstein.

Das Motto des diesjährigen Kongresses lautete „Nationale Minderheiten in der Republik Polen“, ein Thema, das mit der Wiederwahl der nationalkonservativen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) bei der polnischen Parlamentswahl besondere Aktualität hat. Nach der polnischen Verfassung sollen die Rechte nationaler Minderheiten gestärkt werden. Sie gewährt ihnen das Recht, die eigene Sprache, die Bräuche und Traditionen zu bewahren. In der alltäglichen Praxis werden diese Rechte jedoch nicht immer im Sinne des Gesetzes ausgelegt.

Insgesamt waren 60 Teilnehmer, darunter Vertreter der kommunalen Selbstverwaltung, der Kreisgemeinschaften, der Deutschen Minderheit sowie der Sejm-Abgeordnete Ryszard Galla und als Vertreter der Bundesregierung Bernd Fabritius, Beauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, zusammengekommen, um

die Probleme der Minderheiten von verschiedenen Aspekten her zu beleuchten. Mit Stefan Migus nahm erstmals ein Vertreter der ukrainischen Minderheit teil.

LO-Sprecher Stephan Grigat eröffnete die Veranstaltung mit der Vorstellung der Landsmannschaft Ostpreußen, ihrer Struktur und Arbeit sowie ihren Veranstaltungen im Laufe eines Jahres. Als Gast der Veranstaltung begrüßte Grigat Jaroslaw Sloma, den langjährigen Vizemarschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren. Joanna Brak-siek von der Koordinierungsstelle für internationale Beziehungen des Landkreises Allenstein, überbrachte den Gruß des Landrats.

Die Vortragsreihe eröffnete Alexander Bauknecht mit Ausführungen zu den „Rechtlichen Rahmenbedingungen für nationale Minderheiten in Polen“. Der angehende Rechtsanwalt unterrichtet an der Universität in Allenstein und verfügt als ehemaliger stellvertretender Bürgermeister eines kleinen Orts im Landkreis Allenstein über eigene Erfahrungen. Mit dem Satz „Wir sind nicht zu Polen gekommen, sondern Polen ist zu uns gekommen“, räumte er mit der Mythenbildung in der polnischen Geschichtsschreibung auf, die sich auf die nach dem Krieg gängige Sowjetpropaganda stütze. Schätzungen zufolge gibt es 300 000 Mitglieder der Deutschen Minderheit in der Republik Polen. Bauknecht nannte Fallbeispiele von Diskriminierung, auch seitens der Behörden. Doch er wusste auch Positives zu berichten. Durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde wurde es möglich, dass die Deutsche Minderheit im Warschauer Sejm vertreten ist. Auf Diskriminierung sieht das Gesetz eine Strafe von bis zu zwei Jahren Freiheitsentzug vor.

Galla ergänzte mit seinem Vortrag über die „Situation und Zu-

kunftsziele der Deutschen Minderheit in der Republik Polen“ die Ausführungen seines Vorredners, indem er einen Bogen von der Verdrängung aller Deutschen nach dem Krieg über erste Veränderungen im Zuge der Solidaritäts-Bewegung Ende der 80er Jahre bis zur Gegenwart spannte. Heute ist Deutsch in zehn Gemeinden Amtssprache. Als Sejm-Abgeordneter sieht Galla allerdings auch die politischen Probleme, mit denen die Deutsche Minderheit zu kämpfen hat. Vor der Wahl strebte er ein Bündnis mit der Oppositionspartei „Bürgerplattform“ an, das nicht zustande kam. Der Politiker sieht die Gefahr der Mittelkürzung für Deutschunterricht und dass die Deutsche Minderheit als Spielball der Politik benutzt werden könne. Dies sei erst seit dem Antritt der PiS-Regierung so. Bis 2014 habe es einen Runden Tisch gegeben, bei dem Polen und Vertreter der Deutschen Minderheit konstruktiv zusammenarbeiteten.

Im Anschluss informierte die Koordinatorin der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) über die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen, die 107 Mitgliedsorganisationen aus 35 Ländern hat, und deren Mitglied die AGDM ist, sowie über Aufgaben und Wirken der AGDM. Die in Berlin lebende Kroatin wies auf die Wanderausstellung „In zwei Welten“ hin.

Wiktoria Marek Leyk, der Minderheitenbeauftragte des Marschalls der Woiwodschaft Ermland-Masuren sprach über die Kooperation zwischen der Deutschen Minderheit und den polnischen Kommunen, die in den vergangenen Jahren Früchte getragen habe. Im südlichen Ostpreußen gibt es 20 deut-



Vertreter der Politik: Stephan Grigat (LO), Jacek Piorunek (Sejmik der Woiwodschaft Podlasien), Jaroslaw Sloma (Ex-Vizemarschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren), Bernd Fabritius (Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten), Ryszard Galla (Sejm-Abgeordneter der Republik Polen) und Marek Wiktor Leyk (Minderheitenbeauftragter des Marschalls der Woiwodschaft Ermland-Masuren), v.l.

Bilder: MRK

polnische Vereine, die Leyk wie auch die lokalen Behörden als Bereicherung sehen.

Den ersten Konferenztag schloss der Vertreter der ukrainischen Minderheit, Stefan Migus, mit seinem interessanten Vortrag über die „Situation und Perspektiven der ukrainischen Minderheit in der Woiwodschaft Ermland-Masuren“.

In seinen Ausführungen berichtete Migus von der Nachkriegssituation der Ukrainer im südlichen Ostpreußen, von der Idee, sie in der polnischen Bevölkerung aufgehen zu lassen, und darüber, wie es ihnen gelang, ihre Identität zu bewahren. Migus, der bis 2014 bei Radio Allenstein für Beiträge in ukrainischer Sprache zuständig war, berichtete wie seine Vorredner von Eingriffen durch die polnische Regierung. So dürfen Beiträge nur noch auf Ukrainisch gesendet werden, wenn sie auch in polnischer Übersetzung ausgestrahlt werden.

Den zweiten Kongresstag eröffnete Bożena Domagala, Soziologin der Ermlandisch-Masurischen Universität, mit Ausführungen

über die „Deutsche und ukrainische Minderheit in Ermland und Masuren“. Die Wissenschaftlerin ging von einer völlig anderen Perspektive an die Unterschiede zwischen beiden Minderheiten heran. Während die Deutsche Minderheit in über 20 Grundorganisationen organisiert ist mit dem Dachverband als Klammer, hat die ukrainische Minderheit ein größeres institutionelles Spektrum. Die Deutsche Minderheit legt ein größeres Gewicht auf Kultur und Traditionen, die Sprache, das Wissen über die Heimat und Deutschland, für die ukrainische Minderheit stünden Lehrer als Vermittler von Sprachkenntnissen und die orthodoxe Kirche im Vordergrund, die für Zusammenkünfte Sorge. Die deutsche Sprache habe einen anderen Status als die ukrainische, weil die Bundesrepublik die Minderheit unterstütze, die Ukrainer aus der Ukraine dagegen keine Hilfen erhielten.

In der anschließenden angeregten Diskussion schilderte Leyk die Enttäuschung der ukrainischen Minderheit über die wechselnden Regierungen in Kiew. Umso wichtiger sei es, die Ukraine auf dem Weg in die Demokratie zu unterstützen.

tonte die Rolle Europas als Garant für den Werteerhalt. Die Bundesregierung setze auf die Jugend, auf die Organisationen der Deutschen Minderheit, aber auch auf die LO, die dafür Sorge, dass die Stimme der Deutschen Minderheit in der Bundesrepublik gehört werde. Der Kommunalpolitische Kongress sei ein Beispiel dafür. Die Bundesregierung setze auf die Jugendförderung als Brücke in die Zukunft. An Fördermitteln habe das Bundesministerium des Inneren im vergangenen Jahr 2,9 Millionen Euro bereitgestellt und das Auswärtige Amt 1,1 Millionen.

In seinem Schlusswort lobte Grigat die besonders engagierten und tiefgehenden Diskussionsbeiträge der Teilnehmer. Sie zeigten, dass die Minderheiten im südlichen Ostpreußen als bereichernd empfunden würden, sie nicht statisch seien, sondern ständigen Veränderungen unterworfen. Mit dem Konfuzius-Zitat „Der Weg ist das Ziel“ schloss Grigat die Veranstaltung.

Es war eine Veranstaltung mit hochinteressanten Vorträgen, konzentrierten Teilnehmern und konstruktiven Gesprächen.

Manuela Rosenthal-Kappi



Zuversichtlich: Bernd Fabritius

Stephan Grigat:

»Der Weg ist das Ziel«

Otto Tuschinski erhält Silbernes Ehrenzeichen



Überrascht: Otto Tuschinski (l.) mit Stephan Grigat

Bild: MRK

Ohne Menschen, die uneigennützig mitwirken, könnte eine Gemeinschaft wie die LO wenig bewegen. Sie lebt davon, dass Menschen ihre Liebe zur Heimat trotz Schwierigkeiten verteidigen. Otto Tuschinski ist einer von ihnen. Der 1933 in Allen-

stein Geborene ist nicht nur Zeitzeuge der deutschen Zeit vor dem Krieg, der Eroberung Allensteins durch die Rote Armee 1945, sondern auch der Nachkriegszeit und der Entwicklung der Deutschen Minderheit in Ostpreußen. Tuschinski blickt auf eine bewegte

Biografie zurück. Er absolvierte in Allenstein die Fachschule für Bauwesen, war Zivilmitarbeiter beim Militär und wurde 1962 Boxlehrer. Als Trainer schulte er ab 1966 mit Felix Stamm die polnische Olympiamannschaft.

Tuschinski gilt als eines der Gesichter der Deutschen Minderheit und der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM), deren Vorstandsmitglied er von 2007 bis 2019 war. Er führt Gäste durch die Stadt und empfängt sie im Haus Kopernikus. Bis heute ist er immer für die Sache Ostpreußens da und steht als helfende Hand zur Verfügung. In Würdigung seiner langjährigen Arbeit für Ostpreußen verlieh LO-Sprecher Stephan Grigat ihm im Rahmen des diesjährigen Kommunalpolitischen Kongresses das Silberne Ehrenzeichen der LO. MRK

»Ostpreußen auf Briefmarken aus aller Welt«

Die Sammelleidenschaft für Briefmarken ist so alt wie das Postwertzeichen selbst, waren die Staaten doch bemüht, möglichst ansprechende Motive drucken zu lassen. Die Briefmarke gewann schnell eine kulturgeschichtliche Bedeutung. Sie war von jeher ein Stück nationaler Identität.

Eine interessante Entdeckung Wolfgang Freybergs, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, mündete in der Ausstellung „Ostpreußen auf Briefmarken aus aller Welt“. Ein Besucher des Kulturzentrums hatte ihn auf das Thema aufmerksam gemacht. Der Mann, selbst Sammler umfangreicher Briefmarkenbestände, stellte Freyberg eigene Marken zur Verfügung. Der Kontakt zu weiteren Sammlern wurde hergestellt, sodass aufgrund der



Beantwortete Fragen: Wolfgang Freyberg

Bild/Montage: MRK

Vielfalt der Motive eine Ausstellung konzipiert werden konnte.

Die Schautafeln zeigen Briefmarken, die alle inhaltlich mit Ostpreußen verbunden sind. Sie stammen von 20 internationalen Postverwaltungen und behandeln unterschiedliche Themen wie

„berühmte Landeskinder Ostpreußens“, „Geschichte“, „Landschaft und Natur“ sowie „Städte und Sehenswürdigkeiten“. Neben Abbildungen der Briefmarken enthalten die Tafeln ausführliche Informationen zu den jeweiligen Motiven. MRK/EB



ZUM 101. GEBURTSTAG

Raudonat, Fritz, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 3. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Nippa, Frieda, geb. **Gallus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 1. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Neumann, Horst, aus Gnottau, Kreis Insterburg, am 15. Oktober

Sczech, Karl Heinz, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 114, am 3. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bardtke, Walter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 5. November

Dinter, Christel, geb. **Joneleit**, aus Lyck, Bismarckstraße 40, am 4. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Czeranski, Helene, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 3. November

Skerswetat, Irmgard, geb. **Wittenberg**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 1. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bestmann, Erna, geb. **Lenk**, aus Poplitten, Kreis Heiligenbeil, am 3. November

Janz, Gertraud, aus Fischhausen, am 2. November

Richter, Christiane, aus Königstein, am 7. November

Wenzel, Lisbeth, geb. **Randt**, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 5. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bock, Dora, geb. **Wenskus**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 6. November

Erneke, Liesbeth, geb. **Holz**, aus Uggehnen, Kreis Fischhausen, am 4. November

Katzmarzik, Martha, geb. **Tadaday**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 7. November

Ostermann, Erika, geb. **Matzdorf**, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. November

Paustian, Emmy, geb. **Seidlitz**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 7. November

Wernik, Else, geb. **Hopstätter**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 5. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Balzer, Hedwig, aus Langsee, Kreis Lyck, am 6. November

Engmann, Günther, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 6. November

Müller, Hedwig, aus Neuforst bei Rhein, Kreis Lötzen, am 5. November

Smukal, Waltraud, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 1. November

Spauschus, Dr. Bruno, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 5. November

Stukenbrock, Vera, geb. **Spieswinkel**, aus Fischhausen, am 1. November

Weimer, Frieda, geb. **Hoffmeister**, aus Kallen, Kreis Fischhausen, am 7. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Albrecht, Gerda, geb. **Juckschat**, aus Lyck, am 5. November

Dietzek, Emil, aus Schwarzenofen, Kreis Neidenburg, am 2. November

Johansson, Ruth, geb. **Omilian**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 1. November

Oster, Waltraut, geb. **Jutzas**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 1. November

Ruschke, Ada, geb. **Hoffmann**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 7. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Klär, Heinz, aus Ablacken, Kreis Wehlau, am 2. November

Ludwig, Renate, geb. **Pogorzelski**, aus Treuburg, am 4. November

Nehrenheim, Elfriede, geb. **Kohlmeier**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 1. November

Roeder, Erika, aus Markau, Kreis Treuburg, am 7. November

Ruschewitz, Günter, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 1. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Braczko, Horst, aus Stahnen, Kreis Lyck, am 4. November

Klose, Hilde, geb. **Wagner**, aus Hindenburg, Kreis Labiau, am 3. November

Möbius, Gerhard, aus Wehlau, am 7. November

Neumann, Waltraud, geb. **Bendz**, aus Neidenburg, am 4. November

Petersen, Edith, geb. **Zakrzewski**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 6. November

Sauer, Charlotte, geb. **Kaminski**, aus Ruß, Kreis Heydekrug, am 1. November

Storm, Lilly, geb. **Kurpat**, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 2. November

Wenzek, Erika, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 1. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Babel, Kurt, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 7. November

Becker, Inge, geb. **Raethjen**, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 1. November

Bondzio, Günther, aus Golde- nau, Kreis Lyck, am 5. November

Geisler, Ruth, geb. **Danielowski**, aus Ablacken, Kreis Wehlau, am 1. November

Künzle, Herbert, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 1. November

Lichtenstein, Eduard, aus Grün- landen, Kreis Ortelsburg, am 1. November

Nowack, Erika, geb. **Bahlo**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 7. November

Prawdzik, Gerhard, aus Reiffen- rode, Kreis Lyck, am 2. November

Przyborowski, Reinhold, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 6. November

Schöttke, Bernhard, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 4. November

Weis, Irene, geb. **Mandy**, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, am 4. November

Wengoborski, Margot, geb. **Jahn**, aus Lyck, am 3. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Aken, Magdalene van, geb. **Wedig**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 5. November

Bertram, Helga, geb. **Bogus- schewski**, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 2. November

Conrad, Manfred, aus Lyck, am 7. November

Engelke, Helmut, aus Oschke, Kreis Elchniederung, am 4. November

Evers, Ingrid, geb. **Pentzek**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, und aus Aulacken, Kreis Lyck, am 6. November

Gerlach, Volker, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, am 2. November

Klesch, Alfred, aus Dippel- see, Kreis Lyck, am 7. November

Krüger, Kurt, aus Schuchten, Kreis Treuburg, am 6. November

Krüger, Werner, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 4. November

Kuhn, Erich, aus Lilienthal, Kreis Braunsberg, am 29. Ok- tober

Kutkat, Helga, geb. **Dwoja- kowski**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 6. November

Ludwig, Irmgard, geb. **Borries**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 2. November

Niedbala, Alfred, aus Gardie- nen, Kreis Neidenburg, am 1. November

Pasterka, Johanna, geb. **Jasinski**, aus Sieden, Kreis Lyck, am 4. November

Przygodda, Adolf, aus Lieben- berg, Kreis Ortelsburg, am 3. November

Schillemat, Ursula, geb. **Stuh- lemmer**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 7. November

Scholz, Adelheid, geb. **Przystup- pa**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 6. November

Schüssler, Gerda, geb. **Finnei- sen**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 1. November

Sommerfeld, Inge, geb. **Gaukler**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. November

Springwald, Elli, geb. **Blaskows- ki**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 4. November

Winneg, Lizzi, geb. **Pacht**, aus Grünhausen, Kreis Elchniede- rung, am 4. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Becker, Erika Ursula, geb. **Schmurlack**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 4. November

Bogdahn, Dieter, aus Kucker- neese, Kreis Elchniederung, am 6. November

Bondzio, Gustav A., aus Prost- ken, Kreis Lyck, am 6. Novem- ber

Grabosch, Isolde, geb. **Hart- wick**, aus Ortelsburg, am 1. November

Grapentin, Klaus, aus Altkir- chen, Kreis Ortelsburg, am 1. November

Henning, Brigitte, geb. **Gramatz- ki**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 5. November

Horn, Helga, geb. **Buttkewitz**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 5. November

Jelonnek, Jutta, geb. **Prade**, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 4. November

Kahl, Dorothea, geb. **Lupp**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 7. November

Kowalewski, Liane, geb. **Fried- rich**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 5. November

Kruck, Anna, geb. **Chrzanowski**, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 5. November

Lange, Margitt, aus Lyck, am 7. November

Lassek, Jürgen, aus Fichtenfließ, Kreis Neidenburg, am 4. No- vember

Liebke, Hiltraut, geb. **Baumann**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 3. November

Lotto, Ingrid, geb. **Reihs**, aus Wi- ckenau, Kreis Neidenburg, am 4. November

Neumann, Gerhard, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortels- burg, am 1. November

Neumann, Werner, aus Schwen- gels, OT. Dothen, Kreis Heili- genbeil, am 3. November

Schwarz, Hans, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 6. November

Siebert, Helmut, aus Dachsrode, Kreis Wehlau, am 6. No- vember

Slomianka, Rosemarie, geb. **Sachs**, aus Treuburg, am 4. November

Stichler, Hans-Jörg, aus Kurkau, Kreis Neidenburg, am 4. No- vember

Thomas, Ingrid, geb. **Trinker**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 3. November

Wegner, Jürgen, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. No- vember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Gomani, Brigitte, geb. **Lemke**, aus Branicken, Kreis Neiden- burg, am 4. November

Riethmüller, Heiko-Diedrich, aus Bassum, am 5. November

Trinks, Rosemarie, geb. **Naussed**, aus Kleindünen, Kreis Elch- niederung, am 6. November

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Zusendungen für Ausgabe 46

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 46/2019 (Erstverkaufstag: 15. November) bis spätestens Mittwoch, 6. November an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preu- bische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

TERMINE DER LO

- 1. November:** AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der *Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Sonnabend, 2., bis Sonntag, 3. November, je 10 bis 18 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg; Museums-

markt „Tradition trifft Moder- nes“. Der Eintritt von 2,50 Euro erlaubt zudem einen Besuch der Dauerausstellung. Infos unter Telefon (04131) 759950.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Jäneby. Stellvertretender Vorsitzender: Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. Familienfor- schung: Heidrun Meller, Nikolai- kirchhof 45, 04600 Altenburg. Telefon (03447) 8966021, E-Mail: H.Meller@t-online.de, Internet: www.kreis-fischhausen.de. Ge- schäftsstelle: Fahltskamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg. Telefon (03447) 8966746.

Kreistreffen

Ein gelungenes Kreistreffen in fröhlicher, familiärer Atmosphäre und bei schönem Wetter liegt nun hinter uns. Ewgeni Snegowski aus Palmnicken erfreute am Sonn- abend die Besucher mit einem Di- avortrag, in dem er uns Neues aus dem Samland vorstellte. Beim ge- mütlichen Ostpreußenabend mit Thüringer Bratwürsten und ost-

preußischem Kartoffelsalat wurde bis spät abends viel gelacht und angeregte Gespräche geführt. Auch der Sonntag wurde genutzt um sich auszutauschen und Kind- heiterlebnisse wieder aufleben zu lassen. Eine Stärkung mit Erb- sensuppe und Bockwurst durfte nicht fehlen und auch der ein oder andere Pillkaller wurde geschlubbet. Allen unseren Dank, die es ermöglichen konnten, da- bei zu sein. Und wir hoffen auch im nächsten Jahr auf viele Besu- cher. Erstmals konnten wir dort



auch unseren Kalender für das Jahr 2020 vorstellen und anbie- ten. Aus der Vielzahl unserer Pho- tos haben wir zwölf interessante Motive, zum Teil mit einer Gegen- überstellung des Aussehens frü- her und heute, herausgesucht. Weihnachten steht nun bald schon wieder vor der Tür und vielleicht braucht der ein oder an- dere noch ein Weihnachtsges- chenk für Eltern, Großeltern, Verwandte oder auch für sich selbst. Bestellen kann man diesen Kalender gegen eine Spende von zwölf Euro in unserer Geschäfts- stelle Fahltskamp 30 in Pinne- berg, per Telefon unter (03447) 8966746 oder per E-Mail: ge- schaeftsstelle@kreis-fischhau- sen.de.

Auch ist es uns gelungen, das Buch „Der Kreis Samland“ zu digi- talisieren und auf DVD zu Verfü- gung zu stellen. Das Heimatbuch der ehemaligen Landkreise Kö- nigsberg und Fischhausen von Paul Gusovius (promovierter Rechts- wissenschaftler) ist 1966 er- schienen und nur noch selten und dann ziemlich teuer in Antiquaria- ten zu erwerben. Auf 758 Seiten findet man in den Kapiteln Lan- deskunde, Siedlungswesen, kirch- liche- und Schulverhältnisse, das Samland als Festung bis zum End- kampf 1945 Interessantes und Wis- senswertes aus dem Samland. Be- stellungen unter den oben genann- ten Adressen zum Spendenpreis von 30 Euro. *Heidrun Meller*



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Andre- as Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, E-Mail: andreasheiser@arcor.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterbur- ger.de, Internet: www.insterbur- ger.de, Bürozeiten: Montag – Frei- tag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Hamburg – Mittwoch, 6. No- vember, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg; Gedichte und Ge- schichten. Informationen: Man- fred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Ham- burg.de

Schwerin – Mittwoch, 13. No- vember, 12 Uhr, Gaststätte KAK- TUS, Dreescher Köpmarkt, Schwerin; Treffen, 28 Jahre HG. Nähere Informationen bei Helga

Heimatkreisgemeinschaften
 Fortsetzung auf Seite 15

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

Hartig, Telefon (0385) 3922633,
E-Mail: hehartig@web.de



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenberg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Sagen und Märchen

Neumünster – Sonnabend, 16. November, 15.30 Uhr, Lötze-ner Museum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung), Neumünster: „Nordwindsohn und Bernsteinhexe“ – winterliche Sagen und Märchen aus Ostpreußen – erzählt von Angelika Rischer, Hamburg. Das Museum ist an Veranstaltungstagen bereits um 10 Uhr geöffnet.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvert. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Besuch in Lyck

20-jähriges Bestehen der Zusammenarbeit zwischen den Partnerstädten: Lyck und Nettetal. Aus diesem Anlass war eine Delegation aus Nettetal, mit dem Bürgermeister Christian Wagner und der Kreisvertreterin der Kreisgemeinschaft Lyck, Bärbel Wiesensee, von der Stadt Lyck eingeladen worden. Die Kreisvertreterin ist kooptiertes Mitglied im Vorstand des Partnerschaftsvereins und gilt als Bindeglied zwischen der Stadt Lyck und Nettetal. Die Anreise erfolgte von Dortmund aus, mit einem Flug nach Allenstein. Von Ortelsburg nach Lyck, durch die Johannisburger Heide, dauert die Fahrt zwei Stunden. Ein Schülerorchester des Werner-Jaeger-Gymnasiums aus Nettetal war mit einem Bus angereist und probte mit Schülern der Lycker Musikschule für ein gemeinsames Chor-

konzert, welches im Kulturzentrum stattfand. Zusammen mit dem Chor Kontrapunkt, einem Streichorchester, Bigband-Bläsern der Musikschule und einem Schülerchor aus Lyck gaben die Nettetaler Schüler ein großartiges Konzert. Das intensive, gemeinsame tägliche Üben mit den Lycker Schülern hatte sich gelohnt. Für die Nettetaler Delegation hatte die Stadt Lyck ein interessantes Aufenthaltsprogramm ausgearbeitet. Gemeinsam mit dem Stadtpräsidenten Tomasz Andrukiewicz wurden die neuesten Investitionen besucht: eine neue Schule mit Sporthalle, die den Schwerpunkt Sport hat, der neue Badestrand, neue Tennisplätze, das Historische Museum, der wissenschaftlich-technologische Park und eine Brauerei. Der Kreisvertreter war es noch gelungen drei Unternehmungen mit in das Besichtigungsprogramm aufzunehmen: eine Stakentour auf der Kruttinna. Es war ein besonderes Naturerlebnis, die Nettetaler waren begeistert. Ein Besuch mit Kranzniederlegung auf dem Soldatenfriedhof Bartossen. Besichtigung des Wasserturms, dem Sitz der Deutschen Minderheit. Der Reisebus der Nettetaler Schüler konnte während der Dauer des Aufenthaltes in Lyck am Wasserturm parken. Höhepunkt im Besuchsprogramm war die Verleihung des Siegfried-Lenz-Literaturpreises. Es hatte im Vorfeld ein internationaler, literarischer Siegfried-Lenz-Wettbewerb stattgefunden. Bei der Preisverleihung war auch die Witwe des Schriftstellers, Ulla Lenz, anwesend. Als Ehrengäste, der stellvertretende Botschafter Deutschlands aus Warschau und der Stadtpräsident Tomasz Andrukiewicz mit seinen Stellvertretern. Es war eine sehr würdevolle Veranstaltung. Bei einem anschließenden, gemeinsamen Abendessen hob Bürgermeister Wagner die besondere Verbindung der Stadt Lyck zu Hagen, seiner Heimatstadt und der Partnerstadt der Kreisgemeinschaft Lyck hervor. Er würdigte die gute, 20-jährige Zusammenarbeit der Stadt Lyck mit der Stadt Nettetal. Es waren erlebnisreiche Tage, die die Delegation aus Nettetal zusammen mit der Kreisvertreterin der Kreisgemeinschaft Lyck in Lyck erleben durfte, es waren vielfältige Begegnungen der Völkerverständigung auf lokaler Ebene.

Bremer Treffen
Bremen – Donnerstag, 14. November, 13 bis etwa 18 Uhr, Best Western Hotel Zur Post, Bahnhofplatz 11, 28195 Bremen: 11. Lycker Treffen. Informationen bei Wilhelm Norra, Anna-Stieger-Straße 67, 28277 Bremen, Telefon (0421) 820651.



SCHLOSSBERG
(PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Hilfstransport-Versuch

Im September startete wieder ein Hilfstransport der Kreisgemeinschaft aus dem Hadelner Land Richtung Schloßberg. Mit zwei Sprintern des DRK starteten wir mit zehn Personen Richtung Osten über Stettin, Danzig bis Elbing, wo wir eine Zwischenübernachtung einlegten. Weiter ging es durch das nördliche Masuren zum Grenzübergang bei Goldap. Dort erlebten wir eine Überraschung. Uns wurde dort mitgeteilt, dass wir mit diesen Fahrzeugen, die mit Blaulicht ausgerüstet waren, nicht in Russland einreisen dürfen, außerdem hätten wir zu viel Gepäck dabei. Die Angelegenheit mit dem Blaulicht sah für uns nach Schikane aus, denn wir fahren mit diesen Fahrzeugen schon seit vielen Jahren in dieses Gebiet und auch über diesen Übergang. Im Endeffekt blieb uns nichts anderes übrig, als umzudrehen. Nun mussten wir überlegen, wie wir weiter verfahren. Durch einen Tipp eines Freundes sind wir zu einem anderen Grenzübergang gefahren, an dem keine Schwierigkeiten mit dem Zoll zu erwarten waren. Leider gab es nun aber Probleme anderer Art. Man sagte uns hier, dass unser Visum nun nicht mehr gültig ist, weil wir in Goldap schon einmal formell eingereist seien.

Dieses kam für uns auch überraschend, weil wir dieses genau in Goldap nachgefragt hatten und man uns erklärt hatte, dass wir mit diesem Visum noch einmal einreisen dürfen. Es half alles nichts, wir mussten erneut umdrehen. Natürlich war diese Situation für uns sehr deprimierend, wenn wir bedenken, wie viel Arbeit wir in die Vorbereitung gesteckt hatten.

Nach reichlicher Überlegung kamen wir aber mehrheitlich zu dem Entschluss, nicht nach Hause zu fahren und einen Teil der Spenden hier in der Gegend zu verteilen. Unser Quartier schlugen wir nun für zwei Tage im Bahnhofshotel in Lyck auf. Dieses Masuren wollten wir nun auch ein wenig genießen.

Die Deutsche Minderheit in Lyck empfing uns sehr herzlich. Hier war man sehr glücklich über unsere Kleiderspenden. Die Vorsitzende hat ihr Akkordeon anlässlich unseres Besuches herausgeholt und es wurden deutsche Volkslieder bei Kaffee, Tee und Naschereien gesungen. Anschließend haben wir uns eine Ausstellung über die Geschichte der Stadt Lyck im alten Wasserturm angeschaut.

Unser nächster Ort, wo wir Hilfsgüter verteilt haben, war Heydekrug. Dort gibt es einen rührigen deutschen Verein „Heide“. Sogar mit eigenem Chor, der Ende September bei einem großen Ostpreußentreffen seinen Auftritt in M-V hatte. Wir waren dort zwar nicht angemeldet, aber die Leiterin hat uns herzlich empfangen und auch bei Kaffee und Tee haben wir einen Teil unserer Koffer mit Bekleidung übergeben. Besonders erfreut war man dort über die selbstgestrickten Sachen aus Hemmoor. Auf dem Rückweg von Heydekrug machten wir noch



Auf dem Soldatenfriedhof Bartossen: Kranzniederlegung

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17



Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von 20,-€ (inkl. 19% MwSt.)
- Große Grußanzeige zum Sonderpreis von 30,-€ (inkl. 19% MwSt.)

Kleine Grußanzeige		Große Grußanzeige

Ihr Name: _____
 Straße: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
 Buchstraße 4, 22087 Hamburg
 E-Mail: anzeigen@preussische-allgemeine.de
 Fax an: 040/41 40 08 50

Jörn Pekrul hat einen wunderbaren und reichbebilderten Bericht über seine Reise nach Königsberg in der Ausgabe 2/2019 des „Preussen Kuriers, Heimatnachrichten für Ost- und Westpreußen in Bayern“ veröffentlicht, den die *Preußische Allgemeine Zeitung* dankenswerterweise in einem Mehrteiler abdrucken darf. Hier nun der vierte Teil.

Der Königsberger Dom erstrahlt im Frühling des Jahres 2019 mit einer Pracht, die von seiner Umgebung auf ihn abstrahlt. Die Ufer zu beiden Pregelseiten sind befestigt worden, und über die frisch sanierte Holzbrücke rattert wie ehemals die rote Tram. Sie kommt aus Roßgarten, wo sie soeben die Bank der Ostpreußischen Landschaft von 1899 passiert hat. Dieses Gebäude muss Wunderkräfte haben: Die ganze Umgebung hat sich seit 1945 mehrfach verändert. Nun fängt am Hintereingang in der Voigtstraße auch noch die neue Pregelhochbrücke an. Doch die Zahl „1899“ scheint allen Veränderungen zu trotzen: In einem Gewirr von Oberleitungen behauptet sie sich für die Zukunft. Ebenso wurde der Steindamm sehr beeindruckend umgestaltet: Zur Wärmedämmung bekamen

Königsberg – Ein neuer Morgen

Vierter Teil eines Berichtes von Jörn Pekrul



Trotz dem Oberleitungsgewirr: Das Baujahr 1899 Bilder (5): Jörn Pekrul

die alten „Chruschtschowkas“, die Plattenbauten links und rechts dieser auch heute noch prominenten Straße, ein Ensemble historischer Hansefassaden aufgesetzt. Wenngleich einige lokale Stimmen meinen, es zu gut und zu bunt und vielleicht auch ein bisschen zu naiv mit der Historisierung gemeint zu haben, so ist das über-

wiegende Urteil in Königsberg positiv. Russische Touristen, so hört man, seien ebenfalls sehr angetan von dieser Ansicht aus dem alten Königsberg (die manche von uns eher an Danzig erinnern mag), und spenden reichliches Lob.

Nicht weniger verheißungsvoll ist am Weidendamm die wieder aufgebaute Synagoge. Der origina-



Hanseatisch schick: Wärmedämmung am Steindamm

le Bau wurde am 25. August 1896 eingeweiht. Sie war damals ein Zeichen dafür, dass die jüdische

das kommende Unheil an. Es lohnt sich an dieser Stelle hinzuweisen auf das Buch „Zeugnis



Kobold auf der Honigbrücke

ner als ihre Vorgängerin, doch sie hat viel zu bieten. Neben der Architektur, die alt und neu verbindet, werden öffentliche Flächen für Ausstellungen, kulturelle Begegnungen und auch ein koscheres Restaurant angeboten. Eine Begegnungsstätte und eine Bereicherung für die Stadt. Und wenn der Kantor zum Gesang anhebt, dann schüttelt es einen durch und durch: 3000 Jahre scheinen in dieser Stimme zu liegen und den



Erhebt sich am Pregelufer: Der Königsberger Dom



Jüdisches Leben in Königsberg: Die wiederaufgebaute Synagoge

Gemeinde, deren liberale Vertreter sich im 18. und 19. Jahrhundert in die Mehrheitsgesellschaft assimiliert hatten, „angekommen“ war. Die alte Synagoge war ein beeindruckender Kuppelbau aus dunkelrotem Backstein, der sich architektonisch an den christlichen Domen in Aachen und Worms orientierte. Zusammen mit einer benachbarten Schule bot er der Gemeinde einen Anlaufpunkt im alten Königsberg. Die schweren Zerstörungen in der Pogromnacht des Jahres 1938 kündigten bereits

vom Untergang Königsbergs“ von Herrn Michael Wieck, der als Zeitzeuge diese Epoche beschreibt. Als Chronist berichtet er nüchtern und abwägend, aber dann auch mit einer wirkmächtigen humanen Orientierung, die zeitlos ist und noch lange nachhallt. Ich dachte fortlaufend an die in diesem Buche beschriebenen Ereignisse, als mir der heutige Gemeindevorsteher, Herr Victor Schapiro, eine Besichtigung noch vor der Eröffnung ermöglichte. Die neue Synagoge ist etwas klei-

heutigen Menschen direkt anzusprechen. Ein Erlebnis.

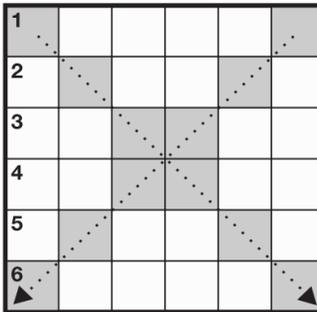
Gegenüber der Synagoge befindet sich die Honigbrücke, die zum Kneiphof führt. Auf dem Gelände der Brücke hat sich ein kleiner Kobold niedergelassen, der als harmloses Kunstwerk die Blicke auf sich zieht. Und dieser kleine Kerl hat es geschafft, einige Autoritäten in Zorn zu versetzen ob angeblichen Rückfalls in heidnische Zeiten. Die Kinder, die vorbeigehen, wissen nichts davon. Sie finden ihn lustig und machen Fotos.

elektronische Post (engl.)	anmaßend, überheblich	gebogenes Gebäckstück	Teil der Talperre	Nachlassempfängerin	auf etwas zielen	Fahrrad-sitz	Lappe	per Tast-funk eine Nachricht senden	gleich-laufende Gerade	Regel, Richt-schnur	Vorrich-tung zum Heizen, Kochen	ärmel-loser Umhang	Drama von Goethe
Tick, wunder-lieche Eigenart					Welt-religion			Ersuchen, Bitte um Auskunft			Gebäude	muster-haft, voll-kommen	
			schweiz. Ferienort in Graubünden				amerik. Film-legenden (Marilyn)						
Fluss zur Seine		verarm-ter Adliger im MA.						niederl. Stadt am Rhein					
			Schub-fach		bunte Bühnen-schau	Gefolgs-lehns-mann	Lachs-fisch			Straf-fälliger, Delin-quent	Strom in Vorder-asien		
Luftkur-ort in der Holstein, Schweiz	persönl. Fürwort (erste Person Plural)	schott. Stam-mes-verband			frei von Uneben-heiten; rutschig			kaufmän-nisch: heute		in ein Signal-horn blasen			
österreichisches Donau-tal				Areal, Terrain						Bewoh-ner eines Erdteils			
				Stadt in Nord-italien		Erstge-borener	Strich	weib-liches Bühnen-fach			Vorname Kästners		Wolfs-spinne
Wüstenei		römi-scher Kaiser			Abkür-zung für zum Exempel	Dring-lich-zum Lehn-vermerk							Brief-umschlag
				Hunnen-könig Attila (dt. Name)			schmale Stelle		Gesteins-gebilde	Heide-kraut; Frauen-name			
								männ-licher Nach-komme	Haar-tracht				
			befinden, ein-schätzen	reich-lich; üppig	Drall eines Balls	Organ des Harn-systems				nur wenig	verwirrt, un-schlüssig		
			zwingen						unter-richten				
						süd-amerikanischer Tee	Brei aus Früch-ten, Kar-toffeln	Speise, Verpfle-gung		Sorte, Gattung			
		kleine Schüssel	kraftvoll; markig		roh-rück-sichts-los				Pfeifen-tabak	Ver-band-material			
		katho-lische Geist-lichkeit			jeman-dem selbst gehörend				Auf-sehen, Skandal	Betreuer von Stu-denten	Nuss-oder Mandel-konfekt		
						US-Schau-spieler (Chariton)						Würz-mittel für Speisen	
		Trink-gefäß für Heiß-getränke		bevor		Frau Jakobs im A. T.	Nachbar-staat des Iran			Brauch, Sitte (latei-nisch)			
								starke Hitze			chem. Zeichen für Gallium		
		der zustehenden Menge ent-sprechend		Wald-, Raben-vogel					Musik: an keine Tonart gebunden				
		Vorname der Garbo				Verbin-dungs-line, -stelle				schma-ler Spalt; Schram-me			

Sudoku

4		7	2					8
	1							7
5			1	8	6			3
	4		9		1		5	
				5				
	2		3		8			6
7			8	1	3			4
	3						2	
1			5	4				7

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

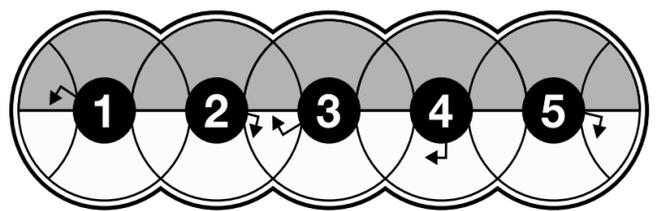
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Süßigkeiten.

- 1 Fleischspeise
- 2 Büro
- 3 Zeiteinheit
- 4 Londoner Glockenturm
- 5 Behälter aus Pappe
- 6 Wirbelsturm in Ostasien

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Abstellraum.

- 1 weißer Stirnleck bei Tieren, 2 nicht innen, 3 Hauptstadt der Türkei, 4 walzartiges Eisen, 5 Weinglas



So ist's richtig:

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach - Sonnabend, 16. November, 14.30 Uhr, Waldfriedhof: Gedenken zum Volkstrauertag (BdV Stadtverband Ansbach). Ab 15.30 Uhr, Orangerie: Gesprächsrunde „Angekommen 1945 als Kinder und Jugendliche“.

Hof - Sonnabend, 9. November, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88: Treffen zum Thema „Blick über die Mauer - Sonnabend, 16. November, 16 Uhr, Museum Bayerisches Vogtland, Hof: Jubiläumsfeier 70 Jahre Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof. Die Planungen für die Jubiläumsfeier laufen auf Hochtouren. Ganz bewusst wählen die Heimatvertriebenen mit ihrem Vorsitzenden Christian Joachim das Museum mit seiner Abteilung Flucht und Vertreibung als Veranstaltungsort. Die Bevölkerung aus Hof und dem Umland ist herzlich eingeladen mitzufeiern. Die Feststunde im Foyer des Museums mit Schirmherr Oberbürgermeister Harald Fichtner, Grußworten, einer Festrede des Landesvorsitzenden der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen und persönlichen Schilderungen verschiedener Gäste - Bürgermeister Eberhard Siller wird musikalisch von Peter Heidler begleitet. Im Anschluss sind alle eingeladen, sich bei einem kleinen Imbiss auszutauschen, die Ausstellung „Flucht und Vertreibung“ zu besuchen oder die Tänze der Ostpreußischen Volkstanzgruppe zu genießen.

Landshut - Dienstag, 5. November, 14 Uhr, Kirche St. Martin, Eingang Seite Friedhof: Gedenken der verstorbenen Landsleute.

Weiden - Sonntag, 3. November, 14.30 Uhr, Café Mitte: Treffen zum Gründungsjubiläum.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bl.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr. Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



Königsberg - Freitag, 15. November, 13 Uhr, Heidelbeere, Heidelbergerplatz 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf: Königsbergerklöppele-essen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Memel - Donnerstag, 7. November, 14 Uhr, Restaurant Ännchen von Tharau, Rolandufer 6, 10179 Berlin (Verkehrsverbindung: U-, S-Bahnhof Jannowitzbrücke): Treffen. Informationen bei Hans-Jürgen Müller, Telefon (030) 40100473, E-Mail: hjm.berlin@t-online.de anzumelden.



BREMEN

Bremen - Montag, 11. November, 12.30 Uhr, Hotel Robben

Grollander Krug, Emslandstraße 30, Bremen-Grolland: Traditionelles Entenessen der Frauengruppe, offen für alle Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft, findet in diesem Jahr am Martinstag statt. Es gibt pro Person eine halbe Ente als Tellergericht mit den üblichen Beilagen. Sie erreichen das Lokal mit den BSAG-Linien 1 und 8, Haltestelle Norderländerstraße. Anmeldungen bitte ab sofort bei Frau Richter, Telefon (0421) 405515 oder in der Geschäftsstelle, Telefon 3469718.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe - Sonnabend, 16. November, 10.30 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.), Teilfeld 8: Christkindmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften. Die Landsmannschaften und der Ostpreußenstand sind mit einem Angebot von heimatlichen Spezialitäten vertreten. Für das leibliche Wohl ist ebenso gesorgt.



Frauengruppe - Freitag, 8. November, Fahrten, Fahrten, Fahrendorfer Dorfstraße 3, 21039 Fahrendorf: Kohlrouladen-Essen. Treffen: Bergedorfer Bahnhof, 12 Uhr, Fahrge-meinschaft.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg - Sonnabend, 16. November, 14.30 Uhr: Treffen zum 70. Jahrestages der Gründung der LOW Darmstadt.

Bericht - Mit Erntedankdekoration von Gisela Keller, Blumen von Waltraud Barth und Kuchen der Geburtstagskinder Ursula Marquardt und Ingeborg Haase konnte Gerhard Schröder die Erntedankfeier eröffnen.

Nach den geistlichen Worten durch Herrn Turowski und den Glückwünschen an die Geburtstagskinder des letzten Monats, begann die Vortragsrunde zum Thema „400. Geburtstag des Ännchen von Tharau“ und natürlich dem Erntedank mit Liedern und Gedichten. *Christian Keller*

Kassel - Donnerstag, 7. November, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederrhein, Am Wehrturm 3 (AWO-Seniorenheim), Kassel: Vortrag von Rolf Sauerzapf: „Kaiser Wilhelm II. und das Haus Hohenzollern nach 1918 bis heute. Ist ein Freistaat Preußen möglich?“

Wetzlar - Montag, 11. November, 13 Uhr, Restaurant Grillstube, Stoppelberger Hohl 128: Buchautor Christopher Spatz (Bremen) spricht über das Schicksal Heimatloser nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Bericht - Beeindruckt und erfreut äußerte sich Stephan Rauhut, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien sowie Mitglied des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen (BdV), während seiner Festansprache beim „Tag der Heimat 2019“, zu dem der Orts- wie der Kreisverband Wetzlar des Bundes der Vertrie-

ben e. V. unter dem Motto „Menschenrechte und Verständigung - Für Frieden in Europa“ in das Bürgerhaus Büblingshausen eingeladen hatte.

Beeindruckt zeigte sich Rauhut über die Anwesenheit von nahezu 200 Besuchern bei einer lokalen Veranstaltung des BdV - und erfreut über die Präsenz von Vertretern zahlreicher Parteien. Neben der traditionsgemäß stark vertretenen CDU mit dem Bundestagsabgeordneten Hans-Jürgen Irmer und dem Landtagsabgeordneten Frank Steinrath an der Spitze, konnte der BdV-Kreisvorsitzende und stellvertretende BdV-Landesvorsitzende Manfred Hüber (Leun) unter anderem Kommunalpolitiker von FDP und ein halbes Dutzend SPD-Funktionsträger begrüßen, besonders Oberbürgermeister Manfred Wagner und Landrat Wolfgang Schuster, die der dreieinhalbstündigen Veranstaltung bis zum Ende beiwohnten.

Eine solche parteiübergreifende Präsenz sei leider nicht überall in Deutschland eine Selbstverständlichkeit, wenn es um die Anliegen und eine Veranstaltung der Vertriebenenverbände gehe, so Rauhut, für den Hessen ohnehin „vorbildlich und beispielhaft ist, was Zuneigung, Wertschätzung und Unterstützung der Anliegen der Heimatvertriebenen“ angehe. So war Hessen vor zehn Jahren das erste und lange Zeit einzige Bundesland, das eine Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler implementiert habe. Dem Beispiel und Vorbild Hessens sind mittlerweile Bayern, Sachsen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gefolgt. Die „vorbildliche Politik“ des Landes auf diesem Feld dokumentiere sich auch in der Tatsache, dass das Thema Flucht und Vertreibung ausschließlich in Hessen Teil der Abitur-Curricula sei.

Das sei auch notwendig, müsse doch in Deutschland der Verlust des Gefühls für Identität und Wur-



Wetzlar: Ein gutgefüllter Saal im Bürgerhaus Büblingshausen

zeln und damit auch ein Stück weit für Freiheit verlorengegangen sein. Andererseits stelle er bei seinen Reisen fest, dass „das Interesse an Schlesien riesengroß ist“. Gerade auch bei Polen und Tschechen, bei denen eine geradezu „große Begeisterung“ herrsche. „Nur leider in Deutschland nicht“, so Rauhut.

„Schlesien ist ein Europa-Thema geworden.“ Es zahle sich aus, dass die Vertriebenenverbände schon vor der Wende soziale Kontakte in die Nachbarländer Tschechien und Polen geknüpft, aufgebaut und gepflegt haben. Denn der Austausch von Mensch zu Mensch sei Grundlage aller Verständigung - und „Freiheit und Frieden können nur auf dem festen Boden der Herkunft Bestand haben.“

„Vertreibung ächten“ war laut Rauhut in einem der vergangenen Jahre das Motto des „Tages der Heimat“. Die aktuellen Vorgänge im Norden Syriens offenbarten die fortwährende Aktualität dieses Mottos. Geostrategische und nationalistische Überlegungen seitens des türkischen Präsidenten Erdogan, führten dort zu Flucht und Vertreibung, was Rauhut als „kalt-schnäuziges Vorgehen zu Lasten der Menschen, die sich nicht wehren können“, verurteilte. Die „Kultur der Vertreibung sei aktueller denn je. Menschen verlieren ihre Heimat und ihre Rechte und der Westen schaut hilflos zu“. Angesichts all dessen bleibt, so Rauhut, „unser Auftrag, für Frieden, Freiheit und Menschenrechte einzutreten, klar“.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

halt bei einem Stadtfest in Pögen. Vor einem Festzelt erkannte man uns als deutsche Gruppe und hat uns spontan zum Essen und Trinken bei netter Bedienung und zünftiger Volksmusik eingeladen.

Fazit: Dass wir nicht über die Grenze ins Königsberger Gebiet durften, war für uns ein sehr schwerer Schlag. So konnten wir aber auch Menschen in Lyck und Heydekrug mit unseren Hilfgütern glücklich machen und neue Freunde gewinnen. Ein Teil unserer Kleider- und Geldspenden ist trotzdem über einen Mittelsmann in den Kreis Schloßberg gelangt. Des Weiteren ist ein Mitglied unserer Gruppe im Oktober nach Königsberg geflogen und hat Geldspenden dort an Leute und Insti-

Hans-Jürgen Irmer versicherte den Heimatvertriebenen und ihrer Anliegen die weitere Unterstützung durch die Union zu. Er wies auf das Vertriebenengesetz und den darin formulierten Auftrag hin, das kulturelle Erbe der Geflüchteten und Vertriebenen zu erhalten und zu sichern. „Das darf nicht in Vergessenheit geraten.“, Zu diesem Zweck regte er eine Bibliothek der Heimatvertriebenen für den heimischen Raum in Wetzlar an. Junge Menschen müssten für die Thematik interessiert und motiviert werden, denn: „Wenn wir die Jugend jetzt nicht informieren, wer dann sonst!“

Landrat Wolfgang Schuster nannte die Vertreibung einen Verstoß gegen die Menschenrechte, weil ein Unrecht nicht mit einem anderen Unrecht aufgewogen werden könne. „Wir besuchen den Tag der Heimat nicht, weil wir es müssen, sondern weil wir es wollen“, so der Landrat, der an die Aufnahme Zehntausender von

Vertriebenen „aus europäischen Hochkulturen“ in den Jahren 1946 bis 1948 erinnerte. Schuster dankte den Heimatvertriebenen „für ihre Lebensleistung“ und machte klar: „Politik darf nie wieder die Folge haben, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen.“

Der „Tag der Heimat“ hole die Ereignisse von Flucht und Vertreibung „aus dem Erinnerungsschatzen“, zitierte Oberbürgermeister Wagner einen ehemaligen Bundespräsidenten. Sich erinnern, ohne angesichts der nationalistischen und populistischen Entwicklungen auch in Europa verbittert zu sein und dabei die Lehren aus der Geschichte beherzigen, ist für den Oberbürgermeister besonders wichtig. Zumal die Gebiete, aus denen die Menschen vor mehr als sieben Jahrzehnten vertrieben wurden, heute Teil des vereinten Europa seien.

Der „Tag der Heimat 2019“ in der Siedlerklause wurde musikalisch mitgestaltet von der Blaskapelle Egerländer Maderln aus dem Lahn-Dill-Bergland, dem vereinigten Union- und Lahn- und Groß-Chor aus Wetzlar, dem Duo Heimatklänge und der Gesangsgruppe Stimme der Hoffnung bestehend aus russlanddeutschen Frauen, die allesamt in Wetzlar zu Hause sind. *Franz Ewert*

Wiesbaden - Sonnabend, 9. November, 14 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden: Feierster zum Tag der Heimat mit der Fest-



Große Freude über Spenden in Heydekrug: Der Verein „Heide“

tutionen übergeben, für die sie gedacht waren. Wir danken allen Spendern für die großzügige Unterstützung, insbesondere Irmgard Heise, Elfriede Beer und Ulrich Sielmann. In Zukunft werden

wir weniger materielle Spenden von uns nach Schloßberg bringen können, wir möchten aber mit Geldspenden und Material, das wir dort vor Ort kaufen, helfen.

Norbert Schattauer



Wiesbaden: Kurenwimpel schmückt die Wand

Bild: privat

rede von Christoph Manjura, Stadtrat für Soziales, Bildung, Wohnen und Integration, mit anschließendem Sektempfang. - Dienstag, 12. November, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden: Frauengruppe. - Sonnabend, 16. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden: Monattreffen zum Thema „Unvergessenes Marzipan“. Königsberger Köstlichkeit damals und heute. Vortrag von Dieter Schetat mit Filmaufnahmen und Lichtbildern. Zuvor erfreuen wir Sie mit Kaffee und Kuchen von der Konditorei Gehlhaar. - Sonntag, 17. November, Südfriedhof; Uhrzeit bitte der örtlichen Presse entnehmen: Gedenkstunde zum Volkstrauertag.

Bericht - Die Feier des Erntedankfestes gehört zu den Höhepunkten der landsmannschaftlichen Veranstaltungen. Blickfang des Nachmittags war der reich gedeckte Gabentisch, zu dem Mitglieder der Landsmannschaft, Wiesbadener Gärtnereien und Läden mit vielerlei Gemüsen, Obst, Brot, bunten Blumen und Königsberger Marzipan beigesteuert hatten. Alle gespendeten Gaben durften die Besucher am Schluss der Feier mit nach Hause nehmen. Vorsitzender Dieter Schetat dankte den Geld- und Sachspendern, zugleich auch den Teilnehmern für ihre Verbundenheit mit der Landsmannschaft.

Gleichsam als heimatlichen Gruß konnten die Gäste über dem Gabentisch einen originalgetreu nachgearbeiteten Kurenwimpel bestaunen. Einst kennzeichnete der Wimpel die schweren Kurenkähne, mit denen auf dem Haff gefischt wurde. Zudem verriet sie die Herkunft der Fischerboote aus dem Dorf Postnicken. Das Kunstwerk hatte vor Jahren ein Mitglied dem Verein geschenkt.

„Mit der festlichen Feier danken wir Gott für eine reiche Ernte, die sich auch in unserem farbenprächtigen Erntetisch widerspiegelt. Wir sollten dabei aber auch daran denken, dass es nicht für alle Menschen auf dieser Welt selbstverständlich ist, täglich genügend Nahrung auf den Tellern zu haben“, meinte Dieter Schetat bei der Begrüßung der Landsleute und Gäste. Als Ausdruck der Dankbarkeit gelte es auch, Zeichen zu setzen für die Bewahrung und Erhaltung unserer Umwelt.

Ohne die heutigen Maschinen waren früher in der ost- und westpreußischen Heimat zur Erntezeit

viele Helfer erforderlich. War die Arbeit erledigt, feierten sie in froher Runde gemeinsam. An diese Zeit erinnerten einige Texte im Programm des Nachmittags. So lasen Ilse Klausen „Erntedank in der Heimat“ von der Tilsiterin Hannelore Patzelt-Hennig und Margitta Krafczyk das Gedicht „Ostpreußisches Bauernbrot“ von Gert O.E. Sattler vor. „Unsere Kultur soll lebendig bleiben“, ist Anliegen des Vorsitzenden.

Mit den Liedern „Ist wohl ein schöne Zeit“ und „Wir pflügen und wir streuen“ besang der Frauensingkreis der Landsmannschaft unter der Leitung von Liesl Zekert den Herbst und die Erntezeit.

In seiner besinnlichen Ansprache sagte Pfarrer Holger Saal: „Wenn wir die Menschheit der Welt als große Familie verstehen, ist ihr Zustand wie ein Schmerz.“ Jedes sechste Kind sei von Armut bedroht und eine Milliarde Menschen müssten hungern.

Als stabiles Land hätten wir diese Nöte nicht. Deshalb sollten wir dankbar sein, das Leben genießen zu können. Verantwortung zu übernehmen für diejenigen, denen es nicht so gutginge, sei ange-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeige

Heimatliche Qualitätswaren ab sofort wieder lieferbar

	1000 g	
Ger. Gänsebrust, mager, oh.Kn.	ca. 800 g	36,99 €
Ger. Gänsebrust, mit Kn.	ca. 1000 g	22,99 €
Gänsefleisch, ca. 200-g-Becher	Stück	2,69 €
Gänseleberwurst	ca. 150 g	16,99 €
Gänseflumen (als fertiger Brotaufstrich)	ca. 300 g	6,49 €
Teeurst, Rügenwalder Art	ca. 100 g	17,99 €
Salami, mit Knoblauch	ca. 500 g+2000 g	20,99 €
Krautwurst mit Majoran, fest	ca. 400 g	18,99 €
Krautwurst mit Majoran, streichfähig	ca. 150 g+850 g	16,99 €
Schweinemettwurst mit geb. Pfeffer	ca. 400 g	16,99 €
Hausm. Leberwurst, geräuchert	ca. 400 g	15,99 €
Lungwurst (vacu verpackt)	ca. 500 g+1000 g	10,99 €
Grützwastr geräuchert, mit u. ohne Rosinen		11,99 €
Hausm. Blutwurst, geräuchert	ca. 750 g	13,99 €
Zungenwurst	ab ca. 500 g	13,99 €
Hausm. Sülze	ca. 400 g	11,99 €
Ger. Schinkenspeck	500 g+2,0 kg	13,99 €
		und vieles mehr!!!

Formen Sie auch eine umfangreiche Bestellliste an! Sie finden uns im Internet unter www.kinsky-fleischwaren.de. Der Versand erfolgt auf Rechnung. Die Mehrwertsteuer ist in den Preisen enthalten. Ab 100,00 Euro Warenwert senden wir innerhalb Deutschland portofrei!

KINSKY Fleischwaren GmbH
Rosenburger Weg 2 · 25821 Bredstedt
Tel. 0 46 71 - 91 38-0 · Fax 0 46 71 / 91 38-38

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

sagt. In Anlehnung an die biblische Überlieferung sagte der Marktkirchenpfarrer: „Brich mit den Hungrigen dein Brot – Dankbarkeit macht großzügig!“ Mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußen-Lied, in das auch Stadtverordneter Wolfgang Nickel als Ehrengast einstimmte, klang das Programm des Danknachmittags aus.
Dieter Schetat



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Mittwoch, 13. November, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Wir hören Henriette Piper, die ihr Buch über ihren Großvater und sein Leben vorstellt: „Der letzte Pfarrer von Königsberg – Hugo Linck (1890–1976) zwischen Ostpreußen und Hamburg. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Rinteln – Donnerstag, 14. November, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Bei diesem Treffen der Grup-

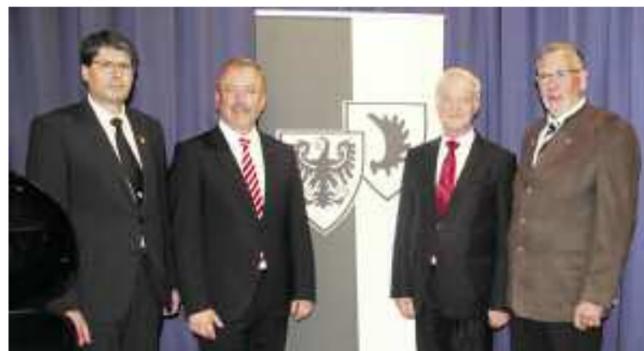
Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Mittwoch, 6. November, 18.30 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Eintritt: 5 Euro: Reisebericht, Lesung und Gespräch mit Marcel Krueger „Allensztytn. Eine Region auf der Suche nach ihrer Identität“, moderiert von Magdalena Gebala, Deutsches Kulturforum östliches Europa.

pe berichtet Dr. Hans-Walter Butschke, Lemgo, aus Anlass des 30. Jahrestages des Mauerfalls, wie er die Wende erlebte und wird dabei auch die Zu- und Umstände vorher und nachher betrachten. Neben Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste von nah und fern herzlich willkommen, der Eintritt ist frei. Weitere Informationen und Auskünfte zu den Veranstaltungen und zur landsmannschaftlichen Arbeit sind bei Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder über E-Mail: rebuschat@web.de zu erfahren.

NORDRHEIN-
WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de



70 Jahre LO-LG NRW: Am 12. Oktober feierte die Landesgruppe NRW der LO. Lesen Sie in der nächsten Ausgabe einen ausführlichen Bericht
Bild: privat

Bielefeld – Montag, 11. November, 14 Uhr, Haus der Diakonie, Kreuzstraße 19a, 33602 Bielefeld: Heimatnachmittag mit einem Vortrag des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen Stephan Grigat. Wegen der Bewirtung wird um An- und Abmeldung bis fünf Tage vor der Veranstaltung gebeten, unter Telefon (05202) 5584 oder (0521) 177749. Die Heimatnachmittage finden jeden zweiten Montag statt.

Düren – Mittwoch, 6. November, 18 Uhr, Haus des deutschen Osten, Holzstraße 7a, 52349 Düren: Totengedenken – Heimatgedanken. Anfragen an Gerda Wornowski, Telefon (02421) 72776, E-Mail: gwornowski@gmail.com. Wer sich heimatlich verbunden fühlt, ist bei uns herzlich willkommen. Wir freuen uns auf neue Mitglieder und Gäste. Die Gruppe

trifft sich an jedem ersten Mittwoch im Monat.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90, Eichendorff-Saal: Chorproben mit Radostina Hristova. – Mittwoch, 6. November, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 7. November, 17 Uhr, Konferenzraum, GHH: Vortrag „Die Polen und ihre vielfältigen Nachbarschaften“ von Hans Hecker. – Freitag, 8. November, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62, Düsseldorf: Stammtisch.

Köln – Mittwoch, 13. November, 14 Uhr, Café zum Königsforst, Endhaltestelle der KVB-Linie 9 Königsforst: Treffen. Für Nicht-Mitglieder sei gesagt: Wir kommen an jedem zweiten Mittwoch im Monat zusammen, um zu erzählen, Gedichte aufzusagen etwas vorzulesen oder über Dinge zu reden die uns berühren. Dabei haben wir die Möglichkeit auch etwas über Pommern zu erfahren,

bei deren Frauengruppe wir herzlich aufgenommen wurden. Unsere Gruppe ist in letzter Zeit zwar sehr zusammengeschrumpft, aber wir versuchen bei Kaffee und gutem Kuchen, der dort angeboten wird, unsere Gemeinschaft aufrecht zu erhalten – solange es eben geht. Schauen Sie doch mal rein! Wir möchten Sie nebenbei auch darauf hinweisen, dass hier ein weihnachtliches Fisch-Essen, diesmal am 11. Dezember, stattfindet. Wer daran teilnehmen möchte, sollte sich rechtzeitig melden. Genaueres erklären wir in unserer November-Nachricht.

Nähere Auskunft unter Telefon (0221) 7123572.

Münster – Die offene Frauengruppe der Ost- und Westpreußen Münster (Westf.) trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat um 15 Uhr unter der gemeinsamen Leitung von

Sabine Steinkat und Irmgard Bludau im historischen Lambertuszimmer des Restaurants Stuhlmacher, Prinzipalmarkt 67, Münster. Gäste sind herzlich willkommen.

Neuss – Sonntag, 17. November, 11.30 Uhr, Hauptfriedhof, Rheydter Straße: Gedenkstunde zum Volkstrauertag, Kranzniederlegung, um rege Beteiligung wird gebeten.

Wesel – Sonnabend, 2. November, 15 Uhr, Heimatstube Wesel, Kaiserring 4: Kulturabend, 32. Pf. Tafelrunde.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Dresden – Donnerstag, 14. November, 14 Uhr, ASB Begegnungszentrum Prager Zeile, St. Petersburger Zeile 32, 01069 Dresden: 30-Jahrefeier der Ost- und Westpreußengruppe.

SACHSEN-
ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Halle – Freitag, 8. November, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (gegenüber der Marktkirche): Treffen.

SCHLESWIG-
HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Donnerstag, 7. November, 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte: Treffen mit Vortrag.

Bericht – Im Rahmen des monatlichen Treffens am 10. Oktober berichteten Lea Märtens und Torben Freytag von der Geschichtswerkstatt Herrenwyk, Lübeck, über das ehemalige unweit von Lübeck gelegene Flüchtlingsdurchgangslager Pöppendorf.

Unter dem Titel „Vertrieben, Verloren – Verteilt“ hat die Geschichtswerkstatt eine Ausstellung

zusammengetragen und ein Belegbuch dazu herausgegeben, an dem auch die beiden Vortragenden an Text und Fotoauswahl mitgewirkt haben. Es war von 1945 bis 1951 eines der größten Flüchtlingsdurchgangslager Norddeutschlands, das im Waldhusener Forst zwischen dem alten Bahnhof Kücknitz und Pöppendorf lag. Nur durch Zufall und den Hinweis eines Försters konnten die Konturen des Standortes noch ausgemacht werden. Umso erstaunlicher ist es, was aus Archiven und Medienblättern und auch von Zeitzeugen zusammengetragen und uns in lebhafter Weise in Wort und Bild dargeboten wurde. Die Bilder von dem Leben im Lager, der Enge, den Nissenhütten, alles versetzte uns – die Erlebnisgeneration – in die damalige Zeit zurück. Interessanterweise waren unter den Zuhörern einige Personen, die selbst in diesem Lager waren und aus dieser Zeit noch zu erzählen wussten.

Errichtet wurde das Lager auf Anweisung der Britischen Militärbehörde, die den Ort zunächst als Entlassungslager für fast 80000 Wehrmachtangehörige der deutschen Norwegen-Armee vorgesehen hatte. So wird berichtet, dass Offiziere und Mannschaftsdienstgrade am 25. Juli 1945 hier eintrafen und das Lager als Entlassungsstelle für ehemalige deutsche Soldaten, die bereits im August hier eintrafen, aufzubauen. Es wurden mehrere Lagerbereiche mit jeweils einer Koch- und Sanitätsstelle angelegt. Das Hauptverpflegungslager wurde im Saal des Gasthauses Waldhusen eingerichtet. Täglich wurden 800 bis 1000 Mann zur politischen Überprüfung von der britischen Dienststelle herangezogen, sodass nach zwei Monaten 78550 Soldaten ins bürgerliche Leben entlassen wurden. Im Oktober 1945 war die Entlassungsaktion der Norwegenheimkehrer abgeschlossen, und nach Bestimmung der Britischen Militärregierung wurde das Lager in ein Flüchtlingsdurchgangslager umgewandelt. Schon im Sommer 1945 begann Polen mit der organisierten Vertreibung der Deutschen aus Ostpreußen und im November 1945 kamen die ersten Flüchtlinge im Lager Pöppendorf an. Sie nannten sich Aktion „Influx“ und kamen aus den sowjetisch besetzten Gebieten. Weitere Aktionen hatten die Namen „Wespe“, „Honigbiene“, „Schwalbe“ und andere mehr. Dieser stille Ort im Wald war nun zur Drehscheibe für die Verschiebung riesiger Menschenmengen im Westen – Verteilt“ hat die Geschichtswerkstatt eine Ausstellung

und ein Belegbuch dazu herausgegeben, an dem auch die beiden Vortragenden an Text und Fotoauswahl mitgewirkt haben. Es war von 1945 bis 1951 eines der größten Flüchtlingsdurchgangslager Norddeutschlands, das im Waldhusener Forst zwischen dem alten Bahnhof Kücknitz und Pöppendorf lag. Nur durch Zufall und den Hinweis eines Försters konnten die Konturen des Standortes noch ausgemacht werden. Umso erstaunlicher ist es, was aus Archiven und Medienblättern und auch von Zeitzeugen zusammengetragen und uns in lebhafter Weise in Wort und Bild dargeboten wurde. Die Bilder von dem Leben im Lager, der Enge, den Nissenhütten, alles versetzte uns – die Erlebnisgeneration – in die damalige Zeit zurück. Interessanterweise waren unter den Zuhörern einige Personen, die selbst in diesem Lager waren und aus dieser Zeit noch zu erzählen wussten.

Errichtet wurde das Lager auf Anweisung der Britischen Militärbehörde, die den Ort zunächst als Entlassungslager für fast 80000 Wehrmachtangehörige der deutschen Norwegen-Armee vorgesehen hatte. So wird berichtet, dass Offiziere und Mannschaftsdienstgrade am 25. Juli 1945 hier eintrafen und das Lager als Entlassungsstelle für ehemalige deutsche Soldaten, die bereits im August hier eintrafen, aufzubauen. Es wurden mehrere Lagerbereiche mit jeweils einer Koch- und Sanitätsstelle angelegt. Das Hauptverpflegungslager wurde im Saal des Gasthauses Waldhusen eingerichtet. Täglich wurden 800 bis 1000 Mann zur politischen Überprüfung von der britischen Dienststelle herangezogen, sodass nach zwei Monaten 78550 Soldaten ins bürgerliche Leben entlassen wurden. Im Oktober 1945 war die Entlassungsaktion der Norwegenheimkehrer abgeschlossen, und nach Bestimmung der Britischen Militärregierung wurde das Lager in ein Flüchtlingsdurchgangslager umgewandelt. Schon im Sommer 1945 begann Polen mit der organisierten Vertreibung der Deutschen aus Ostpreußen und im November 1945 kamen die ersten Flüchtlinge im Lager Pöppendorf an. Sie nannten sich Aktion „Influx“ und kamen aus den sowjetisch besetzten Gebieten. Weitere Aktionen hatten die Namen „Wespe“, „Honigbiene“, „Schwalbe“ und andere mehr. Dieser stille Ort im Wald war nun zur Drehscheibe für die Verschiebung riesiger Menschenmengen im Westen – Verteilt“ hat die Geschichtswerkstatt eine Ausstellung

deutschen Raum geworden. 1946 wurden das ganze Jahr über täglich bis zu 3000 Menschen durch das Lager geschleust. Es war eine gewaltige logistische Leistung, diese Menschen aufzufangen, zu versorgen und an einen sicheren Bestimmungsort weiterzuleiten. Im Frühjahr 1947 waren die Aufnahmekapazitäten in den Städten und Kreisen Schleswig-Holsteins erschöpft, und die nun eintreffenden Flüchtlinge verblieben teilweise Wochen und Monate im Lager.

Zwischen Ende 1945 bis 1951 fanden hier mehr als 600000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten Aufnahme.

Eine besondere Aktion war die Operation „Oasis“. Im Juli 1947 wurden vom jüdischen Auswandererschiff „Exodus 47“ die Passagiere aus den palästinensischen Hoheitsgewässern über Hamburg unter hohen Sicherheitsvorkehrungen der Militärregierung nach Pöppendorf gebracht, wobei die deutschen Flüchtlinge bis zur Abreise der Juden im November 1947 das Lager verlassen mussten.

Dieser Vortrag gab zum Schluss natürlich genug Stoff zur Nachfrage. Mit einem großen Dank an die beiden Vortragenden für die Aufarbeitung dieser Lagerstätte beschließen wir den Nachmittag.

Hans-A. Eckloff

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. November, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Treffen zum Thema „Streifen durch die alte Hansestadt Danzig“. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Sonntag, 17. November, 11.30 Uhr, Kapelle Friedenhügel Flensburg: Volkstrauertag im Rahmen der Feier des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Anmeldungen bitte spätestens eine Woche vorher an Frau Fischer, Telefon (0461) 62726, oder Frau Kunde, Telefon (0461) 91170.

Neumünster – Mittwoch, 13. November, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Treffen zum Thema: Ostpreußen im Winter – Winterfreuden in Wort und Lied.

Schönwalde a. B. – Donnerstag, 7. November, 14 Uhr, Klönstuv (Alte Feuerwehr): Seniorenbegegnung. – Schönwalde a. B. – Donnerstag, 14. November, 14 Uhr, Klönstuv (Alte Feuerwehr): Seniorenbegegnung.

Uetersen – Freitag, 8. November, 15 bis 17 Uhr, Haus Uetersen End, Kirchenstraße 7: Runen waren die Schrift unserer Ahnen, unter anderem sichtbar auf einem Stein im Wikinger Museum Haithabu. Unser Vorstand Charlotte Kaiser berichtet.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Für Polen gestorben – vom Kattowitzer IPN saniert

Öffentlicher Aufruf zur Gräbersuche des Kattowitzer Institutes für Nationales Gedenken (IPN)

Das für die Woiwodschaften (Ostober-)Schlesien und Oppeln regional zuständige Kattowitzer Institut für Nationales Gedenken (IPN) möchte eine Übersicht über Gräber der Aufständischen nach dem Ersten Weltkrieg erstellen, um die Gräber der propolnischen Aufständischen zu sanieren. Ein Aufruf zur Mithilfe bei der Findung solcher Grabstätten in Oberschlesien wurde sowohl in überregionalen Medien als auch am 27. Oktober in Gottesdiensten in Oberschlesien verlesen. Gesucht werden auch Gräber von Aufständischen, die nach 1921, also nach den Kämpfen starben. Die Aktion des IPN heißt „Aufständische sind Glaube, Hoffnung und Wunder – wir bewahren die Gräber schlesischer Aufständischer vor dem Vergessen“ und soll bis 2022 andauern.

„Bislang sind uns 147 Grabstätten von Aufständischen bekannt, es ist erschreckend wenig, wenn man dies mit den 2700 (AdR.: nur

polnischen) Gefallenen der Aufstände vergleicht oder mit den etwa 60000 (AdR.: Polen), die daran teilgenommen haben“, sagte Jan Kwasniewicz, Leiter des IPN im Radio Kattowitz. Besonders wichtig ist für Kwasniewicz, die vernachlässigten Gräber auf Friedhöfen zu lokalisieren, denn diese verschwanden immer häufiger aus der Öffentlichkeit: „Die Gräber werden vergessen, oft abgeschafft, viele wuchern zu. Wir verlieren Informationen über den Gefallenen oder würdigen ihn nicht mehr auf angemessene Weise.“ Dass so wenig über die Gräber der Aufständischen bekannt ist, liegt seines Erachtens daran, dass bereits viele Grabstätten eingeebnet worden seien oder die Grabstätten einfach keine Hinweise auf den Umstand enthielten, dass hier ein Aufständischer ruhe. 2018 sind fünf nach diesem Verständnis vernachlässigte Gräber polnischer Aufständischer in Königshütte [Chorzów] durch das IPN saniert worden.

Nun stellt sich die Frage, warum Gräber der Helden polnischer Aufstände nicht gepflegt werden und in Vergessenheit geraten? Sind nicht etwa die Nachkommen, wie man in Oberschlesien oft sarkastisch sagt, nach Deutsch-



Bei einer Buchpräsentation in Görlitz: Sebastian Rosenbaum (Mitte) mit seiner Frau Monika

land ausgesiedelt? Sind die großen Gesten und Gedenkfeierlichkeiten zu 100 Jahren Aufstand in Oberschlesien am Ende nur aufgesetzt und die Erinnerung an die großen polnischen Helden in der oberschlesischen Bevölkerung doch nicht so wach, wie in Warschau angenommen?

„Man muss bedenken, dass die Aufstände Ausdruck einer starken propolnischen Einstellung eines großen Teils Oberschlesiens nach dem Ersten Weltkrieg waren, das Plebiszit vom März 1921 hat die polnische Seite jedoch verloren. Im Plebiszit über die Staatszugehörigkeit haben 60 Prozent der Bürger für den Verbleib bei Deutschland plädiert, obwohl die Verwaltung in der Region nicht eine deutsche, sondern die der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission für Oberschlesien (IK) war. Diese bestand aus Vertretern Italiens, Frankreichs und Großbritanniens. Die Plebiszitregion wurde durch ein Militär der Verbündeten okku-

piert“, so Sebastian Rosenbaum vom IPN gegenüber dem Geschichtsportal dzieje.pl. Der 1974 in Broslawitz [Zbrosławice] geborene Historiker ist Autor zahlreicher Publikationen zur Geschichte Oberschlesiens. Auch er stellt sich die Frage nach der Bedeutung der Aufstände in der gesamten polnischen Gedächtniskultur und stellt fest, dass – auch wenn die Aufstände stets als Freiheitskampf, Kampf gegen eine Germanisierung, als Kampf fürs Polentum und die polnische Kultur bezeichnet wurden – diese dennoch eine weit geringere Rolle als beispielsweise der Posener Aufstand (27. Dezember 1918 bis zum 16. Februar 1919) spielen. In diesem militärischen Aufstand kämpften Polen für eine Angliederung der Provinz Posen an den wiedererstandenen polnischen Staat.

„Die Schlesischen Aufstände haben zwar in der Region eine starke Resonanz, aber aus zentraler Perspektive spielen sie eine

untergeordnete Rolle. Das ist möglicherweise auf die regionale Eigenart Oberschlesiens zurückzuführen. Einerseits war Oberschlesien immer schon aus wirtschaftlichen Gründen für Polen wichtig, andererseits war die Region durch ihre nationale, sprachliche und kulturelle Besonderheit kompliziert.“

Rosenbaum bedauert, dass sich Wissenschaftler nach der politischen „Wende“ dieser Thematik nur im begrenzten Maße widmeten und das Feld der Publizistik überließen. Diese hätte sich zwar dem Thema aus unterschiedlicher Sichtweise angenähert und von den Aufständen als Bürgerkrieg, polnischer Intervention in Oberschlesien oder gar von einem verkappten polnisch-deutschen Krieg gesprochen, doch: „Man baute eine Narration auf, die völlig anders als die der Volksrepublik war. Sie basierte jedoch auf einer schwachen Forschungsreflexion“, so Rosenbaum.

Chris W. Wagner

Fliegerstadt Schneidemühl

Von Zeppelinen zur Ju 52 – das Brummen am Himmel gehörte zu unserem Leben



Schneidemühl, die Fliegerstadt. Unübersehbarer Ausdruck war u.a. das Fliegerviertel der Reichshäuser im Westend der Stadt auf dem Stadtberg, mit dem Mittelpunkt des Zeppelin-Platzes und den von ihm abgehenden Straßen mit den Namen der großen deutschen Kampfflieger des 1. Weltkrieges: Boelcke, Immelman und von Richthofen. Alle drei waren Träger des „Pour le Mérite“, der höchsten Tapferkeitsauszeichnung Preußens. Hochgeachtet in Deutschland, wurde ihnen aber auch ehrenvoller Respekt wegen ihrer Ritterlichkeit von den damaligen Gegnern Frankreich und England gezollt! Diese historische Wahrheit sollten wir nicht aus unserem Gedächtnis verdrängen lassen. Wie durch ein Wunder ist das gesamte Fliegerviertel im Wesentlichen von den Kampfhandlungen im Februar des Schicksalsjahres 1945 verschont geblieben und zeigt sich heute aufwendig restauriert und farblich schön gestaltet.

Beim Besuch Schneidemühs (heute Piła) lohnt sich ein Spaziergang dorthin, denn geblieben ist der wunderschöne Blick auf den direkt unter dem Fliegerviertel liegenden Stadtpark. Den faszinierenden Weitblick auf die vielen markanten Kirchtürme der Stadt gibt es leider nicht mehr, aber die Schneidemühler sehen auch heute, nach 70 Jahren, vor ihrem geistigen Auge die markante Silhouette.

1913 war das Geburtsjahr Schneidemühs zur Fliegerstadt – und seitdem gehörten erst Zeppeline und dann später Flugzeuge zum Himmel über Schneidemühl und das Brummen der Flugmaschinen einfach zu

dem Leben in der Stadt.

Nach intensiven architektonischen und ingenieurtechnischen Studien und Vorbereitungen (Erd- und Hochbauplanungen) – denn es war ja damals völliges Neuland – wurde am 20.10.1913 in Gegenwart des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein, Beauftragter der Reichsregierung für die Entwicklung des Flugwesens, in unserer Heimatstadt der 1. zivile Flugzeugstützpunkt in Preußen seiner Bestimmung übergeben und nun für den Flugverkehr freigegeben, unter den staunenden Blicken der vielen zu diesem Akt erschienenen Einwohner! Der Flugplatz mit seinen Einrichtungen befand sich zwischen Krojanker- und Selgenauer Straße in der Bromberger Vorstadt. Ebenfalls zu der Zeit wurden die Grundlagen für die Ostdeutschen Albatros-Werke, einem Tochterunternehmen der Albatros-Flugzeugwerke in Johannisthal bei Berlin geschaffen. Die ersten beiden Hallen hatten eine Länge von 100 m und eine Breite von 30 m und boten erstmals 20 Flugzeugen Platz. Da das Flugwesen ja eine total neue Berufssparte war, wurde für diese eine Flugzeugmechaniker-Ausbildungseinrichtung gebaut. Anfangs waren 50 Techniker und Arbeiter beschäftigt, zuletzt waren es 2600. Alleine diese Anzahl veranschaulicht die Entwicklung zu einer Fliegerstadt.

Der Flugplatz an der Krojanker-/Selgenauer Straße wurde ursprünglich für die Luftschiffe (Zeppeline) gebaut. Die Hallen für die riesigen Luftapparate wurden vom Königl. Baurat Dr. Ing. Hermann Weiß, Berlin, konstruiert und waren Meilensteine der Architektur für Deutschland und darüber hinaus für ganz Europa. Die Größe der ersten Halle mit 184 m Länge und 35 m Breite war beeindruckend. Ebenso von den Zuschauern staunend bewundert, dass sich die riesigen Hallentore, elektrisch betrieben, automatisch öffneten und schlossen – alles was heut-

zutage selbstverständlich ist, war damals Neuland! Bemerkenswert, dass das Dach ganz in rubinrot gedeckt sein musste, dadurch weithin leuchtend für die ankommenden Flieger, denn auch Radar gab es damals noch nicht! Stolz waren die Schneidemühler, dass die Presse berichtete, dass nach dem „Schneidemühler Vorbild“ die Flugplätze und dazu die technischen Anlagen dann in Breslau, Danzig und Königsberg gebaut wurden. Schneidemühl war dann ab 1914 Hauptflugstrecke von Berlin-Johannisthal (an Berlin-Tempelhof war zu der Zeit noch gar nicht zu denken) – Schneidemühl, über Landsberg a. d. Warthe, Danzig, Königsberg, Elbing bis Tilsit, sowie Berlin-Johannisthal wieder über Schneidemühl in die schlesische Hauptstadt Breslau.

Ab Jahresbeginn 1914 liefen auch die Verhandlungen zwischen dem Magistrat von Schneidemühl und dem Reichswehrministerium Berlin zur dauerhaften Errichtung von Anlagen und der Stationierung für einen militärischen Flugstützpunkt. Insgesamt wurden dafür von dem zuständigen Ministerium 60 Hektar Ödland gekauft – was die geplanten Dimensionen für Schneidemühl erahnen lässt! Des Weiteren sollte für die dann zusätzlich benötigten großen Mengen an elektrischer Kraft an der Küddow zu dem bereits vorhandenen großen Wasser-Reservoir bei Borkendorf eine noch größere Stauanlage für die Stromherstellung nahe der Försterei Eichberg gebaut werden. Ingenieure arbeiteten mit Hochdruck daran! Eine Entwicklungsperspektive, die einen großartigen Aufschwung bedeutet hätte.

Im März 1914 wurde die 1. Flieger- und Luftschiffereinheit in Stärke von 200 Mann, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften (Funker/Techniker) nach Schneidemühl verlegt. Beredtes Zeugnis sind die modernen Fliegerkasernen an der Gabelung

Krojanker- und Selgenauer Straße, die in den Verteidigungskämpfen im Februar 1945 nicht zerstört wurden, und heute sehr gut von den Polen restauriert erhalten geblieben sind und städtische Verwaltungsstellen beherbergen.

Wie stolz waren damals die Schneidemühler, wenn schon ab den Morgenstunden anfangs die Zeppeline über der Stadt ihre Kreise zogen und später die Flieger vertraut am Himmel brummen. Schneidemühl war eben eine Fliegerstadt. Wobei ich eine besondere Verbindung zu dieser Konstellation hatte, da sich ja die Albatros- zu unserer Zeit ab 1939 dann die Hansen-Flugzeugwerke entlang der Seminarstraße bis hin zu den Reichshäusern – nicht einmal einen Steinwurf entfernt von meinem Elternhaus in der Sedanstraße – befanden und von hier aus alle Übungsflüge nach Bau oder Reparatur von Flugzeugen begannen. Dieses beeindruckende technische Erlebnis habe ich bis heute nicht vergessen! Aber auch zwei besonders traurige Zeiten der „Fliegerstadt Schneidemühl“ sollen niemals vergessen werden.

1.) Die schwere Zeit nach dem ersten Weltkrieg, wo nach dem Versailler-Vertrag alles Flugzeugherstellungsmaterial und Maschinen an Frankreich abgeliefert werden mussten.

Die Zeppelin-Hallen wurden teils abgerissen, alle anderen Anlagen mit zu der Zeit modernsten Produktionsräumen, besonders die Flieger-Hangars, verödeten, die Flugzeuge wurden verschrottet. Auch die ehemalige Lehrwerkstatt hatte ihre Bedeutung verloren, denn es war in Deutschland die Produktion von Flugzeugen ab einer bestimmten Größe verboten. Das Gebäude diente ab 1926 als Dienststelle für die Postflugzeuge auf der Route Aachen – Berlin – Schneidemühl – Königsberg und Schneidemühl – Breslau. Die bis 1918 stürmische Zeit der Aufwärtsentwicklung zur Fliegerstadt war erst einmal für

einige Jahre zerstört! Ein trostloses, sinnloses Bild, das alles musste Schneidemühl traurig und verbittert geschehen lassen.

2.) Ein noch traurigeres Kapitel auf diesem Gebiet begann 1925, als die Hangars und großen Fertigungswerkstätten der Albatros-Flugzeugwerke zu Notunterkünften einer bis dahin beispiellosen Flüchtlingswelle aus den verlorenen Ostprovinzen wurden. Innerhalb weniger Tage, im Spätsommer 1925, kamen 15.000 Deutsche an und es wurden täglich mehr, da sie nicht für Polen optiert hatten und brutal ausgewiesen wurden. Es waren schlimme Zustände und der Magistrat von Schneidemühl stand vor schier unlösbaren Aufgaben der Menschenrettung – aber sie wurden bewältigt!

Zum Abschluss des ehrenden Gedenkens an die Fliegerstadt Schneidemühl noch einige schöne Erinnerungen an die „Großen Tage“ des Deutschlandfluges, mit dem Schneidemühl durch das Reichsluftfahrtministerium zum Flugstützpunkt für den Deutschlandflug vom 28. Mai bis 4. Juni 1937 ausgezeichnet wurde. Da war sprichwörtlich ganz Schneidemühl auf den Beinen. 156 Flugzeuge aller Typen – nostalgisch und modern – flogen von dem inzwischen neuesten Flughafen Europas, Berlin-Tempelhof, unsere Heimatstadt an, um dann von hier aus nach der ostpreussischen Hauptstadt Königsberg und ins schlesische Breslau weiterzufliegen. Herrlicher Maisonnenschein lag über unserer Stadt. „Sie kommen!“ – hallte es vielstimmig, mit Kind und Kegel ging es zum Flugplatz Selgenauer Straße. Und dann nur noch das Ah und Oh, wenn die Flugzeuge unserer Deutschlandflieger in Ketten, in Linien, in Keilform Schneidemühl anfliegen und im Tiefflug ihre Wettbewerbsmeldungen an den markierten Zielabwurfstellen möglichst haargenau abwarfen. Über Lautsprecher wurde laufend informiert, ob die vorgeschriebenen Zei-

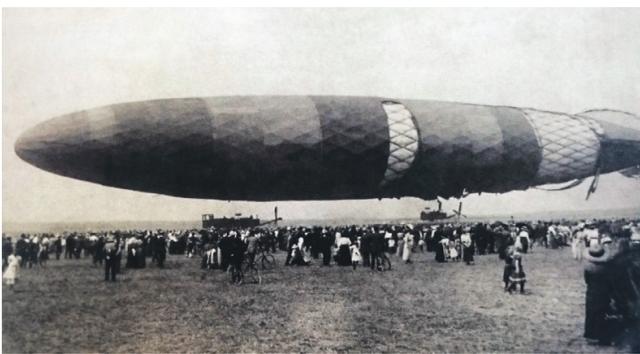
ten in den anzufliegenden Orten, wie Königsberg, Stettin, Danzig-Langfuhr, Breslau, Dresden und Gleiwitz minütlich eingehalten wurden. Der Höhepunkt des Deutschlandfluges 1937 und Abschlussauswertung des Wettbewerbes war dann der Besuch des Reichsluftfahrtministers Herman Göring. So eine begeisterte Menschenansammlung hatte der Neue Markt noch niemals erlebt. Die ganze Stadt war festlich geschmückt und auf dem Markt gab es keinen einzigen freien Stehplatz mehr. Ganz Schneidemühl war ein nie vorher gesehenes Fahnenmeer! Wer konnte damals ahnen, dass gerade dieser Mann maßgeblich dazu beitragen würde, dass Deutschland in den tiefen Strudel des 2. Weltkriegs, der mit Flucht und Vertreibung endete, gerissen würde. Zu den Tagen vor dem Deutschlandflug, als der Neue Markt noch nicht so voll war, habe ich in lebendiger Erinnerung, dass auf dem Platz vor der evangelischen Stadtkirche für die Kinder zwei große Holzflugzeuge aufgebaut waren, mit Pilotenkabine, den Sitzplätzen usw., in etwas kleinerem Maßstab der Ju 52 nachempfunden, hier konnten wir nach Herzenslust klettern und uns als Piloten fühlen.

Die Tage des Deutschlandfluges sind für mich eine bleibende Erinnerung an meine Heimatstadt, nicht im Geringsten ahnend, dass es acht Jahre später gerade die treue Ju 52 der Luftwaffe war, deren mutige Piloten nach Einschließung der Festung Schneidemühl ab 1. Februar 1945 unter Einsatz ihres eigenen Lebens die Alten, Frauen, Kinder und verwundete Soldaten im Stundentakt vom Flugplatz Selgenauer Straße ausflogen und nachweislich tausende Schneidemühler vor Vergewaltigung, vor Qualen, vor Sibirien und Tod durch die sowjetische Armee bis in die Abendstunden des 13. Februar 1945 retteten.

Heinz Haase

Wenn ein Zeppelin startete oder landete fanden sich stets viele Zuschauer ein. Auf dem Flugfeld Selgenauer Straße, 1914.

Mitte: Markttag auf dem Neuen Markt 1929. Postkarte der Buch-



handlung Louis Teuffel, Posener Straße 18 in Schneidemühl.



Rechts: Die Reichshäuser im ehem. Fliegerviertel mit Blick in die Immelmanstraße

(Foto Gerhild Haase, 2018)



Die Dorfkirche in Brietzig birgt einen besonderen Schatz

Brietzig (heute Brzesko) im Kreis Pyritz (Pyrzyce) hatte 1939 766 Einwohner. Ein Dorf im Weizackergebiet – aber mit einem bedeutenden „Schatz“. In der Dorfkirche, im 13. Jahrhundert als einschiffiger Granitquaderbau errichtet, befindet sich eine einzigartige Innenausstattung, die der Mühlenbauerbursche Michel Pahl im letzten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts gefertigt hat. Hier erlangte Farbenfreude, Formenreichtum und Formungslust des Weizackerpommern einen faszinierenden Höhepunkt. Die aufgehängten hölzernen Kreuzgewölbe mit den üppig herunterhängenden Traubenornamenten, die schwebend die Pfeiler ersetzen, mit posaunenblasenden Engeln in hellblauen Himmelsgründen, Palmwedel und Weih-

rauchfässern, Leidensgeräten und Notenbüchern sind im einzelnen handwerklich bunt gemalt. Sie klingen und schwingen harmonisch leuchtend zueinander, dass, wer zu ihnen aufschaut, ehrfürchtig seine Alltagsorgen hinter sich lässt. Dem Betrachter zeigen sich – ganz ungewöhnlich – und sicher in einer Dorfkirche nicht erwartet, hängende „Stalaktiten-Gewölbe“, die keine Stützen, Säulen oder Pfeiler haben. An der Westempore bezeugte eine Inschrift: „Michael Pahl, Müllerbursch hat diese Kirche durch Zimmer-, Tischler-, Drehen- und Schnitzarbeit auf- und ausgebaut Anno 1679“.

Der Arnswalder Künstler Michael Haentz schnitzte 1613 den Altar. In einem Renaissancerahmen steht als Mittelpunkt eine 1,48 m hohe gotische Mutter Got-



(Foto: Deutsch-poln. Stiftung)

tes mit Jesukind, umgeben von den Zwölf Aposteln in vergoldeten Gewändern. Gestiftet hatten den Altar seinerzeit zwei evange-

ser Kirche. In den ersten Jahren seiner Tätigkeit in Pommern fasste er sich hauptsächlich mit der Erschaffung sakraler Bauten. Seine Pläne von 1815 für den Wiederaufbau des abgebrannten, ursprünglich gotischen Kirchturms wurden 1817 realisiert, unter Beibehaltung auch gotischer Formen.

Die Kirche wurde im Krieg nicht beschädigt, doch nagte der Zahn der Zeit heftig an ihr.

1992 wurde die Pfarrkirche zur Marien-Wallfahrtskirche erhoben. Zum Erhalt des kostbaren architektonischen Kleinods, das es als deutsch-polnisches bzw. europäisches baukulturelles Erbe zu erhalten gilt, hat die Deutsch-Polnische Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz im Jahr 2013 mit Hilfe der Beauftragten für Kultur und Medien der deutschen

Bundesregierung (BKM) die 3. Etappe der Restaurierung der einzigartigen Gewölbedecke mitgefördert und war als Maßnahmeträger einer Anschlusszuwendung von BKM zur Realisierung der 4. Etappe auch am Gewölbe-Restaurierungsabschnitt 2014 beteiligt. 2015 konnte die Deckenrestaurierung unter Beteiligung der DPS als Projektträger mit einer dritten BKM-Fördertranche nahezu fertiggestellt werden.

Die Deutsch-Polnische Stiftung fördert u.a. auch Schloss Steinort/Ostpreußen.

Brigitte Stramm

<https://deutsch-polnische-stiftung.de>
Als Förderer oder Projektpate die Deutsch-Polnische Stiftung dauerhaft unterstützen.

Brüsseler Ärgernis

Zu: Wetterfahne (Nr. 40)

Dank an den überaus treffenden Kommentar zum Opportunismus des Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, Manfred Weber. Leider sind politische „Wetterfahnen“ wie er nicht das einzige Ärgernis im Brüsseler Getriebe. Da wurde doch, man fasst es nicht, die Tschechin Vera Jourova für die neue EU-Kommission als Kommissarin für „Werte und Transparenz“ nominiert.

Käme sie zum Zuge, und davon ist auszugehen, wäre die Vertreterin eines Staates für das Wertefundament und die Offenheit innerhalb der EU zuständig, der durch seine Intransigenz gegenüber den Sudetendeutschen und dem sturen Festhalten an den berüchtigten Festschreiben – laut dem ehemaligen Staatspräsidenten Vaclav Havel sind sie ein unauflösbarer Teil der tschechischen Rechtsordnung – genau diese Werte mit Füßen tritt.

Dekrete, daran muss stetig erinnert werden, die als Grundlage für Entrechtung, Enteignung, Lagerhaft, Verpflichtung zur Zwangsarbeit (teilweise ab dem zehnten Lebensjahr) und brutale Vertreibung von über drei Millionen Sudetendeutschen sowie die Straffreistellung für alle an ihnen begangenen Verbrechen gelten. Nach der Zentralstelle des kirchlichen Suchdienstes sind nahezu 300 000 sudetendeutsche Vertreibungstote zu beklagen.

Mit der tschechischen EU-Kommissarin wird der Bock zum Gärtner gemacht. Sollte hinter der Nominierung, anders ist der Vorgang kaum zu erklären, vielleicht eine Portion Ironie stecken? Wobei ein solch subtiles Verhalten, nämlich feiner Spott, bei dem man das Gegenteil dessen kundtut, was gemeint ist, den Brüsseler Herrschaften eigentlich nicht zuzutrauen ist. Wie dem auch sei, wer den europäischen Gedanken wirklich ernst nimmt, kann vor dem Hintergrund einer so grotesken Personalentscheidung den Briten zu ihrer Abkehr von der EU nur einmal mehr gratulieren.

Dr. Walter Kreul, Germering

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Rudolf Steiner gehört rehabilitiert

Zu: Rudolf Steiners und Emil Molts gemeinsames Baby (Nr. 36)

Durch die Kunst des Weglassens und das Heranziehen von aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten entwirft der Autor ein sehr verzerrtes Bild über den Begründer der Waldorfpädagogik, Rudolf Steiner, der zwar „mit Ach und Krach den Dokortitel erlangt hatte“, der aber bereits vor seiner Dissertation zwei Bücher über Goethes Erkenntnistheorie und danach fünf philosophische Bücher geschrieben hat, die ich wegen der gebotenen Kürze hier nicht anführen kann.

Probleme gab es, für die Dissertation „Die Grundfrage der Erkenntnistheorie mit besonderer Rücksicht auf Fichtes Wissenschaftslehre“ einen Doktorvater zu finden. Steiners „nachfolgende Tätigkeit als Philologe“ war nicht nachfolgend, sondern zum größ-

ten Teil vorausgehend, und es war nicht irgendeine philologische Tätigkeit, sondern es handelte sich immerhin um die Herausgabe von Goethes naturwissenschaftlichen Schriften, mit der er bereits im Alter von 23 Jahren betraut wurde.

Die in dem Artikel darauffolgende Beschreibung von Steiners Weltanschauung ist ein zusammengewürhtes Sammelsurium von Durcheinander, über das jeder Leser nur den Kopf schütteln und sich fragen wird, wie ein Mensch nur solchen Unsinn von sich geben kann. Dazu dann ein sarkastisches Zitat von Tucholsky. So macht man jemanden fertig, der es wagt, von der Wahrnehmung übersinnlicher Welten zu sprechen, obwohl inzwischen Tausende von Büchern zu dem Thema erschienen sind und ständig neu erscheinen, darunter natürlich viel Kitsch, aber auch etliches

Hochkarätige, das man nicht so abtun kann.

Der „Siegesszug der Waldorfschulen“ ändert sicherlich „nichts daran, dass renommierte Erziehungswissenschaftler den pädagogischen Konzepten der Waldorfschulen, die auf Steiners Anthroposophie basieren, höchst kritisch gegenüberstehen“, denn er beruht auf dem Urteil der Eltern und nicht dem Urteil der Erziehungswissenschaftler wie der genannte Heiner Ullrich, dem es wohl an den Waldorfschulen nicht mechanisch genug zugeht.

Schlimm, dass die Kinder möglichst ohne Lehrbuch unterrichtet werden sollen, denn dann kann man den Lehrern ja nicht mehr vorgeben, was sie zu sagen haben, sodass sie sich den Stoff selbst erarbeiten müssen. Wo führt denn so etwas hin? Wo bleibt denn da die Kontrolle?

Uwe Todt, Westensee

Es kommt uns teuer zu stehen

Zu: Guter Trick (Nr. 42)

Die Zukunft nachfolgender Generationen wird nicht durch den Klimawandel vernichtet. Nein, es sind die horrenden Flüchtlingskosten. Die Universität Leipzig hat in einer Studie festgestellt, dass ein Asylbewerber nur für die Kommune im Durchschnitt 12 900 Euro pro Jahr kostet.

Wir hatten per 31.12.2018 knapp 1,8 Millionen Asylbewerber im Land. Darunter 41 211 unbegleitete Minderjährige, die pro Person den Staat jedes Jahr etwa 100 000 Euro kosten. Dazu kommen fast 350 000 Ausländer, die weder einen Aufenthaltstitel noch eine Duldung haben und 261 000 Ausländer, die einen Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt haben. Insgesamt kommt man auf fast 2,5 Millionen Personen, die uns 35 Milliarden Euro im Jahr kosten. Dazu kommen sieben

Milliarden Euro für Fluchtursachenbekämpfung, zirka drei Milliarden für Sprach- und Integrationskurse, eine Milliarde für Kindergeld, je drei Milliarden für Kita- und Schulkosten sowie 40 Milliarden für Wohnungsneubaukosten für 686 600 wohnsitzlos anerkannte Asylbewerber.

Die Robert-Bosch-Stiftung setzt für Infrastrukturkosten je Einwohner 12 000 Euro an, das wären dann 21 Milliarden Euro pro Jahr. Für die Bundespolizei sind 24 000 neue Stellen genehmigt, was fast Milliarde Euro kostet. Das BAMF, das ausschließlich für Zuwanderer arbeitet, hat fast 7 000 Mitarbeiter, die 450 Millionen Personalkosten verursachen. Von den 27 Millionen Euro allein für Dolmetscherkosten für fünf-stündige Anhörungsgespräche einmal ganz abgesehen. Soll ich weitermachen? Helmut Büber, Winterbach



Als Pressburg noch nicht Bratislava hieß und Agram noch nicht Zagreb war: Historische Karte Ungarns mit den deutschen Ortsbezeichnungen

Bild: imago/imagebroker

Vermisste ungarische Orte

Zu: „Österreich ist das, was übrig bleibt“ (Nr. 36)

Über den Artikel mit dem Aufzeigen der territorialen Veränderungen in Deutschland und Österreich infolge der Pariser Verträge vor 100 Jahren habe ich mich gefreut. Konnte ich doch so mein schulisches Geschichtswissen über die schicksalhaften Folgen der (Schand?)-Verträge von 1919 auffrischen. Dass die Österreicher 1918 den Staatsnamen „Deutsch-Österreich“ für ihr geschrumpftes Staatsgebiet ausgewählt hatten, war mir allerdings nicht mehr bewusst oder hatte ich im Geschichtsunterricht nicht gehört. Insofern mein Dank für das Schließen dieser Wissenslücke.

Die Abbildung der Karte „Das Ende Österreich-Ungarns“ hat allerdings nicht mein völliges Wohl-

wollen gefunden. Ich habe die deutschsprachigen Ortsbezeichnungen für die aufgeführten Orte durchgängig vermisst. Neben Pressburg für Bratislava hätte ich mir die Namen Ödenburg für Sopron (im Text wird Ödenburg erwähnt), Agram für Zagreb und Segedin für Szeged gewünscht. Und die orthografisch richtige Schreibweise für Timisoara ist in der deutschen Sprache Temeswar.

Gerade konservative Medien wie die PAZ sollten das deutsche Erbe auch in der Geografie aufrechterhalten. Wer weiß schon, wie lange wir uns noch dem massiven arabisch-moslemischen Kultureinfluss und dem Diktat der PC mit dem bewussten Verschweigen der deutschen Ortsbezeichnungen (Nazi!) entziehen können.

Karl Krugmann, Erfurt

Die Deutschen dürfen zahlen, werden dafür aber nicht geachtet

Zu: Deutsches Geld fließt in die Welt (Nr. 36)

Das ist ein super Beitrag über das Versagen unseres Systems. Kaum jemand in der Bundesrepublik weiß, dass so viel Geld (37 Milliarden) an irgendwelche Organisationen fließt. Das ist völliger Irrsinn. Hinzu kommen Zahlungen in Deutschland an Organisationen wie Nichtregierungsorganisationen, die Antifa oder die

Deutsche Umwelthilfe. Kein Minister ist offensichtlich in der Lage, seinen Mitarbeitern den Auftrag zu geben, diesen Sumpf auszumisten und Vorschläge zu unterbreiten, was gestrichen werden muss. Glauben Sie mir: Die Deutschen werden aufgrund des Geldflusses nicht besser oder mehr geachtet. Sie sollen zahlen, und das war es.

Zu verdanken haben wir das auch der völlig verfehlten Auslands politik von Merkel. Leider

hat diese Frau nie begriffen, dass, wenn sie als mächtigste Frau der Welt bezeichnet wird, dies nur eine Schmeichelei ist und sie in eine Position bringt, die auch eine Erwartungshaltung produziert. Ihre Reisen in diverse europäische Länder, um denen die richtige Sparweise beizubringen, stößt in den betroffenen Ländern nicht auf Gegenliebe. Merkel hat nie begriffen, dass sie von anderen geschickt wurde. So auch der

Ausspruch: „Deutschland, der Wirtschaftsmotor Europas“. Das ist auch nur eine geschickte Aussage der EU, nur um die Deutschen zum Zahlen zu zwingen.

Wir sollten uns vor derartigen Superlativen hüten und dafür eine aufrechte und selbstbewusste Bescheidenheit praktizieren wie die Skandinavier oder Holländer. Die Streichung diverser Gelder weltweit und in Deutschland gehört dazu. Stattdessen sprechen

unsere Politiker endlos über die Abschaffung des Soli. Deutschland braucht einen rigorosen Politikwechsel. Alexander Schnell, Steinau

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Anzeige

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Die Klima-Hysterie:

der direkte Weg in die sozialistische Ökodiktatur

■ »Hilfe, die Deutschen sind (wieder einmal) verrückt geworden«, schrieb die österreichische Presse. Und tatsächlich ist der Irrsinn der Ökoapokalyptiker kaum noch zu überbieten. Grüner Wahrheitsanspruch, Welterlösungsphantasien, Verbote und Ächtungen im Namen des »Klimas« spalten unsere Gesellschaft wie selten zuvor.

Bestsellerautor Michael Grandt beleuchtet die fatalen Folgen und die wahren Hintergründe des Klimawahns. Was er zum Vorschein bringt, widerspricht den offiziellen Darstellungen fundamental und sollte uns alle nachdenklich machen!

Lesen Sie hier, was die Massenmedien Ihnen verschweigen!

Wussten Sie zum Beispiel, dass:

- die Behauptung, »97 Prozent der Wissenschaftler bestätigen den menschengemachten Klimawandel«, eine dreiste Lüge ist?
- der UN-Klimarat auf eine geradezu abenteuerliche Art und Weise trickst, manipuliert und die Öffentlichkeit belügt?
- Greta Thunberg und »Fridays for Future« von skrupellosen NGOs und Geschäftemachern dirigiert und finanziert werden?
- die Klimahysterie für Konzerne, Banken und Privatinvestoren ein profitables Milliardengeschäft mit gesicherter Zukunft ist?
- der Ökosozialismus staatliche Verbote, Gängelungen

und Enteignungen zum Nachteil der Bürger mit sich bringen würde?

- der Klima-Irrsinn uns sehr viel mehr Geld kosten wird, als offiziell bekannt ist?
- Professoren bereits heute die Todesstrafe für »Klimaleugner« und eine Art »Öko-Stasi« fordern?

Die Motive der »Klimaaktivisten« klingen philanthropisch und edel. Viele motivierte Davids engagieren sich gegen übermächtige und böse Goliaths, um die Welt zu verbessern. Doch die Wirklichkeit sieht ganz anders aus.

Grandt sezziert schonungslos das Geflecht von Unternehmen, Stiftungen, NGOs und Parteien, die tatsächlich hinter der Klimahysterie stecken. Anhand zahlreicher Beispiele belegt er, wie skrupellos die Öffentlichkeit in Sachen »Klima« belogen und getäuscht wird – und welche heimlichen Ziele die Apokalyptiker in Wahrheit verfolgen.

Was die Enthüllungen von Michael Grandt so brisant macht: Die Ergebnisse seiner Recherchen sind anhand von mehr als 1300 Quellenangaben für jedermann im Detail nachprüfbar!

Michael Grandt: Kommt die Klima-Diktatur?
gebunden • 384 Seiten • Best.-Nr. 978 000 • 22,99 €

Charme einer alten Diva

Vor 500 Jahren wurde Havanna gegründet – Kubas Hauptstadt hat zum Jubiläum den Staub der Revolution abgeschüttelt

„Havanna, sollten meine Augen dich jemals verlassen, / sollte mich das Leben in eine entfernte Ecke der Erde verbannen, / so schwör ich dir, ich werde sterben vor Heimweh und dem unstillbaren Wunsch nach deinen Straßen, deinen Vierteln.“

Dies ist eine Strophe des wohl bekanntesten Liedes des kubanischen Sängers Gerardo Alfonso über Havanna. Jeder, der einmal die Stadt besucht hat, kann ihn verstehen und ihm nachfühlen.

Die Geschichte und die Entstehung der Stadt beginnt am Pavillon „El Templeto“.

Hier am Hafengebiet soll angeblich im November 1519, also vor 500 Jahren, die Stadt Havanna gegründet worden sein. Vor dem Pavillon steht der bekannte Kapokbaum. Touristen umrunden diesen Baum täglich, werfen kleine Münzen auf den Boden, und wenn sie in Gedanken einen Wunsch äußern, soll dieser – der Sage nach – in Erfüllung gehen.

Auch die Einheimischen frönen diesem Ritual. Allerdings am Vorabend des 16. November, denn dieser Tag zählt seit dem 18. Jahrhundert als Gründungstag. In früheren Zeiten umrundeten sie den Baum dreimal, baten um Erfüllung dreier Wünsche und warfen Münzen über die linke Schulter. Anschließend gingen sie zur Kirche, klopfen dreimal an die Tür, traten ein und betrachteten das Bild des Heiligen Christopherus.

Im Inneren des Pavillons kann man drei Gemälde bewundern. Eines davon zeigt die erste Messe, die in Havanna gehalten wurde, ebenso die erste Stadtratsversammlung. Neben dem Tempel steht eine Säule, die zu Ehren der Stadtgründer errichtet wurde.

1592 erhielt Havanna die Stadtrechte und wurde im Jahre 1607 zur Hauptstadt Kubas erklärt, was der damaligen Hauptstadt Santiago de Cuba gar nicht gefiel. Außer den Spaniern versuchten auch die Holländer und Engländer die Stadt einzunehmen. Die Stadt wird oft verglichen mit einem vermarmten Aristokraten, einer edlen Gestalt in abgetragenen Kleidern. Sie ist mit über zwei Millionen



Wie in vorrevolutionären Zeiten: Corso von Oldtimer-Limousinen in der Altstadt von Havanna

Bild: Neusius

Einwohnern die größte Metropole in der Karibik, und die historische Altstadt ist anerkannt als Weltkulturerbe der UNESCO.

Seit mehr als 20 Jahren kümmert sich der Stadthistoriker mit deutschen Wurzeln, Eusebio Leal Spengler, um deren Restaurierung. Er ist einer der zehn mächtigsten Männer in Kuba und gehört zu der oberen Führungsriege. Sein Büro, ein altes Palais, ist die Zentrale, in der an dem Mammutprojekt der Renovierung der Altstadt gearbeitet wird.

Fast 1000 Gebäude sind als „historisch“ eingestuft. In der Altstadt selbst stehen fast 4000 Gebäude. Mit einem Startkapital von einer Million US-Dollar begann er – als Leiter des Stadtbüros des Stadthistorikers – mit den kolossalen Renovierungsarbeiten. Er gründete „Habaguanex“, eine Aktiengesellschaft, die den Zerfall Havannas aufhalten sollte. Diese

AG besteht aus unzähligen Firmen, in denen die Touristen mit ihren Devisen einkaufen. Das Geniale daran: Die Verkäufer und auch teilweise die Waren werden in kubanischen Pesos bezahlt. Und so macht „Habaguanex“ – übrigens der Name eines Ureinwohners, der sich den Spaniern entgegenstellte – riesige Gewinne.

Mit diesem Geld wird nicht nur vieles im sozialen Bereich getan, sondern hauptsächlich die Altstadt renoviert. Dies war auch dringend notwendig, denn die Stadt war dem Verfall preisgegeben. Einige hundert Millionen Dollar sind es bis jetzt dank des boomenden Tourismus geworden.

Mit diesem Geld wurden bisher rund 20 Projekte abgeschlossen, darunter ist das bekannte Marti Theater, das rund 37 Jahre geschlossen war. Auch Sloppy Joe's Bar, bekannt durch Graham Greenes Spionageroman „Unser

Mann in Havanna“, wurde vollständig renoviert und ist seit wenigen Jahren wieder geöffnet. Eine Bar, die in jeder Großstadt dieser Welt stehen könnte.

Die Plaza Vieja – der alte Platz – strahlt in vollem Glanze. Eine absolute Meisterleistung, die hier vollbracht wurde. Erwähnenswert scheint, dass die Anwohner während der Bauphase umgesiedelt wurden. Sie konnten aber nach den Restaurierungen ihre Wohnungen wieder kostenlos beziehen. Die Vieja ist einer der schönsten Plätze in Havanna. Auch die ehemaligen Holz- und Tabakwarenhallen am Hafen, in denen nun eine Brauerei beherbergt ist, sind eine Augenweide. Das Kreuzfahrtterminal sowie die Kaimauer San Francisco sollen noch erneuert werden. Wie dies alles einmal aussehen soll, kann man an Schautafeln auf der Plaza San Francisco sehen.

Seit vier Jahren ist die Renovierung des am Kapitol gelegenen Nationaltheaters abgeschlossen. Dieses große Theater von Havanna beherbergt das einflussreiche kubanische Nationalballett. Direkt daneben befindet sich das mit der Sanierung seit 2018 fertiggestellte Kapitol, in dem bis zum Revolutionsjahr 1959 das Parlament tagte. Auch das Revolutionsmuseum erstrahlt rechtzeitig zum Jubiläum in neuem Glanz. Vor allem durch den boomenden Kreuzfahrttourismus konnten die notwendigen Investitionsgelder gesammelt werden.

Ein Wahrzeichen der Stadt ist die Wetterfahne auf der Turmspitze des Castillo de la real Fuerza die Giraldilla, bei der es sich angeblich um eine spanische Edelfrau handelt. Die gleiche Skulptur kann man auf einem Turm in der spanischen Stadt Sevilla sehen.

Eines der bedeutendsten Bauwerke ist wohl die Festung Castillo de los Tres Reyes del Morro. Mehr als 40 Jahre dauerte die Fertigstellung. Auch das Kapitol ist eines der schönsten Bauwerke Havannas. Hier beginnt der Kilometer Null des kubanischen Straßennetzes.

Die gesamte Altstadt ist ein großes Freilichtmuseum für Architekturliebhaber. Begeistert ist man heute noch über die faszinierenden Innenhöfe, die jetzt wie damals der Mittelpunkt des Lebens waren.

Auch die Bronzeskulpturen in der Altstadt sind sehenswert. Allen voran die des als Caballero de Paris bekannt gewordenen Vagabunden José Maria López Lledín an der am Kreuzfahrthafen gelegenen Plaza San Francisco de Asis. Jeder Fremdenführer erzählt, dass die Berührung des Bartes Glück bringe, und daher ist die Bronzeschicht des Bartes doch schon sehr abgenutzt. López war psychisch erkrankt und soll die Stadt niemals verlassen haben. Die Gebeine des ständig schwarz gekleideten Mannes wurden in der Krypta des Klosters San Francisco de Asis beigesetzt.

Schräg gegenüber sitzt auf einer Bank der polnische Komponist und Pianist Frédéric Chopin. Viele setzen sich dazu und lassen sich mit der Bronzefigur ablichten. Der Mutter Teresa wurde auf der Rückseite des Klosters ein Denkmal in Form einer Bronzestatur gesetzt. Nicht weit davon, an der Plaza de la Catedral, steht eine Bronzestatur des spanischen Flamencotänzers Antonio Gades, der in Kuba bestattet ist.

Das tropische Klima und das US-Embargo gegen Kuba machen Havanna stark zu schaffen. Die Altstadt mit ihren salpeterzerfressenen Barockfassaden und den vielen bunten Oldtimern, die als Dreckschleudern durch die Gasen knattern, bröckelt daher weiter. Vieles wurde bereits renoviert, vieles bleibt aber noch zu tun oder, wie Eusebio Leal sagt: „Wenn wir sehen, was wir schon geschaffen haben, sehen wir erst, was wir noch tun müssen.“

Armin Neusius

Zu Besuch bei Kim

Für Oktober 2020 geplant: Spaziergang von Nord- nach Südkorea

Der US-Präsident Donald Trump hat es im Juni vorgemacht. Beim seinem Treffen mit Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un überschritt er die innerkoreanische Grenze. Diesem Vorbild können nun auch Touristen aus Deutschland folgen. Im Rahmen eines „Korea Projekts“ plant der Kieler Studienreisen-Veranstalter Gebeco, kommandes Jahr am 30. Jahrestag der deutschen Vereinigung mit einer Reisegruppe die Grenze zwischen Nord- und Südkorea auf dem Landweg zu überqueren.

„Mit diesem historischen Ereignis wollen wir am 3. Oktober 2020 zusammen mit unseren Reisenden und unseren koreanischen Gastgebern den Traum einer friedlichen Wiedervereinigung mit Leben füllen“, kündigt Gebeco-Chef Ury Steinweg an. Die Grenzüberschreitung ist ein symbolischer Akt, der Hoffnung vermitteln soll. Denn was für Deutsche der Vergangenheit angehört, die Teilung durch eine streng bewachte Grenze, ist für Koreaner gegenwärtige Realität, die überwunden werden kann.

Seit dem Ende des Koreakriegs 1953 gilt Nordkorea als das abge-



Ziel der Reise: Südkorea mit dem Seoraksan-Nationalpark

schottetste Land der Welt. Dabei beeindruckt es durch touristisch nahezu unberührte Landschaften, die Reisegruppen von Gebeco bereits seit diesem September erkunden dürfen. Auch in Kombination mit Südkorea können Kunden das Land erleben.

Was viele Deutsche bewegt, eine Reise nach Nordkorea zu buchen, ist das Bedürfnis, mit eigenen Augen zu sehen, wie es vor Ort im diktatorischen System tatsächlich zugeht, soweit man sich frei bewegen kann. Außerdem wollen viele Reisende verstehen, wie die jahrelange politische

und wirtschaftliche Blockade sowohl Nord- als auch Südkorea geprägt hat.

Die Reisegruppe wird dabei von einer ortskundigen Reiseleitung begleitet, die über Verhaltensregeln und Verbote aufklärt. So wird sichergestellt, dass jeder das Land wieder über die Grenze verlassen kann. Sollte sich das politische Klima ändern und eine Grenzüberschreitung auf dem Landweg nicht möglich sein, erfolgt die Ausreise per Flugzeug über China. Die Reise ist ab sofort im Reisebüro und im Internet über www.gebeco.de buchbar. H. Tews

Mit 60 über die Piste

Skifreuden für Senioren am Hochkönig

Skifahren kann unabhängig vom Alter Spaß machen. Warum als Senior damit aufhören, wenn man sich noch richtig fit fühlt? Wo man sich im betagten Alter darüber hinaus wohlfühlen kann, ist die Region Hochkönig auf der österreichischen Seite der Berchtesgader Alpen. Wer hier im richtigen Alter ist, kann günstiger Skifahren, die neuesten Skimodelle testen, Tourenbegleiter buchen und sich in bestimmten Hotels verwöhnen lassen.

So bietet zum Beispiel das Hotel Niederreiter, das im Herzen des Ortes Maria Alm in Salzburger Land liegt, sogenannte „Sixty Plus Packages“ an, also Pauschalpa-

kete inklusive Skipässe für alle Gäste, die 60 oder älter sind. In den Genuss dieses Angebots kommt man bei einer Buchung von sieben Übernachtungen zwischen dem 1. und 23. Dezember (ab 686 Euro). Da das Skigebiet direkt vor der Hoteltür liegt, sind kurze Wege garantiert. An einem Tag kann man an einer „Skisafari“ teilnehmen und so auch andere Regionen der Salzburger Bergwelt entdecken, ehe man es sich im Erholungsbereich des Hotels gemütlich machen kann. H. Tews

Adresse: Oberdorf 6, A-5761 Maria Alm, Telefon: 0043-6584-7754, www.niederreiter.com



Ideal für Gäste ab 60 Jahren: Hotel Gasthof Niederreiter

Mit dem Pollo durch Prignitz

Die Weite der Prignitz können Bahnfans bis zum 3. November durch die Fenster der über 100 Jahre alten ehemaligen Ost- und Westprignitzer Kreiskleinbahn Pollo genießen. Dank des Kleinbahnmuseums Lindenberg fährt Pollo seit 2002 wieder zwischen Lindenberg und Mesendorf. Höhepunkt der Sonderfahrten ist die Fackelfahrt am 2. November um 18 Uhr ab Mesendorf, ab Brünkendorf gut vier Kilometer mit Fackeln durch den Wald nach Lindenberg, dort Imbiss am Lagerfeuer, anschließend mit dem Pollo wieder zurück nach Mesendorf, Ankunft gegen 22 Uhr. Am 1. und 3. November fährt der Pollo um 10, 12.30 und 15 Uhr ab Mesendorf und um 11.30, 14 und 16.30 Uhr ab Lindenberg. Die Fackelfahrt inklusive Imbiss und Getränk kostet für Erwachsene 15 Euro, für Kinder bis zwölf Jahren acht Euro. Über 100 Kilometer reichte einst das Streckennetz des Pollo. Den Namen verdankt die Schmalspurbahn dem Hund des Dannenwalder Försters, der jeden Zug mit lautem Gebell begrüßte und von seinem Herrn zur Ruhe gerufen wurde. H. Schnehagen

Internet: www.dieprignitz.de und www.pollo.de

Identitätsstiftende Fundamente erhalten

Im Schatten Europas. Ostdeutsche Kultur zwischen Duldung und Vergessen“ lautet der Titel eines Sammelbands mit Artikeln und Essays von Klaus Weigelt, dem Präsidenten der Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa (OKR, bis 2008 Stiftung Ostdeutscher Kulturrat). Der 1941 in Königsberg geborene evangelische Theologe und Wirtschaftswissenschaftler war für die Konrad-Adenauer-Stiftung tätig und ist seit 1983 Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg.

Die Stiftung versteht sich als Vermittler und Bewahrer des ostdeutschen Kulturerbes mit einem Blick nicht nur in die Vergangenheit, sondern auch auf die Gegenwart und die Zukunft Deutschlands und Europas. Die bisherige projektbezogene Förderung galt der grenzüberschreitenden Kulturarbeit in Richtung Ost- und Südosteuropa. Ein weiterer Aufgabenbereich ist die Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarländern Deutschlands. Durch die „Konzeption 2000“ wurde die Stiftung von den institutionellen Förderungen des Bundes ausgeschlossen. Derzeit ruht die Projektarbeit.

Die in diesem Band zusammengefassten Essays und Artikel wurden aus insgesamt 80 Aufsätzen ausgewählt, die Weigelt innerhalb

der letzten acht Jahre in der „Kulturpolitischen Korrespondenz“ (KK) veröffentlicht hat. Seit April dieses Jahres wird die monatlich erscheinende Publikation der Stiftung vom „Deutschen Kulturforum östliches Europa“ in Potsdam unter dem Titel „Kulturkorrespondenz östliches Europa“ fortgeführt. Die Texte sind den Rubriken „Geschichte und Kultur“, „Europäische Fragen“, „Im Dienste der Menschheit“, „Königsberger Perspektiven“ und „Europäisches Judentum“ zugeordnet. Es sind im Wesentlichen Betrachtungen über die historischen Fundamente der deutschen Kultur, die Digitalisierung und die zunehmend gespaltene Gesellschaft, verweist der Autor auf die Notwendigkeit, die identitätsstiftenden Fundamente zu erhalten, auf denen Deutschland und Europa stehen. Mehrfach wird der Vorwurf der Geschichtsvergessenheit staatlicher Kulturpolitik „aus purer Ignoranz“ erhoben. So fänden

sich beispielsweise in dem 2018 erschienenen Buch „Wachgeküsst. 20 Jahre neue Kulturpolitik des Bundes 1998–2018“ kaum Hinweise auf das reiche ostdeutsche Kulturerbe. Stattdessen fallen in dem kompakten Band zwielichtige Bemerkungen über die Bestrebungen – nicht nur der Heimatvertriebenen – nach der Bewahrung dieses ideellen Erbes, so Weigelt. In den Ländern Osteuropas herrsche demgegenüber längst eine vorurteilsfreie Sicht auf die geschichtlichen Tatsachen. Zugleich grenzt er sich entschieden von jeglichem Fundamentalismus ab („Gegen Fundamentalismus helfen nur Fundamente“). In dem Beitrag „Was du ererbst, erwirb es – sonst verdirbt es“ weist er jegliche Geschichtsklitterung mit einem Zitat aus dem Europäischen Parlament im Zusammenhang mit der Initiative für das Europäische Jahr des Kulturerbes 2018 zurück: „Das kulturelle Erbe Europas bildet das Kernstück des kollektiven

Gedächtnisses und der Identität der Europäer.“ Der Einzige, der den untergegangenen historischen Kulturraum Mittel- und Osteuropas insgesamt betrachtet habe, sei Timothy Snyder in seinem erschütternden Buch „Bloodlands“ von 2001. Der Autor entwirft ferner Vorschläge für ein zukünftiges „Haus der europäischen Geschichte“ in Brüssel. In seinem Nachwort gibt er sich zuversichtlich. Die Zukunft der Stiftung sei gesichert. Er sieht Anzeichen für eine kulturpolitische Wende. Darauf fußt seine Hoffnung auf eine baldige Wiederaufnahme der Kulturförderung gemäß dem Gesetzesauftrag durch Paragraph 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG). Sein Buch könnte einen Beitrag dazu leisten. D.J.



Klaus Weigelt: „Im Schatten Europas. Ostdeutsche Kultur zwischen Duldung und Vergessen“, Westkreuz-Verlag, Berlin/Bonn 2019, gebunden, 140 Seiten, 19,90 Euro

Absurde Unterstellung

Wir Deutsche seien Rassen gewesen, als wir in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ein kleines Kolonialimperium besessen hätten, und wir seien es auch heute noch. Selbst wenn die Bundesrepublik Milliarden an Entwicklungshilfegeldern in die ehemaligen Kolonien des Kaiserreiches pumpe. Das ist die Quintessenz des Buches „Wir Herrenmenschen“

von Bartholomäus Grill.

Nach Ansicht des Afrika-Korrespondenten des „Spiegel“ habe unser Volk „die alten kolonialen Denkmuster“ nie wirklich überwunden und verharre weiterhin in einem „eurozentrischen Überlegenheitsdünkel“. Das resultiere nicht zuletzt daraus, dass die „finsternen Kapitel“ der Kolonialzeit syste-

matisch „verdrängt, bagatellisiert oder gar beschönigt“ würden.

Angesichts der zahllosen Veröffentlichungen und des unlässigen Diskurses über die tatsächlichen oder vermeintlichen kolonialen Verbrechen der Deutschen ist das eine nachgerade absurde Unterstellung. Genau so wenig realitätsnah kommt Grills Behauptung daher, Deutschland sei ein reiches Land und könne den Asylanflutungsstrom aus Afrika locker verkraften, wenn es nur wolle. Wolfgang Kaufmann

Rassisten, auch heute noch?



Bartholomäus Grill: „Wir Herrenmenschen. Unser rassistisches Erbe: Eine Reise in die deutsche Kolonialgeschichte“, Siedler Verlag, München 2019, gebunden, 299 Seiten, 24 Euro

Lebensweisheiten

Scharfsinnige Lebensweisheiten im Doppelpack, geistreich untermalt, bieten die liebevoll gestalteten Büchlein „Es irrt der Mensch, solang er strebt“ und „Ein jeder gibt den Wert sich selbst“. Wolfgang Mahlow hat die schönsten, witzigsten und wahrsten geflügelten Worte aus ausgewählten Werken Goethes und Schillers gesammelt. Während er dabei im erstgenannten Band ausführlich aus Goethes Faust schöpft und die einzelnen Zitate grob nach Kategorien wie „Vom Menschen“, „Von Frauen

Das Schönste von Goethe und Schiller

und Männern“, „Vom Erkennen der Welt“ oder „Vom Tätigsein“ gliedert, kommen im zweiten Figuren aus Schillers Werken „Wilhelm Tell“, „Maria Stuart“ und „Wallenstein“ zu Wort. Wie bei derartigen Werken üblich, finden sich hier alte Bekannte, die inzwischen zu gängigen Sprichworten geworden sind, neben neuen Entdeckungen, deren Bedeutung ohne den Kontext der sie umgeben-

den Stücke noch einmal in ein ganz neues Licht gerückt wird.

Die Zitate teilen sich jeweils eine Doppelseite mit den Illustrationen der Berliner Künstlerin Jutta Mirtschin, die die jeweiligen Aussprüche gewitzt und liebevoll untermalt. Mirtschin gelingt es hierbei nicht nur, die Bedeutung der gesammelten Lebensweisheiten noch klarer herauszustellen, sondern sie fügt ihnen mit ihren Werken oft sogar noch eine zweite, tiefere Bedeutungsebene hinzu oder gibt ihnen eine unerwartete Wendung. So verschafft sie dem gemeinten Leser auch zu altbekannten Aussprüchen einen neuen Zugang.

Derart liebevoll aufbereitet bieten die beiden Geschenkbüchlein Inspiration für alle, die an der sprachlichen Schönheit und Lebensweisheit Goethes und Schillers Freude haben. Wie schon Goethes Wagner weiß: „Ach Gott! Die Kunst ist lang, und kurz ist unser Leben!“

Lydia Marie Wenzel



Johann Wolfgang von Goethe, Wolfgang Mahlow (Hg.): „Es irrt der Mensch, solang er strebt. Lebensweisheiten aus dem Faust. Illustriert von Jutta Mirtschin“, Steffen Verlag, Berlin 2019, gebunden, 60 Seiten, 9,95 Euro



Friedrich Schiller, Wolfgang Mahlow (Hg.): „Ein jeder gibt den Wert sich selbst. Lebensweisheiten aus Wilhelm Tell, Maria Stuart und Wallenstein. Illustriert von Jutta Mirtschin“, Steffen Verlag, Berlin 2019, gebunden, 60 Seiten, 9,95 Euro

Orte des Schreckens dem Vergessen entrissen

Das sowjetische System von Zwangsarbeit und Arbeitslagern ist als „Gulag“ weltweit bekannt und berüchtigt. In seiner Grausamkeit, in seinen Ausmaßen und menschenverachtender Zielsetzung übersteigt es letztlich alle Vorstellungskraft, auch im heutigen Russland, in dem einerseits Museen und Mahnmale die Erinnerung wachhalten sollen, andererseits der Terror verdrängt oder schönegedet wird. Das ist, so sagt es die russisch-amerikanische Journalistin Masha Gessen, in Putins Russland Merkmal der heutigen Gesellschaftsschreibung: „Es sagt letztendlich, dass das halt einfach passiert ist, aber egal.“

Die in Moskau geborene Masha Gessen ist 1981 in die USA emigriert. Russland ist aber ihr großes Thema geblieben; in mehreren, penibel recherchierten Büchern hat sie die Verfolgung oppositioneller Gruppen in der Putin-Ära thematisiert. Ebenso hat sie die Verharmlosung von Stalins Terror-

system angeprangert. Für ihr Engagement erhielt sie in diesem Frühjahr den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung.

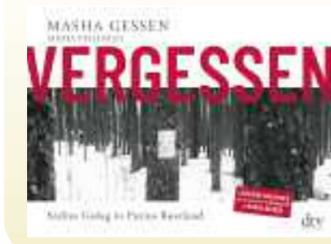
Wie aktuell das Gulag-System für viele Menschen immer noch ist, zeigt ihr Buch „Vergessen“, in dem Eindrücke von mehreren Orten des Schreckens – von den Todeslagern Kareliens über solche im Ural bis nach Kolyma im Fernen Osten – dem Leser eine beinahe traumatische Zeitreise ermöglichen. An Einzelschicksalen zeigt sie, wie heute der Gulag wieder mehr und mehr tabuisiert wird. Die Menschenrechtsgruppe „Memorial“, die unter Gorbatschow und Jelzin viel Wissen über den Gulag beigetragen hat, wird von staatlicher Seite zunehmend isoliert und behindert. Die Autorin bringt bedrückende Beispiele, wie Menschen noch heute nach früheren Angehörigen, die im Gulag waren und dort verendet sind, suchen.

Den größten Eindruck bei diesem Buch machen aber die

Schwarz-Weiß-Bilder des russischen Fotografen Misha Friedman. Er hat in den hier vorkommenden Orten fotografiert. Es sind Aufnahmen von verlassenem Lager, von ihren Räumen und Absperrungen, Aufnahmen von einsamen, menschenfeindlichen Landschaften (Kolyma), Ruinenstädte, verrottete einstige Devotionalien, kaum einmal Menschen. Die Unmenschlichkeit des Systems ist hier geradezu mit Händen zu greifen.

Der Untertitelbestandteil des Buches „Putins Russland“ zeigt, worauf die Anklagen zielen. Ihnen kann man, zumal hier im Westen die Härten des russischen Alltags gar nicht erlebt werden, nicht wider-

sprechen. Aber ist nun alles hoffnungslos? Als es noch keinen polnischen Staat gab, sang man dort unter der Fremdherrschaft jahrzehntelang „Noch ist Polen nicht verloren.“ Das möchte man auch für Russland gelten lassen. Gerade jene oppositionellen Gruppen, für die sich Gessen so vehement einsetzt, sind es doch, die in den vergangenen Monaten immer wieder gegen staatliche Repressionen aufgestanden sind und mutig demonstriert haben. Sie halten die Hoffnung wach, dass das Land nicht in einer Despotie versinkt. Dirk Klose



Masha Gessen: „Vergessen. Stalins Gulag in Putins Russland. Mit Fotos von Misha Friedman“, dtv Verlag, München 2019, gebunden, 160 Seiten, 25 Euro

Auch nach 60 Jahren noch aktuell

Im kleinen Dorf Sutton in einem fiktiven Bundesstaat im Süden der USA, der irgendwo zwischen Mississippi und Alabama liegt, spielen sich dramatische Veränderungen ab. Tucker Caliban, ein Afroamerikaner, der es gerade geschafft hatte, sich von seinem früheren Chef ein Stück Land zu erkaufen, um dort mit seiner Familie eine Farm aufzubauen, bestellt sich einen ganzen Lastwagen voll Salz. Während die weißen Bewohner des Dorfes noch darüber staunen, was er damit wohl wollen könnte, und sich zu seinem Land aufmachen, um es herauszufinden, beginnt Tucker, jeden Quadratmeter seines Grundbesitzes mit eben jenem Salz zu bestreuen, „als wäre jetzt Frühling und er würde früh anfangen mit der Aussaat, damit er sich keine Sorgen machen muss, dass er die ersten guten Tage verpasst“. Als er damit fertig ist, schlachtet er seine Kuh und sein Pferd, zerschlägt seine Standuhr,

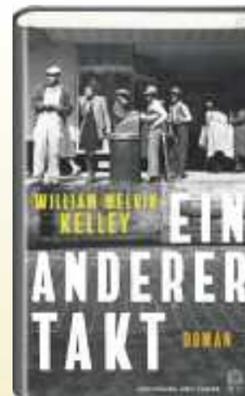
vermutlich das einzige Erbstück von Wert, das er besitzt, zündet sein Haus an und macht sich Richtung Norden auf. Und sämtliche anderen Schwarzen im Ort und im gesamten Bundesstaat folgen ihm. Die Weißen betrachten dieses stille Spektakel zugleich fasziniert und entsetzt. Tatenlos sehen sie zu und fragen sich nach dem Grund für diesen plötzlichen Exodus.

Ausschließlich diese Weißen lässt Kelley in „Ein anderer Takt“ in Form einer Sammlung von Erinnerungen und Tagebucheinträgen zu Wort kommen, die einen Schnitt durch die weiße Gesellschaft aufzeigen. Ist Caliban verrückt geworden, war er es schon immer, oder ist es eigentlich sowieso egal für das Leben der zurückbleibenden Weißen? Eine geniale Perspektive eines Afroamerikaners, der sich in die Sichtweise von Weißen hineinversetzt, wie sie über Schwarze nachdenken. So verleiht er dem Werk gleichzeitig Vielstimmigkeit

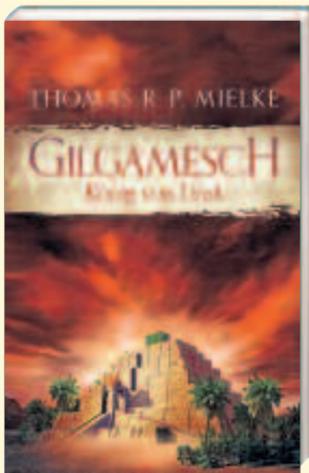
und macht es zu einem alarmierenden Spiegel der Gesellschaft.

Diese Neuauflage, die nun 60 Jahre nach der ursprünglichen Veröffentlichung erscheint, lässt einen zu Unrecht fast vergessenen Klassiker der amerikanischen Literatur wieder aufleben. Ein ausführliches Vorwort setzt den Roman in den Kontext seiner Zeit und von Kelleys Gesamtwerk. Dieses Vorwort gibt dem Roman eigentlich das Gefühl einer Zeitreise. Heutige gesellschaftspolitische Spannungen, Polizeigewalt gegen Schwarze und bis heute existierende Unterschiede auf Feldern wie Bildung, Bezahlung, ärztliche Versorgung und genereller Lebensstandard ma-

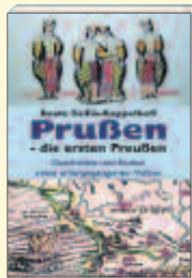
chen deutlich, dass der Rassenkonflikt bis heute nicht gelöst ist. Kelleys Roman liefert somit bis heute einen hochaktuellen, aber gleichzeitig sehr einfühlsamen und reflektierten Zugang zu dieser Problematik und motiviert dazu, sich selbst einmal in die Perspektive anderer hineinzudenken. L.W.



William Melvin Kelley: „Ein anderer Takt“, Hoffmann und Campe Verlag, Originalausgabe New York 1962, deutschsprachige Neuauflage, Hamburg 2019, gebunden, 304 Seiten, 22 Euro



Thomas R. P. Mielke
Gilgamesch
König von Uruk
Rund drei Jahrtausende vor unserer Zeitrechnung lebte Gilgamesch, der berühmteste König der sumerischen Frühzeit, tyrannischer Herrscher von Uruk im Zweistromland von Euphrat und Tigris. Fünf Epen, die erst 1000 Jahre nach Gilgameschs Tod aufgezeichnet wurden, berichten vom Werdegang und den Abenteuern des »alten Helden«, der halb Mensch und halb Gott und von jungfräulicher Geburt war. Das erste Großepos der Weltliteratur erzählt von Gilgameschs Widerstand gegen die Götter, von den Jahren als siegreicher König, vom Kampf gegen Stürme, Seuchen und Eroberer, von den Prüfungen, die Gilgamesch mit seinem Freund, dem Wildmann Enkidu bestehen muss, und dem Frevel an den Bäumen des Heiligen Waldes im Libanon, von der Erfindung der Schrift und der Fünf-Tage-Woche, von Gilgameschs Weigerung, die Heilige Hochzeit mit Inanna, der Stadtgöttin von Uruk, zu vollziehen, seinem Kampf gegen den Himmelsstier als furchtbare Waffe der Götter und von seiner Suche nach Unsterblichkeit in der Unterwelt und im fernen Himalaja. Und von der Sintflut, die später mit Noahs Arche im Alten Testament nacherzählt wird. 640 Seiten
Nr. P 1403 Gebunden 9,95 €



Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen - die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes
395 Seiten/Kartoniert
Nr. P A0544 19,80 €



Oswald Spengler (Gebunden)
Der Untergang des Abendlandes
Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte
1472 Seiten
Nr. P A1141 9,95 €

Spenglers Idee vom Untergang des Abendlandes markiert eine Wende in der Geschichtsphilosophie. Gegen die Vorstellung eines linearen Voranschreitens der Geschichte (Antike, Mittelalter, Neuzeit) setzt er den Gedanken eines zyklischen Werdens und Vergehens. Vor diesem Hintergrund analysiert er alle großen Kulturen und skizziert den Plan einer Weltgeschichte, der auch Voraussagen über die Zukunft gestattet. Spenglers Opus Magnum wurde von Anfang an begeistert und kritisch gelesen und sorgt seit fast 100 Jahren für Kontroversen. Zuletzt bezog sich Samuel P. Huntington in »Kampf der Kulturen« auf Spenglers Werk.



Kalender Masuren, Ermland und Oberland in Farbe 2020
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Masuren, dem Ermland und dem Oberland. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536198 Kalender 14,95 €



Kalender Schlesiens schönste Landschaften in Farbe 2020
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven von wunderschönen schlesischen Landschaften. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536202 Kalender 14,95 €



Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2020
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Ost- und Westpreußen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536199 Kalender 14,95 €



Kalender Schlesien in Farbe 2020
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Schlesien. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536203 Kalender 14,95 €



Christine von Brühl
Anmut im märkischen Sand
Die Frauen der Hohenzollern
464 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1127 15,00 €

Wie kam die Anmut in die Mark? Kaum eine Dynastie hat die Geschichte Preußens so geprägt wie die Familie der Hohenzollern. Unter ihrer Ägide wurde aus dem kargen Landstrich ein prosperierendes Königreich, mit enormer militärischer Schlagkraft einerseits und Toleranz, Bürgernähe, Förderung der Wissenschaft und Künste andererseits. Was an Preußen heute beeindruckt, ist vor allem das kulturelle Erbe, das das Land weit über seine Grenzen hinaus bekannt machte: herrliche Schloss- und Parkanlagen, Theater, Museen oder Universitäten. Christine von Brühl schildert den Einfluss gerade der Frauen der Hohenzollern, die als Zugereiste und Eingehiratete die Impulse und Ideen mitbrachten, die für die kulturelle Weiterentwicklung des Landes erforderlich waren.



Kalender Danzig in Farbe 2020
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven dieser faszinierenden Stadt. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536197 Kalender 14,95 €

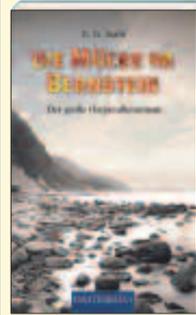


Kalender Pommern in Farbe 2020
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Pommern. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536200 Kalender 14,95 €



Erich Kästner
Die dreizehn Monate
64 Seiten
Gebunden
Nr. P A1226 14,00 €

Die Sammlung besteht aus dreizehn Gedichten von unterschiedlicher Länge und in unterschiedlichem Versmaß. Die ersten zwölf behandeln je einen Monat in der Reihenfolge des Kalenders. In vielen tritt der besungene Monat selbst in personalisierter Form auf. In jedem Gedicht preist Kästner die Schönheit, aber auch die melancholischen Seiten der jeweiligen Jahreszeit. Häufig wird das Thema des unweigerlichen Vergehens der Zeit aufgegriffen. Das Gedicht »Der Januar« beginnt mit der Beschreibung des Jahres als neugeborenes Kind. Durch das ganze Werk zieht sich das Motiv des Alterverdens des Jahres, bis es in »Der Dezember« schließlich alt ist und sich auf den Abschied vorbereitet. Das letzte Gedicht »Der dreizehnte Monat« beschreibt einen fiktiven »Schaltmonat«, der aus dem Besten aus allen anderen Monaten besteht.



E. G. Stahl
Die Mücke im Bernstein
Der große Ostpreußenroman
440 Seiten/Gebunden
Nr. P 533186 16,95 €

Else Stahl lässt die Landschaft Ostpreußens mit ihren dunklen Wäldern, kristallinen Seen, goldgelben Weizenfeldern und schimmernden Küsten zu neuem Leben erwachen und nimmt den Leser mit auf eine Reise durch die Zeit. Vor diesem Hintergrund spielt die jahrhundertlange Geschichte einer Familie. Ein goldschimmernder Bernstein mit einer eingeschlossenen Mücke, der vom Meer an die samländische Küste gespült wurde, wird von Generation zu Generation weitervererbt und ist Zeuge der ineinander verwobenen Lebensgeschichten. Er geht verloren, taucht immer wieder auf, niemand weiß, wie er in diesen Kreislauf geraten ist. Doch dieses Schmuckstück verheißt nichts Gutes. Aus Liebe wird Hass, aus Freude wird Leid, aus Frieden wird Krieg. Jedes Kapitel erzählt die Geschichte einer Generation, die mit der vorherigen auf raffinierte Weise verbunden ist.



Modischer Silberanhänger mit funkelnden Zirkonias an einer 50 cm Silberkette
Ein dekoratives Schmuckstück für Jung und Alt und zu vielen Gelegenheiten.
Nr. P A1375 59,90 €



Joseph von Eichendorff/Hans-Jürgen Gaudeck
Wenn die Bäume lieblich rauschen
Joseph von Eichendorffs romantische Wortkunst zur Deutung von Welt, Natur und Seele stillt bis heute die Sehnsucht nach Idyllen. Die meisterhaften Werke des beliebtesten Dichters begeisterten Komponisten, und bietet Lyrikfreunden generationsübergreifend Lesegenüsse. Der Berliner Aquarellmaler Hans-Jürgen Gaudeck erschuf Aquarelle aus Sprachbildern, die er den Gedichten zur Seite stellte. Eine malerische Liebeserklärung an die Poesie der Worte. 84 Seiten.
Nr. A1397 Gebunden 19,95 €

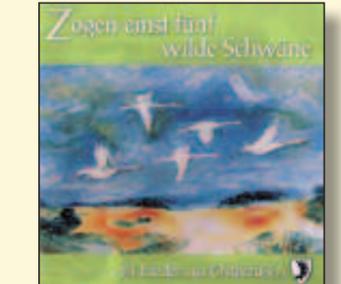


Ernst Wiechert
Wälder und Menschen
Eine Jugend in Ostpreußen
205 Seiten/Gebunden
Nr. P 533165 16,95 €

In eindringlicher und gleichzeitig zeitloser Weise beschreibt der Dichter seine glückliche Kindheit in einem einsam gelegenen Forsthaus mitten in den ausgedehnten Wäldern zwischen verschwiegenen Seen und geheimnisvollen Mooren seiner Heimat Ostpreußen. Erst im Schulalter lernt er die Geschäftigkeit der Stadt kennen. Dort beginnt sein neues Leben, geprägt vom menschlichen Miteinander und Gegeneinander welches er erst erlernen muss. Das alles wird überschattet von seiner Sehnsucht nach der Stille und der Majestät der Wälder seiner Heimat, die er mit ergreifenden Worten zu beschreiben versteht. Mit großer Liebe erzählt Ernst Wiechert und lässt uns an der Wanderung durch die Stätten und Jahre seiner Kindheit und Jugend teilnehmen.



Bernsteinanhänger mit SilberSchlangenkette
Klassischer Naturbersteinanhänger in unregelmäßiger Form mit ca. 3,5 cm Länge an einer SilberSchlangenkette (ca. 50 cm Länge)
Nr. P A1051 79,90 €



Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen. Ännchen von Tharau, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne, Land der dunklen Wälder, Abends treten Elche ..., Freiheit die ich meine u.v.m.
Lauzeit 55 Minuten
Nr. P 5875 CD 12,90 €

Ludwig Reiners (1.136 Seiten)
Der ewige Brunnen
Ein Hausbuch Deutscher Dichtung
Der ewige Brunnen ist die berühmteste Sammlung deutscher Gedichte. Auf über 1.100 Seiten sind mehr als 1.600 Gedichte aus acht Jahrhunderten zusammengestellt. Die Ausgabe wurde von Albert von Schirmding überarbeitet und durch Gedichte aus den letzten fünfzig Jahren erweitert. So ist dieses »Hausbuch deutscher Dichtung« jetzt aktualisiert und auf den neuesten Stand gebracht. Mit seiner Gedichtsammlung »Der ewige Brunnen« - Ein Hausbuch deutscher Dichtung hat Ludwig Reiners vor über fünfzig Jahren ein Werk zusammengestellt, das inzwischen selbst zum Klassiker geworden ist. Für Millionen Leserinnen und Leser wurde dieses Buch zum Ort der Begegnung mit der deutschen Dichtkunst. Es ist ein schier unerschöpfliches Lesebuch und für viele ein Erbauungsbuch. Für jeden Geschmack, für alle Altersstufen ist etwas darin vorhanden. Es finden sich die zum literarischen Kanon zählenden Gedichte ebenso wie unbekanntere und heute fast vergessene. In den Gedichten spiegeln sich die Lebenserfahrungen aus acht Jahrhunderten.
Nr. P A0950 Gebunden 19,95 €



Oliver Lubrich
Alexander von Humboldt
Das große Lesebuch
352 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1185 13,50 €

Der große Naturforscher und Reiseschriftsteller Alexander von Humboldt erlebt seit einigen Jahren eine erstaunliche Renaissance. Wissenschaftlich und literarisch zugleich, lassen uns seine Schriften staunen über den Reichtum der Natur, und sie wecken die Sehnsucht nach einem Verständnis fremder Kulturen. Dieses attraktive Lesebuch, herausgegeben von dem Humboldt-Kenner Oliver Lubrich, bietet eine repräsentative Auswahl aus dem Gesamtwerk, mit ausnahmslos ungekürzten Texten im originalen Wortlaut. Mit Daten zu Leben und Werk, exklusiv verfasst von der Redaktion der Zeitschrift für Literatur TEXT + KRITIK.



Rüdiger Safranski
E.T.A. Hoffmann
Das Leben eines skeptischen Phantasten
542 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1197 12,95 €

Er galt als musikalisches Wunderkind und hatte mit einundzwanzig Jahren bereits zwei umfangreiche Romane in der Schublade liegen: E.T.A. Hoffmann. Der Jurist, Komponist und Dichter brachte es zu den größten Erfolgen und fragte sich, auf dem Höhepunkt seines Ruhmes angekommen, trotzdem, ob das wirklich alles gewesen sein sollte. Der Autor beschränkt sich in seiner Biografie nicht auf Leben und Werk E.T.A. Hoffmanns, sondern er erzählt zugleich von der ganzen Epoche mit ihren literarischen Salons und den politischen Wirren in Preußen. Rüdiger Safranski, geboren 1945, studierte Germanistik, Philosophie, Geschichte und Kunstgeschichte und arbeitete danach als Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Germanistik der Freien Universität Berlin. Seit 1985 ist er als freier Autor tätig.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

MELDUNG

Die Quote für das Museum

London – Eine britische Untersuchung hat in naturkundlichen Sammlungen eine Untergewichtung von Exponaten weiblicher Tiere festgestellt. Für die Studie waren mehrere Millionen Exponate in Naturkundemuseen in London, Paris, Chicago, New York, und Washington D.C. ausgewertet worden. Laut der Untersuchung lag der Anteil weiblicher Exemplare bei Vogelpräparaten beispielsweise nur bei 40 Prozent. Bei einzelnen Vogelarten waren weibliche Exemplare sogar mit einem Anteil von zehn Prozent vertreten. Festgestellt haben die Forscher zudem, dass sich das überproportionale Sammeln männlicher Tierexponate bereits seit 130 Jahren nicht verändert hat. Als Empfehlung geben die Studienautoren den Verantwortlichen in den Naturkundemuseen den Rat, sich der tradierten Stereotype bewusst zu werden und die Tiersammlungen in der Zukunft ausgewogener zu gestalten. Die Studie namens „Sex bias in bird and mammal natural history collections“ wurde am 23. Oktober in dem renommierten Fachblatt „Proceedings of the Royal Society B: Biological Sciences“ veröffentlicht. *N.H.*

ZUR PERSON

Ein VW-Manager für Hannover

Die Hannoveraner können langsam damit anfangen, sich an den Gedanken zu gewöhnen, dass ihre Stadt zukünftig erstmals seit 1946 nicht mehr von einem Oberbürgermeister der SPD regiert wird. Am 10. November haben sie einzig die Wahl zwischen einem parteilosen und einem grünen OB-Kandidaten, der einen Immigrationshintergrund hat.

Bei der Bürgermeisterwahl am 27. Oktober lagen der von der CDU ins Rennen geschickte parteilose Ex-VW-Vorstand **Eckhard Scholz** und der grüne Landtagsabgeordnete **Belit Onay** mit jeweils 32,2 Prozent der Stimmen gleichauf. Letzterer hatte dabei sogar noch 49 Stimmen Vorsprung auf Scholz. Abgeschlagen war der SPD-Kandidat **Marc Hansmann**, der für die Rathausaffäre seiner Partei büßen musste.

Die Bürgermeisterwahlen mussten vorgezogen werden, nachdem die Staatsanwaltschaft gegen den 2013 ins Amt gewählten **Stefan Schostok** ein Ermittlungsverfahren wegen Untreue eingeleitet hatte, weil sich Führungskräfte im Rathaus mit illegale Gehaltszulagen bereichert haben sollen. Seit Ende Mai ist Schostok, der wegen seiner Einführung einer gendgerechten Behördensprache als „Sprachpanser des Jahres 2019“ (die PAZ berichtete) in Erinnerung bleiben wird, in den Ruhestand versetzt.

Nach der Stichwahl am 10. November wird es für Hannover in jedem Fall einen Neuanfang geben. Sollte der Automanager Scholz gewählt werden, muss er von Braunschweig nach Hannover umziehen. Der promovierte Maschinenbauer hat von 2012 bis 2018 das VW-Nutzfahrzeugwerk in Hannovers Stadtteil Stöcken geleitet. Als politischer Quereinsteiger will er zwar die Mobilitätswende in der Stadt einleiten. Ganz autofrei will er die City, wie sie sein grüner Rivale fordert, dann doch nicht haben. *H. Tews*



Vergessene Gattung

Volksfront

Was die Leute bloß treibt, wie Merksels Männer der CDU den letzten Schub geben wollten, und warum es jetzt einfach reicht / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Das allein schon ist ja wohl die Höhe! Da hat also fast jeder vierte Thüringer Wähler einem Mann zum Triumph verholfen, den man laut Gerichtsurteil als „Faschist“ bezeichnen darf. Laut „Spiegel“ hatten die Antragsteller vor Gericht ihren Faschismusvorwurf an Björn Höcke unter anderem durch „Presseberichte über den AfD-Politiker“ untermauert. Die Presse lügt nie.

Es muss uns beängstigen, wie sich unser Land verändert. Gefühlt ist es bloß ein paar Tage her, da musste man den Vorwurf „Faschist“ nur laut genug hinausbrüllen, und der Angeschwärmte war im Handumdrehen erledigt. Plötzlich aber scheint das Gebrüll einen erschreckend großen Teil des Volkes nicht mehr zu kratzen. Hat sich die einst so wirkungsvolle Faschismus-Keule zu Tode getanzt?

Nein, nein, so weit sind wir zum Glück noch nicht, zumindest nicht im Westen der Republik. Im Osten dagegen scheinen sich noch ein paar Leute daran zu erinnern, dass sie einst nicht durch unterschiedliche Wahlergebnisse vom Westen getrennt waren, sondern durch einen Todesstreifen, der den heroischen Titel „Antifaschistischer Schutzwall“ trug.

Der „Faschist“ war in dieser Betrachtung die „BRD“ und alles, was mit ihr zusammenhing wie Rechtsstaat, Demokratie, Freiheit oder Marktwirtschaft. Könnte ja sein, dass sich der eine oder andere östlich der einstigen „Wall“-Linie heute noch sein ganz eigenes Bild macht, wenn mal wieder jemand zum Kampf gegen den „Faschismus“ aufruft.

Dafür fehlt uns natürlich jedes Verständnis, zumal wir ohnehin fast nichts mehr verstehen. Jahrelang haben kluge Köpfe am Objekt „AfD-Wähler“ herumgefingert, um seinen Kern zu ergründen. Abgehängte seien das, Wende-Traumatisierte oder was nicht alles. Auf jeden Fall irgendwie defizitäre Gestalten. Besonders einprägsam erscheint das Prädikat „autoritätshörig“. Einprägsam deshalb, weil es in keiner deutschen Partei so rebellisch und streitlustig zugeht wie in der blauen, deren Basis am liebsten Doppelspitzen wählt, weil man

sich auf keinen Fall einer Führungsfigur unterordnen will. Damit erst gar keine solche Figur entsteht, wählt man eben immer zwei an die Spitze, die sich dann gegenseitig in Schach halten sollen. So also sieht „Autoritätshörigkeit“ im 21. Jahrhundert aus, interessant.

Die CDU ist von diesem Verdacht erfreulicherweise völlig frei. Die Christdemokraten sind in keiner Weise „autoritätshörig“. Sie haben es sich nur zu Füßen einer Überfrau gemütlich gemacht, welche die einst stolze deutsche Christdemokratie mit bestechender Zielstrebigkeit näher und näher an den politischen Absturz heranmanövriert.

Thüringen sollte dem schlingernenden Kahn kurz vor dem Wasserfall offenbar den letzten Schub geben. Merksels Lautsprecher, der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, gaben das Signal zur finalen Beschleunigung, indem sie für Sondierungen mit der Linkspartei eintraten.

Auch Medien, welche seit Generationen gegen die alte CDU zu Felde gezogen sind, legen sich ordentlich ins Zeug. Der „Spiegel“ empfiehlt den Schwarzen, sich hinter der umbenannten SED in eine „Volksfront“ einzureihen, denn: „Der Gegner steht rechts.“ Allerdings hören auf einmal mehr und mehr CDUler, wie das Rauschen des Wasserfalls immer lauter wird, und sinnen darüber nach, ob sie auf dem richtigen Kurs sind. Einige wagen sogar das Unerhörte und kriteln an der Überfrau herum. Gibt es eine Meuterei? Keiner weiß es, aber es könnte spannend werden.

Doch davor lieber noch mal zurück zu diesen AfD-Wählern. Also, was treibt die nun? In der Frage liegt ein hässliches Problem vergraben, weshalb die meisten „Experten“ sie trotz allen Analyse-Geschwafels in Wahrheit gar nicht beantworten wollen. Die vielen Reden über „Abgehängte“, „Traumatisierte“ oder „Autoritäts-

hörige“ dient ehrlich gesagt dem Zweck, die tatsächlichen Gründe für die Abwanderung zur „Alternative“ gerade nicht aufzudecken, sondern zu verkleistern.

Die Szenerie erinnert an eine Anekdote, die Gregor Gysi mal erzählt hat. Er, Gysi, habe im Spätsommer 1989, als zigtausende Deutsche aus der DDR über Ungarn, die Prager Botschaft und so weiter gen Westen drängten, einem Politbüro-Mitglied die Frage gestellt: „Wie diskutiert ihr im Politbüro eigentlich die Flüchtlingsfrage?“ Der Oberbonze habe geantwortet: „Gar nicht.“ Darauf der bestürzte Gysi: „Und warum nicht?“ Antwort: „Weil wir keine Antwort haben.“

Jetzt stellen wir uns mal vor, die Groko-Führung müsste sich mit Fragen aus dem Volk befassen wie: Wieso schafft ihr es immer noch nicht, die Grenzen Deutschlands und der EU ordentlich zu kontrollieren? Warum werden Ausreisepflichtige kaum abgeschoben? Warum stützt ihr eine Währungspolitik, die bis zum vergangenen Sommer den deutschen Privathaushalten netto 358 Milliarden Euro entwendet hat (Berechnung der DZ-Bank)? Warum kommt die deutsche Infrastruktur trotz seit Jahren sprudelnder Steuereinnahmen immer mehr auf den Hund? Warum pfeifen Bundeswehr, Polizei und Justiz trotz des vielen Steuergeldes aus dem letzten Loch?

Die Liste ließe sich gewiss noch kräftig erweitern. Doch sollten die Regierenden auch nur eine dieser Fragen ehrlich beantworten, käme das einem politischen Suizid gleich. Also hält man die Klappe und vernebelt lieber die potenziellen Fragesteller.

Also weiter um den heißen Brei der wahren AfD-Wahlgründe herumtanzen, um sich und das Publikum mit vorgetäuschten Begründungen für das „Fehlverhalten“ dieser Wähler zu betäuben? Ach nein, das wirkt auf die Dauer immer lächerlicher und wird außerdem irgendwann langweilig. Also verlegen sich die erschöpften Erklärungs-Ausweicher nun aufs

bloße und frontale Beschimpfen: Die Blau-Wähler hätten gewusst, was sie ankreuzen, und sind daher alles Bösewichte, so die neue Losung nach dem Schock von Erfurt. Giftdurchwirkt gibt sich Deutschlandfunk-Autor Christian Schüle „dankbar“ für den AfD-Erfolg. Es werde „mit und durch die AfD das Geschäftsmodell der Niedertracht und die Verachtungsbereitschaft erstaunlich vieler Mitbürger erkennbar“, schreibt Schüle seine Verachtung für diese niederträchtigen Bürger heraus, und resümiert hoffnungsfroh: „Die Therapie kann also beginnen.“

Aha, „Therapie“ – nach „Volksfront“ noch so ein Wort mit dröhnendem historischen Echo. In gewissen Systemen roter Färbung gehörte es zum Umgang mit Oppositionellen, sie für verrückt zu erklären und in sogenannte psychiatrische Haftanstalten zu sperren. Wir sehen: Nachsicht ist jedenfalls nicht mehr am Platz.

Wobei nicht allein die AfD und ihre Wählerschaft ins Visier gehört, sondern alles, was irgendwie quer liegt zur Regierungspolitik. Die Bauern beispielsweise: Die protestieren dagegen, von Umweltschützern und der Politik nach und nach an die Wand gedrückt zu werden, und kämpfen gegen das „Agrarpaket“ der Bundesregierung.

Das kommt der „Taz“ überaus verdächtig vor, und das wache Linksblatt wurde auch sofort fündig auf der Suche nach Belastungsmaterial gegen das aufmüpfige Landvolk. Da sei ja schon mal die Tatsache, dass die Bauernproteste nur von einer Partei im Bundestag unterstützt würden, nämlich ... Sie wissen schon. Ein Pressesprecher der Demonstranten sei bis 2015 sogar mal AfD-Kommunalpolitiker gewesen und die Demo-Veranstalter hegten – „Wie im AfD-Milieu“ – Misstrauen gegenüber den Medien. Wo dieses Misstrauen wohl herkommt?

So knallt die Peitsche der Gerechten nun auch über den Landwirten. Und wir alle werden demnächst wieder ganz überrascht sein, wohin sie die gezüchtigten Bauern parteipolitisch getrieben hat. Aber egal, dann sind sie eben auch „Faschisten“.

MEINUNGEN

Der Hamburger Klimaforscher **Hans von Storch** warnt im „Spiegel“ (19. Oktober) vor den **bösen Folgen** einer sich aufheizenden **Klimahysterie**:

„Vor dem Klimawandel selbst fürchte ich mich nicht. Steigender Meeresspiegel und höhere Temperaturen sind zu bewältigen ... Sorge bereitet mir derzeit eher die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas. Wenn immer mehr Aktionismus betrieben und nach Schuldigen gesucht wird, kann das ein böses Ende nehmen und den sozialen Frieden gefährden. Einige Klimaaktivisten sind ja sogar bereit, für den Kampf gegen die Erwärmung die Demokratie einzuschränken.“

Im Berliner „Tagesspiegel“ (3. Oktober) äußerte der Vorsitzende der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), **Michael Vassiliadis**, seine Sorge vor einem Scheitern der **Energiewende**:

„Meine größte Sorge ist, dass die ganze Energiewende Mitte des nächsten Jahrzehnts stecken bleibt, weil zu teuer und zu ineffizient, und dann ein großer Rollback gefordert wird.“

Sascha Lehnartz kommentiert in der „Welt am Sonntag“ (27. Oktober) den Vorschlag von Bundesverteidigungsministerin **Annegret Kramp-Karrenbauer** (CDU), in **Nordsyrien** eine **Schutzzone** unter Beteiligung der Bundeswehr einzurichten:

„Annegret Kramp-Karrenbauer machte am Dienstag mit der Idee auf sich aufmerksam, in Nordsyrien eine internationale Schutzzone einzurichten, an der sich neben deutschen auch türkische und russische Truppen beteiligen sollten. Ähnlich erfolgreich wäre vermutlich der Vorstoß einer Fünftklässlerin, die am ersten Tag auf der neuen Hauptschule den Sohn vom Clan-Boss aus der 9f und den Neffen vom Präsidenten des örtlichen Bandidos-Chapters aus der 8b fragt, ob man den Schulhof künftig nicht gemeinsam managen sollte.“

Chefredakteur **Beat Balzli** wundert sich in der „Wirtschaftswoche“ (23. Oktober) über das **Tempo** beim **Berliner Mietendeckel**:

„Dass ein Bundesland in Rekordzeit lieber einen Mietendeckel statt einen Flughafen baut, regt hierzulande immer weniger auf. In einer Umfrage im Auftrag der Wirtschaftswoche begrüßen über 50 Prozent staatliche Eingriffe im Wohnungsmarkt, rund 40 Prozent befürworten gar Enteignungen von Wohnungskonzernen.“

In einer Kolumne macht **Gunnar Schupelius** in der „B.Z.“ (24. Oktober) auf die **schleichende Unterwanderung des bürgerlichen Milieus** aufmerksam. **Linksextremisten** schüchtern ihre politischen Gegner nicht nur mit Gewalt ein. Sie missbrauchen zur Durchsetzung verfassungsfeindlicher Positionen auch Themen, die gesellschaftlich akzeptiert werden:

„Die ‚Interventionistische Linke‘ (IL) schrieb schon vor Jahren eine Art Drehbuch zur Enteignung von Vermietern. Sie funktioniert als Miliz im Hintergrund, sie besorgt das Geschäft der Straße, Motto: ‚Richtig deckeln, dann enteignen!‘ Gedekelt hat nun die Linkspartei, sie ist wie der parlamentarische Arm der Bewegung.“